

Sitzungsbericht

12. Sitzung der Tagung 2009 der XVII. Gesetzgebungsperiode

des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 23. April 2009

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Ing. Penz (Seite 654).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 654).
3. Ltg. 242/A-8/12: Antrag der Abgeordneten Cerwenka u.a. gem. § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Veranlagungen des Landes Niederösterreich – rascher Strategiewechsel zur Begrenzung weiterer finanzieller Verluste für das Land“.
Redner: Abg. Cerwenka (Seite 656), Abg. Waldhäusl (Seite 658), Abg. Dworak (Seite 660), Abg. Dr. Krismer-Huber (Seite 662), Abg. Mag. Hackl (Seite 663), Abg. Cerwenka (Seite 667), Abg. Königsberger (Seite 667), Abg. Mag. Leichtfried (Seite 668), Abg. Mag. Riedl (Seite 670), Abg. Cerwenka (Seite 672), LHStv. Dr. Leitner (Seite 672), Abg. Mag. Riedl (Seite 675), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 675), LHStv. Mag. Sobotka (Seite 676).
4. Ltg. 248/A-8/13: Antrag der Abgeordneten Moser u.a. gem. § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Steuerreform und Konjunkturpakete des Landes Niederösterreich – Entlastung der Bürger, Sicherung der Arbeitsplätze und Erhöhung der Lebensqualität“.
Redner: Abg. Moser (Seite 677), Abg. Ing. Huber (Seite 679), Abg. Ing. Gratzer (Seite 681), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 684), Abg. Hinterholzer (Seite 685), Abg. Waldhäusl (Seite 688), Abg. Schabl (Seite 690), Abg. Mag. Wilfing (Seite 692).
5. Ltg. 243/S-5/11: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Landespflegeheim Herzogenburg, Neubau am gleichen Standort in 3 Bauphasen.
Berichterstatter: Abg. Ing. Schulz (Seite 694).
Redner: Abg. Königsberger (Seite 694), Abg. Onodi (Seite 695), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 696).
Abstimmung (Seite 697).
(einstimmig angenommen.)
6. Ltg. 239/A-2/9: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Antrag der Abgeordneten Razborcan, Waldhäusl u.a. betreffend Einführung einer „allgemeinen“ Wohnbeihilfe.
Berichterstatter: Abg. Findeis (Seite 697).
Redner: Abg. Enzinger MSc (Seite 697), Abg. Tauchner (Seite 698), Abg. Razborcan (Seite 699), Abg. Schuster (Seite 699).
Abstimmung (Seite 700).
(angenommen: Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne.)
7. Ltg. 240/A-2/10: Antrag des Sozial-Ausschusses zum Antrag der Abgeordneten Kadenbach u.a. betreffend Änderung der Richtlinien des NÖ Heizkostenzuschusses.
Berichterstatter: Abg. Kernstock (Seite 700).
Redner: Abg. Enzinger MSc (Seite 701), Abg. Tauchner (Seite 701), Abg. Onodi (Seite 702), Abg. Doppler (Seite 702).
Abstimmung (Seite 703).
(angenommen: Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne.)

8. Ltg. 253/A-4/65: Debatte über die Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Mag. Schneeberger an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Schi- und Radhelme.
Redner: Abg. Weiderbauer (Seite 704), Abg. Waldhäusl (Seite 704), Abg. Cerwenka (Seite 705), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 705), Abg. Mag. Mandl mit mündlichem Antrag, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen (Seite 706).
(angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne.)

* * *

Präsident Ing. Penz (um 13.00 Uhr): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Von der heutigen Sitzung ist krankheitshalber Herr Abgeordneter Schwab entschuldigt. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt. Es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Hinsichtlich der seit der letzten Sitzung bis zum Ablauf des gestrigen Tages eingelaufenen Verhandlungsgegenstände, deren Zuweisung an die Ausschüsse, der Weiterleitung von Anfragen und der eingelangten Anfragebeantwortungen verweise ich auf die elektronische Bekanntmachung der Mitteilung des Einlaufes. Diese wird in den Sitzungsbericht der heutigen Landtagssitzung aufgenommen.

Einlauf:

- Ltg. 242/A-8/12 - Antrag der Abgeordneten Cerwenka u.a. gemäß § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 23.4.2009 zum Thema „Veranlagungen des Landes Niederösterreich – rascher Strategiewechsel zur Begrenzung weiterer finanzieller Verluste für das Land“.
- Ltg. 243/S-5/11 - Vorlage der Landesregierung vom 31.3.2009 betreffend Landespflegeheim Herzogenburg, Neubau am gleichen Standort in 3 Bauphasen – wurde am 2.4.2009 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.

Ltg. 248/A-8/13 – Antrag der Abgeordneten Moser u.a. gemäß § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 23.4.2009 zum Thema „Steuerreform und Konjunkturpakete des Landes Niederösterreich – Entlastung der Bürger, Sicherung der Arbeitsplätze und Erhöhung der Lebensqualität“.

Ltg. 250/A-3/10 - Antrag der Abgeordneten Königsberger u.a. betreffend Untertunnelung der A21 im Bereich Brunn/Gebirge und Sparbach (Stufe 1) inklusive Entlastungstunnel bis Mödling (Stufe 2) – wird dem Verkehrs-Ausschuss zugewiesen.

Anfragen:

- Ltg. 244/A-4/60 - Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Sitzung der NÖ Landesregierung vom 31.03.2009.
- Ltg. 245/A-5/49 - Anfrage des Abgeordneten Cerwenka an Landesrat Mag. Heuras betreffend vom Land Niederösterreich finanzierte Lehrerdienstposten.
- Ltg. 246/A-4/61 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend wirtschaftsfeindliche Bauvergaben des Landes Niederösterreich.
- Ltg. 247/A-4/62 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landeshauptmannstellvertreter Mag. Sobotka

betreffend wirtschaftsfeindliche Bauvergaben des Landes Niederösterreich.

- Ltg. 249/A-4/63 - Anfrage des Abgeordneten Königsberger an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Werbebroschüre für die NÖ Landesausstellung 2009 in Horn, Raabs und Teltsch (Telc) – Vermeidung der Verwendung deutscher Ortsbezeichnungen.
- Ltg. 251/A-4/64 - Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Sitzung der NÖ Landesregierung vom 21.04.2009.
- Ltg. 253/A-4/65 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Schneeberger an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Schi- und Radhelme.

Anfragebeantwortungen zu Ltg. 199/A-4/48 von Herrn Landesrat Mag. Heuras (an LHStv. Gabmann), zu Ltg. 203/A-5/35 von Herrn Landesrat Dr. Pernkopf, zu Ltg. 208/A-5/37 von Herrn Landesrat Dr. Pernkopf, zu Ltg. 209/A-5/38 von Herrn Landesrat Dr. Pernkopf, zu Ltg. 211/A-4/51 von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll, zu Ltg. 212/A-4/52 von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Sobotka, zu Ltg. 213/A-4/53 von Herrn Landesrat Dr. Leitner, zu Ltg. 214/A-5/38 von Herrn Landesrat Mag. Heuras, zu Ltg. 215/A-5/39 von Herrn Landesrat Dr. Pernkopf, zu Ltg. 216/A-5/40 von Frau Landesrätin Mag. Mikl-Leitner, zu Ltg. 217/A-5/41 von Frau Landesrätin Dr. Bohuslav, zu Ltg. 218/A-5/42 von Frau Landesrätin Mag. Scheele, zu Ltg. 219/A-5/43 von Frau Landesrätin Rosenkranz, zu Ltg. 235/A-5/46 von Herrn Landesrat Mag. Heuras.

Heute sind noch eingelangt:

- Ltg. 257/A-2/11 Antrag der Abgeordneten Cerwenka u.a. betreffend Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur und damit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dieses weise ich dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zu.

Die Anfragebeantwortungen zu Ltg. 255/A-5/50, die Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic an Landesrat Mag. Heuras betreffend geplanter Steinbruch in der Gemeinde Altenburg, Ortsteil Steinegg. Ltg. 256/A-5/51, eine Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic mit dem selben

Inhalt an Landesrat Dr. Pernkopf. Ltg. 258/A-4/66, Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Schi- und Radhelme. Sowie die Anfragebeantwortungen Ltg. 237/A-4/58, 244/A-4/60 und 253/A-4/65 von Landeshauptmann Dr. Pröll.

Weiters eingebracht wurde ein Antrag der Frau Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic betreffend Einführung bzw. Ausbau vermögensbezogener Steuern, Ltg. 254. Der Antrag ist laut Geschäftsordnung nicht entsprechend unterstützt. Ich stelle daher gem. § 32 Abs.5 die Unterstützungsfrage. (*Nach Abstimmung:*) Für diesen Antrag stimmen die Abgeordneten der Grünen und die Abgeordneten der SPÖ. Damit hat dieser Antrag keine Mehrheit gefunden und wurde abgelehnt.

Die Abgeordneten Mag. Mandl, Mag. Schneeberger, Mag. Riedl, Ing. Hofbauer, Moser und Lembacher haben gemäß § 39 Abs.7 LGO beantragt, dass über die Anfragebeantwortung des Herrn Landeshauptmannes Dr. Pröll zu Ltg. 253/A-4/65 die Anfrage des Abgeordneten Mag. Schneeberger an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Schi- und Radhelme, in der heutigen Landtagssitzung am Ende der Sitzung eine Debatte durchgeführt wird. Es ist daher beantragt worden, die Debatte über die Anfragebeantwortung am Schluss der heutigen Sitzung durchzuführen. Da der Landtag hierüber gem. § 39 Abs.8 ohne Debatte zu entscheiden hat, bitte ich jene Mitglieder des Hauses, welche für die Abhaltung der Debatte in dieser Sitzung sind um ein Zeichen mit der Hand. (*Nach Abstimmung:*) Ich stelle fest, dass die Abgeordneten einstimmig diesem Antrag zustimmen.

Weiters sind zwei Anträge auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde eingelangt. Den ersten Antrag gemäß § 40 LGO zur Abhaltung einer Aktuellen Stunde, Ltg. 242/A-8/12 haben die Abgeordneten Cerwenka u.a. zum Thema „Veranlagung des Landes Niederösterreich, rascher Strategiewechsel zur Begrenzung weiterer finanzieller Verluste für das Land“ eingebracht. Den zweiten Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde, Ltg. 248/A-8/13, haben die Abgeordneten Moser u.a. gemäß § 40 LGO zum Thema „Steuerreform und Konjunkturpakete des Landes Niederösterreich, Entlastung der Bürger, Sicherung der Arbeitsplätze und Erhöhung der Lebensqualität“ eingebracht.

Auf Grund der Besprechung in der Präsidialkonferenz am 21. April ist vorgesehen, gemäß § 40 Abs.4 die beiden Aktuellen Stunden in der Reihenfolge ihres Einlangens am Beginn der Landtagssitzung durchzuführen. Ich bringe dies zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung:*) Ich stelle fest, dass

dieser Antrag einstimmig angenommen wurde. Die Aktuellen Stunden werden daher unter Punkt 2. und 3. der Tagesordnung verhandelt.

Für die heutige Sitzung wurden folgende Kontingentierungen zwischen den Vertretern der Klubs einvernehmlich hinsichtlich der Gesamtredezeit festgelegt. Die Redezeit beträgt auf Grund des zitierten Landtagsbeschlusses für die ÖVP 93 Minuten, für die SPÖ 55 Minuten, für die Freiheitliche Partei 33 Minuten und für die Grünen 30 Minuten.

Für die beiden Aktuellen Stunden gilt gemäß dem Redezeitmodell zwischen den Fraktionen im Verhältnis 44:26:16:14, wobei für die als erste Antragsteller unterfertigten Abgeordneten jeweils noch 15 Minuten hinzutreten.

Ich halte fest, dass Berichterstattungen, Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, tatsächliche Berichtigungen, Dringlichkeitsanträge und die Ausführungen des am Vorsitz befindlichen Präsidenten nicht unter die Redezeitkontingentierung fallen.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde zum Thema „Veranlagung des Landes Niederösterreich, rascher Strategiewechsel zur Begrenzung weiterer finanzieller Verluste für das Land, Ltg. 242/A-8/12. Ich ersuche Herrn Klubobmann Cerwenka als ersten Antragsteller zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten.

Abg. Cerwenka (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Herren Landeshauptmannstellvertreter! Meine Regierungsmitglieder! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Hauses!

Es ist wirklich ein brennendes Thema, da es bei dieser Veranlagung um öffentliche Mittel geht und in weiterer Folge natürlich auch negative Auswirkungen auf das Landesbudget zu erwarten sein werden. Und daher haben wir vor einigen Tagen eine gemeinsame Pressekonferenz von drei Klubobleuten gemacht. Denn wir haben den Ernst der Lage erkannt und sind der Auffassung, dass bislang die ÖVP Niederösterreich und der zuständige Landeshauptmannstellvertreter den Ernst der Lage noch nicht erkennen oder erkennen wollen. Denn was uns entgegenschlägt, Schönreden, Halbwahrheiten, das ist bestenfalls ein Ablenkungsmanöver. Und andere als Miesmacher zu bezeichnen, ist in Wirklichkeit für mich Realitätsverweigerung. Und Faktum ist: Wir hatten ein ursprüngliches Kapital von 4,387 Milliarden aus dem Verkauf der Wohnbauförderungsdarlehen und aus Beteiligungen veranlagt. Und Tatsache heute ist, dass mit Stand vom 28. Februar der Kapitalwert von 3,573 Milliarden zu Buche steht.

Das heißt, einem Nominalwert von ungefähr 8 Milliarden Euro steht heute ein aktueller Wert von 3,573 Milliarden gegenüber. Und sogar wenn ich die Ausschüttungen von 863 Millionen Euro mit einbeziehe, dann komme ich auch nur auf einen Gesamtwert von knapp 4,4 Milliarden. Das heißt, in Wirklichkeit ist das eine null Prozent Verzinsung. Und in Wirklichkeit ist das ein Kapitalverlust, der auch eindeutig feststellbar ist.

In Wirklichkeit hat sich die Substanz verringert. Bisher haben wir von der Substanz gelebt, aber nicht von den Zinsen. Und wenn ich mir die FIBEG-Gesamtpformance anschau, allein im Jahr 2008, dann stehen 17,6 Prozent negativ auf der Sollseite. Und damit zur Konstruktion generell. Das Konstrukt ist für uns undurchsichtig, intransparent. Es hat viele personelle Rochaden gegeben, aber komischerweise bleiben die handelnden Personen in den meisten Fällen die gleichen. Und dadurch, dass über Geschäftsbesorgungsverträge Stiftungen, Gesellschaften beauftragt werden, haben wir auch keine Kontrollmöglichkeit. Weder für den Landtag noch für den Rechnungshof um hier wirklich alle Unterlagen einsehen zu können. Es ist ein Netzwerk, das sich Landeshauptmannstellvertreter Sobotka hier aufgebaut hat und aus dem wir in Wirklichkeit nur gelegentlich Detailmeldungen auf Anfragen oder ähnliche Dinge hören.

Damit komme ich schon zu den Gremien. Aufsichtsrat, Beirat. Und wenn der Kollege Karner dann ein Mitglied des Beirates in die Öffentlichkeit stellt, angeblich überall mitgestimmt oder ähnliches zu haben, dann kennst du dich nicht aus, Kollege Karner, oder du willst dich nicht auskennen. Der Beirat hat eine rein subsidiäre Aufgabe, ist in Wirklichkeit ein Informationsgremium, kann nur tätig werden, wenn vom Aufsichtsrat was übertragen wird. Und daher ist es eigentlich nicht die feine englische Art, die hier gefahren wird. Sondern im Beirat gibt's nur Teilinformationen.

Was wir daher in diesem Zusammenhang verlangen, und das ist auch der Kernpunkt der Aktuellen Stunde, wir wollen Transparenz! Wir wollen eine Offenlegung. Wir wollen eine Einbindung des Landtages. Und wir sagen: Karten auf den Tisch! Aber auf jenen Tisch, an dem alle im Landtag vertretenen Parteien Platz zu nehmen haben und in einer gemeinsamen Kraftanstrengung dann der Versuch, den Schaden nach Möglichkeit zu minimieren.

Für mich ist es auch an der Zeit, dass der Landeshauptmann hier ein Machtwort spricht und endlich beginnt, die Notbremse zu ziehen. Denn ich bin überzeugt, in diesem Lande gibt es kaum etwas,

was ohne Wissen oder Einbindung des Landeshauptmannes auf politischer Ebene passiert.

Es hat vor einigen Tagen eine erste Wortmeldung, die mir aufgefallen ist, dazu gegeben, wo der Herr Landeshauptmann von Versachlichung spricht. Das ist genau das, was wir wollen. Wir wollen eine Versachlichung! Wir wollen eine Offenlegung. Und ich halte in diesem Zusammenhang auch fest: Wir sind keine Miesmacher. Das können und wollen wir gar nicht, in diesem Stil arbeiten. Denn hier können wir mit Karner & Co. keinesfalls konkurrieren. Sondern uns geht's um die Interessen der Menschen und der Gelder dieses Landes. Das steht im Vordergrund.

Ich halte hier fest, nicht die SPÖ ist dafür verantwortlich zu machen, dass zum Beispiel der ÖVP-Gemeindevertreterverband durch Landesinseerate parteipolitisch subventioniert worden ist, wie aus einer Anfragebeantwortung deutlich geworden ist. Ich halte hier auch fest, die SPÖ war es, die vor mehreren Jahren verhindert hat, dass jenes Haus, in dem wir heute sitzen, in einem Sale- and Lease back-Verfahren genauso wie die Landes-Pensionisten- und Pflegeheime, und das war damals vom damaligen Landesrat Sobotka so angedacht, verschertelt wird. Wir haben uns gegen diese Form des Cross Border Leasing ausgesprochen und es ist daher zum Glück nicht gekommen. Denn dann wären wir heute bestenfalls Gast im eigenen Haus und hätten noch hohe finanzielle Belastungen darüber hinaus. Es liegt auf dem Tisch ein Gutachten. *(Abg. Präs. Nowohradsky: Aber in Wien haben sie das gut gemacht, nicht?)*

Aber in Niederösterreich haben es wir verhindert. Und Niederösterreich ist für uns die vorrangige Politik. *(Abg. Mag. Schneeberger: Mit einer Mehrheit verhindert? Wie willst du verhindern mit deinen 15 Mandaten?)*

Es hat auch Jahre gegeben, in denen die ÖVP nicht die absolute Mehrheit gehabt hat. *(Abg. Mag. Schneeberger: Bitte! Zu der Zeit wo das war hatten wir die klare Mehrheit! Daher könnt ihr es nicht verhindern!)*

Kollege Schneeberger, eines: Es fällt mir immer wieder auf, die ÖVP hat knappe 54 Prozent und führt sich in diesem Lande auf als hätte sie 100 Prozent. Und das werden wir auch in Zukunft nicht zulassen! *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – Abg. Mag. Schneeberger: Aus eurer Sicht!)*

Wir haben jetzt auf Grund jener Unterlagen, die uns zugänglich sind, ein Gutachten von einem Wirtschaftstreuhandler auf dem Tisch liegen, von Dr. Keppert. Und hieraus geht eindeutig hervor, dass wir einen Verlust ... *(Zwischenruf bei Abg.*

Mag. Karner.)

Herr Kollege Karner! Im Anpatzen bist du immer Matador gewesen. Das ist ganz klar. Es wird schon was hängen bleiben.

Mittlerweile glauben auch euch die eigenen Leute und Funktionäre nicht mehr. Und du musst dich einstellen auf Fragen aus deinem Funktionärskreis, wo das Geld hingekommen ist.

Hieraus geht eindeutig hervor, dass 1,04 Milliarden Verlust entstanden sind. Zur Dimension: Das ist ungefähr der Wert, den das Atomkraftwerk Zwentendorf gekostet hat. Das ist ungefähr der Wert, mit dem wir rund 4 neue Donaubrücken bauen hätten können. Das ist ungefähr der Wert, ... *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Ja, aber es ist eine Dimension die erklärt werden muss, dass die Leute auch ein Gefühl bekommen worum es da geht. *(Abg. Mag. Schneeberger: Bitte, kann man ein bisschen seriös sein?)*

Wir hätten 40 bis 50 neue Pflegeheime um dieses Geld bauen können, Herr Kollege Schneeberger. Und wenn wir uns die Warteliste anschauen, dann wissen wir die Notwendigkeit auch.

Wir sind der Meinung, dass nicht nur Manager verdienen sollen. Es stehen hier auch Gerüchte im Raum, dass ungefähr 150 Millionen für Provisionen ausgezahlt worden sein sollen. Uns geht es um die Menschen in diesem Land und die sollen verdienen. Daher die Devise der Sozialdemokratie: Investieren statt spekulieren! Und zum Wort spekulieren: Auch moralisch, bestätigen mehrere Gutachter, dass das nicht Aufgabe der öffentlichen Hand ist und sogar unzulässig ist durch die öffentliche Hand.

Wir haben klare Vorstellungen auf den Tisch gelegt wie einen Zukunftsfonds zur Ankurbelung der Konjunktur. Hier können wir uns der Gemeinden bedienen, die fertige Projekte in den Tischladen haben. Also es gäbe genug, das wir gemeinsam erledigen können.

Ich frage mich auch, wie diese Spekulationen im hoch riskanten Bereich vereinbar sind mit hohen Funktionen - und das gerade in einer Krisenzeit - in einer Arbeitnehmervertretung, wenn zum Beispiel Landeshauptmannstellvertreter Sobotka eine nicht unwesentliche Stellung im ÖAAB bekleidet. Die Frage der Glaubwürdigkeit als Interessensvertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land wird ja in Zukunft in wenigen Wochen zu bewerten sein. *(Abg. Mag. Schneeberger: 860 Millionen sind in arbeitnehmerfreundliche Aktivitäten investiert!)*

Herr Kollege, ich habe es dir erklärt. Wir haben in Wirklichkeit null Prozent Zinsen. Und wir haben

vom Kapital gelebt. *(Abg. Mag. Schneeberger: Das ist ja ein völliger Unsinn!)*

Herr Klubobmann! Ganz Österreich blickt auf uns. Wir sind über den Niederösterreich-Bereich negativ hinaus gekommen. Und ich habe hier jede Menge an Presseunterlagen wie die nationalen Medien jetzt zu dieser Thematik stehen. Ich kann sie dir vorlesen. Ich kann dir gerne die Überschriften, es genügt ja, wenn man einige Überschriften aus renommierten Zeitungen, ob das das „Wirtschaftsblatt“, „profil“, etc. ist, zitiert. Könnte man alle zitieren: Wo sind die Millionen? Von Verlusten redet nur die SPÖ. Dschungeldeals in St. Pölten. *(Abg. Mag. Schneeberger: Stimmt eh! – Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Ihr werdet darüber reden müssen, das ist der Unterschied! Die Zeit ist vorbei das noch niederhalten zu können und tot zu schweigen. Das geht nicht mehr. *(Abg. Mag. Schneeberger: Wo gibt es einen realisierten Verlust?)*

Daher ist es wichtig, dass wir hier jetzt zu einem gemeinsamen Handeln kommen. *(Abg. Mag. Schneeberger: Ihr habt eh gemeinsam gehandelt! Ihr habt ja mitgestimmt!)*

Wir als Sozialdemokraten sind bereit, uns auf Augenhöhe einzuklinken. Wir wollen Transparenz. Wir werden unseren Beitrag leisten zu einem Strategiewechsel. Und ich sage es noch einmal: In einer sicheren Veranlagung hätten wir heute das volle Kapital und wir hätten einen Mehrwert durch die Zinsen. Jetzt schaut die Situation anders aus. Ich wollte dich eigentlich loben. Deine heutige Aussage im Morgenjournal zeigt ja schon, dass es in die richtige Richtung gehen kann. Du hast zwar den gemeinsamen Beschluss angesprochen. Zu diesem gemeinsamen Beschluss stehen wir auch. Wir sind aber immer von der Perspektive ausgegangen, dass wir anfangs dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter oder damaligen Landesrat, vertraut haben, der gesagt hat, alles sicher, überhaupt kein Problem. Mittlerweile hat sich die Situation geändert. Und daher müssen wir auch unsere Arbeitsweise ändern. Du hast auch ein positives Signal gesetzt und hast gesagt, kein Problem mit der Transparenz. *(Abg. Mag. Schneeberger: Haben wir immer gehabt!)*

Genau das ist es was wir einfordern: Alle Parteien an einen Tisch, alle Unterlagen auf den Tisch! Und dann werden wir schauen, wie wir diese Problematik in Zukunft gemeinsam bewältigen können. Wir strecken die Hand hin. Es liegt an euch, sie zu ergreifen oder auch nicht. Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Klubobmann Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus!

Die Sache ist viel zu ernst um hier einige Dinge lächerlich zu machen. Und die Sache ist viel zu ernst um über Verluste lachen zu können. Das sind jene Personen, die immer wieder, wenn über tatsächliche Verluste gesprochen wird, nur ein hämisches Lachen übrig haben. Und an all jene, und vor allem aus der Richtung rechts von mir, von Seiten der ÖVP, all jene die glauben, weiterhin über diese Art der Geschäfte und der Verluste lachen zu müssen, euch wird das Lachen sicher noch vergehen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vor einem Jahr, ein bisschen länger, haben wir in einer Aktuellen Stunde, eingebracht von der FPÖ, bereits darüber gesprochen. Wir haben diskutiert und auch damals wurde gelacht. Wir wurden nicht ernst genommen, mit den Folgen, mit den zu erwartenden negativen Folgen, die jetzt Realität sind.

Und es geht natürlich darum, auch ehrlich darüber zu diskutieren. Es gab im Landtag einen Grundsatzbeschluss von drei Parteien. Doch tatsächlich haben sich die Verantwortlichen – und das ist in erster Linie Landeshauptmannstellvertreter Sobotka – von diesem Grundsatzbeschluss entfernt. Sie haben eigenmächtig gehandelt und sind daher alleine für diese Verluste, für dieses Finanzchaos verantwortlich.

Wir wurden ausgelacht als ich hier vom Rednerpult aus von einer mündelsicheren Veranlagung von eventuell Bundesanleihen gesprochen habe. Wir wurden ausgelacht! Es wurde gesagt, das ist wirtschaftlicher Unsinn, denn so kann man nichts wirtschaftlichen. Und wir mussten auch bei der Budgetsitzung vernehmen, wie der zuständige Landesrat für Finanzen, der jetzige Landeshauptmannstellvertreter, von diesem ausgeklügelten Finanzmanagement sprach und der Sicherheit und der Lebensqualität, die durch dieses ausgeklügelte System auf Niederösterreich hereinbrechen wird. Und er hat auch wortwörtlich gesagt, dass wir sicher veranlagt haben – er meinte damit ihn und seine Experten – und alles andere hätte nur geringere Zinsen gebracht. Seine Art der Finanzpolitik ist die richtige und das Familiensilber wurde nicht verkauft, es wurde vergoldet. Ich habe es bereits bei der Pressekonferenz erwähnt: Er hat es zu Alteisen gemacht!

Und ich habe daher rückblickend auch bei der Veranlagung der zweiten Tranche nicht nur darauf hingewiesen, sondern dagegen gestimmt. Weil ich

nicht mehr zusehen konnte, wie hier das harte und sauer verdiente Geld von –zigtausenden Häuslbauern nicht nur aufs Spiel gesetzt wird und wurde, sondern wie es verspielt wurde. Und ich hab damals ziemlich populistisch vom Schuldenlandesrat in dieser Situation gesprochen. Es ist nicht selten, dass sich solche Personen aus der Schuldenfalle durch Spielen davon stehlen wollen.

Was aus diesem Spielen, aus diesem Zocken, entstanden ist, haben wir heute hier schwarz auf weiß. Ein Verlust von über einer Milliarde! Und noch nicht einmal im genauen Umfang erkennbar, wie viele Leichen noch in diesem Finanzkeller liegen. Wenn man all jene Fonds, Aktien, nicht nur bei dem jetzt irgendwo einmal uns gesagten Wert behandelt und berichtet, sondern wenn man hier wirklich einen Kassasturz macht. Wie schaut es tatsächlich mit denen aus?

Und man muss kein Prophet sein um hier heute behaupten zu können, es werden noch viele schwarze Leichen in diesem Keller liegen. Leider! Leider! Denn diese Leichen in diesem Keller, das sind jene Gelder, die unsere fleißigen Bürger erwirtschaftet haben. Und es geht daher um die Grundsatzfrage, was tun wir mit diesem Steuergeld? Wie gehen wir mit diesem Steuergeld um? So wie ein Familienvater mit dem Familienvermögen umgeht indem er sagt, ich werde vernünftig wirtschaften, aber ich werde nicht das Haus, den Hof aufs Spiel setzen, denn ich will meinen Kindern einmal etwas überlassen. Mindestens das Ausmaß was ich von meiner Großelterngeneration übertragen bekommen habe, möchte ich auch an meine Kinder weiter geben.

Hier im niederösterreichischen Land ist es so, dass der zuständige Ressortleiter all jenes, was er – und er sitzt heute oben – von Finanzlandesrat Freibauer übertragen bekommen hat, verspielt hat. Er setzt es aufs Spiel und unsere Kinder werden außer Schulden nichts haben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Gleichzeitig wird uns berichtet und ausgerichtet, dass der Landtag und die Klubs ständig halbjährlich informiert werden über all diese Strategien und über das Ergebnis. Das ist unwahr! Das ist eine glatte Lüge! Ob in der Zeit seit ich Klubobmann bin, in der Zeit, da wir kein Klub waren, es gab keine Informationen. Wer immer informiert wurde, es mag sein, dass der ÖVP-Landtagsklub diese Informationen bekommen hat. Aber dann wundert es mich, dass dieser Klub diese Vorgänge nicht eingestellt hat.

Es ist daher richtig, dass sich der Landtag mit diesem Thema immer wieder auseinander setzt.

Und es war auch richtig, dass sich all jene Kräfte bündeln, die Sorge haben. Und da ist es egal welche Farbe diese Kräfte haben. Und ich würde mir wünschen, dass wir heute nach dieser Aktuellen Stunde auch die ÖVP bei dieser Bündelung der sinnvollen Kräfte, jene, die Sorge haben um dieses Land, sich bündeln und sagen okay, legen wir alles auf den Tisch. Über die Verantwortung werden wir später diskutieren, ob es hier Schritte geben muss. Legen wir alles auf den Tisch, schauen wir es uns genau an und stellen wir fest, wie können wir in dieser Situation noch immer das Beste daraus machen?

Und dann sollen auch Experten entscheiden: Ist es richtig wenn dieser Weg fortgesetzt wird, so wie es Landeshauptmannstellvertreter Sobotka vorschlägt, der diesen Weg eingeschlagen hat indem er vielleicht ein bisschen das Kapital beim Spielen erhöht, den Einsatz, oder ist es besser, sofort aus diesem Bereich herauszugehen? All diese Dinge muss man diskutieren, gehören diskutiert. Aber man kann nur wirklich aktuell und vor allem inhaltlich bis ins Letzte entscheiden wenn alles auf den Tisch kommt.

Wir würden uns freuen, wenn das passiert. Aber mit Reden, mit Versprechungen, das ist zu wenig. Ich erinnere mich, dass Klubobmann Schneeberger im Oktober 2008 noch davon gesprochen hat, obwohl es einen Finanztsunami gibt, 100 bis 150 Millionen Euro wird es immer aus diesen Veranlagungen für dieses Budget geben. Ja, wenn es so wäre, wäre es schön! Wir wissen aber, dass das nicht sicher ist. Dass wir momentan das nicht lukrieren können. Und wir wissen vor allem auch, dass, wenn das Gesamtkapital sich ständig verringert, wenn hier nicht eine Gegensteuerung kommt oder sich der Finanzmarkt relativ schnell erholt, dass noch mehr von diesem Familiensilber in Alteisen umgewandelt wird. Und daher, glaube ich, sollte man hier wirklich offen und ehrlich alles auf den Tisch legen. Wenn wir nichts zu verbergen haben dann legen wir es auf den Tisch. Warum hat es diese Informationen zu den Klubs nicht gegeben? Und ich möchte gar nicht mehr wiederholen, was in der Landtagssitzung, als es um die zweite Tranche der Veranlagung gegangen ist, die Abgeordneten speziell der ÖVP von sich gegeben haben. Die haben wirklich damals noch daran geglaubt. Vor allem der Kollege Erber. Der hat an das geglaubt was hier Landesrat, jetziger Stellvertreter Sobotka über dieses ausgeklügelte Finanzsystem gesprochen und versprochen hat.

Diese Aktuelle Stunde soll auch allen die Chance geben, über Kontrolle nachzudenken. Denn der Landtag hat in einem Grundsatzbe-

schluss sehr wohl entschieden. Die Landesregierung wurde ermächtigt und die Landesregierung hat dies damals an zwei Regierungsmitglieder weiter gegeben. An die leider verstorbene ehemalige Innenministerin und den jetzigen Landeshauptmannstellvertreter. Was ist geworden aus diesen Ermächtigungen? Ist es eine Alleinreise geworden? Wo funktioniert die Kontrolle? Wie haben jene Mandatare die Möglichkeit einer Kontrolle, wenn schon die Klubs diese Informationen erhalten hätten, die keinen Klub bilden? Aber es hat ja auch dort nicht stattgefunden.

Wenn man über den Ernst der Lage diskutiert, dann sollte man schon jetzt abschließend noch einmal die Summen hier wirklich aufzeigen. Es ist ja nicht so, dass wir von diesen 4 und noch was veranlagten Summen nur sprechen. Wir müssen wissen, diese Wohnbaugelder dieser Häuslbauer betrogen ja weit über 6 Milliarden. Und um am Ende der Reise auf das tatsächliche Ausgangskapital wieder zu kommen, müsste eine durchschnittliche Verzinsung von 4,7 Prozent erfolgen. Und alles was drüber ist, wäre der Gewinn. Das heißt: Wenn man jetzt bereits von einem Gewinn spricht, dann ist es ebenfalls eine Lüge. Eine glatte Finanzlüge!

Und wenn man über diese 4,7 Prozent erwirtschaftet, aber Kapital verwirtschaftet dabei, dann müsste dieser Gewinn über diese 4,7 Prozent zuerst einmal wieder zur Aufstockung des Kapitals verwendet werden und dann könnte man erst von Gewinn sprechen. Das heißt, hier handelt es sich um viele, viele Finanzlügen oder Tricksereien, wie man es nennen möchte.

Es kann daher nur eines sein: Der Landtag hat selbständig in Zukunft zu entscheiden, und es muss so sein, über dieses Vorgehen, über das zukünftige. Die Veranlagungen, ob im Bereich FIBEG oder wie auch immer diese Konstellation ausschaut, haben direkt an die Regierung zu erfolgen. Und die Landesregierung hat in Zukunft im Gremium zu entscheiden auf Grund des Vorschlages von Experten wie etwas monatlich zu veranlagten ist.

Und einmal im Jahr hat der Landtag einen Veranlagungsbericht zu bekommen und zu diskutieren. Sofortmaßnahmen, alles auf den Tisch, zusammensetzen und hier ohne Emotionen aufarbeiten! Und wenn das alles nicht bis zum Budgetlandtag im Juni passiert, dann, glaube ich, kann wirklich nur ein Sonderlandtag hier Licht in dieses schwarze, dunkle Loch bringen.

Daher, lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter: Legen Sie offen! Zeigen Sie, dass Sie kein

Spieler sind. Sie haben bisher nicht mit Ihrem eigenen Geld gespielt, sondern mit dem Geld der Steuerzahler. Sie hätten auch das Landhaus verkaufen wollen. Da gebe ich Klubobmann Cerwenka Recht. Auch die FPÖ hat damals gesagt nein. Man kann das Landhaus nicht verkaufen und Gerichtsstand ist dann Ohio oder vielleicht New York.

Wir haben Ihnen zu Beginn Ihrer Finanzpolitik bereits gesagt, dass wir für solche Dinge nicht zu haben sind. Sie haben selbständig einen anderen Weg eingeschlagen. Sie haben jetzt viele schwarze Leichen im Keller. Legen Sie sie offen, helfen Sie mit! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dworak.

Abg. Dworak (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder der NÖ Landesregierung! Hohes Haus!

Die Aktion, die heute hier abgehalten wird mit der Aktuellen Stunde, ist schon deshalb wichtig, weil die Situation um die veranlagten Wohnbaufördergelder grundsätzlich diskutiert werden muss. Und gerade bei den Veranlagungen haben wir derzeit weltweit ein Problem, wobei viele Experten meinen, dieses Problem ist durchaus vergleichbar mit dem Jahr 1929 oder 1930. Ist vergleichbar mit einer der größten Weltwirtschaftskrisen Mitte der 30er Jahre.

Selbst der internationale Wirtschaftsfonds gibt uns mit der gestrigen Aussendung keine allzu große Hoffnung, dass sich diese Situation innerhalb der nächsten 24 Monate maßgeblich verändern kann. Wirtschaftsprognose für Österreich 2008 minus 3,6 Prozent, Prognose für 2009 ein leichtes Plus von 0,2 Prozent.

Das heißt, diese Situation auf den Aktien- und Veranlagungsmärkten wird sich noch einige Zeit halten. Und diese Situation hat ja nicht nur das Bundesland Niederösterreich getroffen, sondern es sind Banken ins Wanken geraten, haben Banken Hilfspakete annehmen müssen von den Ländern, von den Regierungen in ganz Europa, auf der ganzen Welt. Und schlussendlich sind sogar selbst Länder, Staaten, ins Wanken gekommen wie zum Beispiel Island.

Und auch sehr viele Gemeinden haben Probleme bekommen mit Veranlagungen, wo wir gemerkt haben, dass hier versucht wurde, schnelles Geld auf den Finanzmärkten zu machen für Investitionen der Gemeinden für die Bürgerinnen und Bürger.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf nunmehr seit 2003 diesem Hohen Landtag angehören und darf heute hier von mir mit Fug und Recht behaupten, dass Sie von mir über die Diskussion der Verluste bei den Veranlagungen der NÖ Wohnbauförderungsdarlehen eine sachliche Diskussion erwarten dürfen. Sie werden von mir nicht hören, dass ich heute hier skandalisiere. Sie werden nicht hören, dass ich anklage oder gar verurteile und Sie werden schon gar keine Beleidigungen hören.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, gehen wir dahin zurück, wo eigentlich die Problematik entstanden ist. Ich glaube, die Problematik, die wir heute diskutieren, ist in einer Zeit der Hochkonjunktur entstanden, wo versucht wurde, Geld zu machen. Geld zu machen auf den Finanzmärkten um es dem Landesbudget zuzuführen und damit wichtige Investitionen zu tätigen, die sonst vielleicht nicht so leicht durchführbar gewesen wären.

Aber halten wir uns vor Augen, dass die Saat für diese Situation üblicherweise von zweierlei Gruppen von Menschen gesät werden muss. Und zwar von den einen, die uns immer wieder einreden wollen, dass es hohe Gewinne ohne hohes Risiko gibt. Und von denen, die uns auch weiß machen wollen, dass nicht irgend jemand dann am Ende des Tages dafür auch die Rechnung bezahlen muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte heute nicht nur zwischen den unterschiedlichen Auffassungen hier einen Diskurs führen, sondern vor allem darüber reden, wie wir mit der jetzigen Situation umgehen. Über die Zahlen und Fakten, die nunmehr ganz klar am Tisch liegen. Für mich ist wichtig, wie wir darauf reagieren. Reagieren wir darauf richtig oder falsch? Reagieren wir darauf verantwortungsbewusst oder nicht? Reagieren wir rechtzeitig oder vielleicht zu spät? Oder reagieren wir, und das ist unsere Aufgabe als Mandatäre des NÖ Landtages, verantwortungsvoll oder nicht. Und darum geht es. Um sonst geht es gar nichts. Es geht hier nicht darum, heute Kläger oder gar Richter zu spielen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen heute auch eines klar erkennen: Wer daher die Risiken von dieser Veranlagung, die auch wir in Niederösterreich haben, heute versucht schön zu reden oder sie gar ignoriert, steuert sehenden Auges in die Katastrophe!

Hoher Landtag! Die Fakten liegen auf dem Tisch. Der Kapitalstand am Beginn der Veran-

gungen Niederösterreich 1 bis Niederösterreich 4 hat 4,38 Milliarden Euro betragen. Das Ergebnis aus der Veranlagung ist derzeit ein Minus von 1 Milliarde Euro. Der Kapitalstand mit 1. Dezember 2008 unter Berücksichtigung der Refinanzierungskosten 3,34 Milliarden Euro. Das heißt, ein Bewertungsverlust von nahezu 20 Prozent. Und das muss heute hier auch offen diskutiert werden. Vor allen Dingen, welche Schlüsse ziehen wir daraus und welche Maßnahmen setzen wir?

Fakt ist aber auch, dass wir eine Gesamtaus-schüttung bisher erreicht haben im Ausmaß von 863 Millionen Euro. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, selbst bei konservativer Veranlagung von nur 4,7 Prozent, wie das Finanzexperte Dr. Keppert vorrechnet, hätten wir diese Rendite erzielt ohne dabei die Substanz dieser 4,4 Milliarden in Gefahr zu bringen und hätten damit auch einen Zinsgewinn von rund 1 Milliarde Euro erreicht.

In einem Rechtsgutachten vertritt Dr. Öhlinger folgende Schlussfolgerung: Geld zu veranlagern oder gar damit zu spekulieren ist zweifellos keine öffentliche Aufgabe und damit keine Aufgabe des Staates. Das heißt, ein erhoffter Gewinn aus dem Erlös von Wohnbauförderungsdarlehen ist keine ausreichende sachliche Begründung für die Veranlagung von Wohnbauförderungsgeldern. Und Öhlinger sagt weiter: Lediglich ein sicherer Ertrag könnte eine solche Maßnahme für sich rechtfertigen. Das Land als Staat darf aber kein vermeidbares Risiko eingehen.

Und ich glaube, hier beginnt das, wo wir heute die Diskussion auch ansetzen müssen. Denn der Landtag hat zu Recht damit Probleme. Zum Einen aus der Fondsstruktur und die Geldströme der Fonds, die für uns vollkommen intransparent und untereinander auch nicht klar erkennbar sind.

Zum Zweiten: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es kann natürlich alles gut ausgehen. Das sagen die Optimisten. Aber wir als Landtag haben auch die Frage zu stellen, wie reagieren, wie beantworten wir das Worst Case-Szenario, wenn die Veranlagung in diesem Ausmaß ausfällt? Und deshalb gibt es für uns Sozialdemokraten ganz klare Ziele und Forderungen. Zum Einen, dass wir trotz allen Strebens die Mittel des Landes durch entsprechende Veranlagungsstrategien zu vermehren, zukünftig darauf achten müssen, dass die Substanzerhaltung das oberste Ziel, die oberste Priorität hat.

Und zum Zweiten, dass wir auch verlangen, dass nunmehr die Karten auf den Tisch gelegt wer-

den und die Fakten und die Fondsstruktur geöffnet werden. Und was für uns besonders wichtig ist, dass man auch den Mut hat, die Offenheit hat, sich an einen runden Tisch mit allen konstruktiven Kräften im Landtag zusammen zu setzen um diese Situation nachhaltig zu klären. Schlussendlich wird nichts daran vorbeiführen, dass wir eine Wende in der Strategie brauchen. Nämlich weg von risikoreichen Veranlagungsformen hin zu sicheren Ertragsmodellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Niederösterreich wird trotz einer sehr guten wirtschaftlichen Ausgangssituation natürlich genauso hart von dieser internationalen Problematik betroffen sein. Ein Problem in dieser Dimension braucht aber, so glaube ich, die Zusammenarbeit, aber vor allen Dingen auch den Zusammenhalt aller konstruktiven Kräfte im Landtag. Und ich darf hier eines versichern: Dass wir Sozialdemokraten uns dazu bekennen und die Hand reichen. Sie muss nur angenommen werden. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Krismer-Huber.

Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Bei gutem Wind ist leicht zu segeln. Für jeden Kapitän. Mit großen Segelflächen ist man noch schneller auf hoher See unterwegs. Aber die Gefahr zu kentern, das Risiko wird größer. Und ein guter Segler denkt ungerne daran, dass es auch große Zwischenfälle wie einen Orkan geben kann.

Aber ein riskanter Wellenreiter, Segler, sollte zumindest ein kleines Schlauchboot mit haben, dass er im Notfall sich selber, sein Hab und Gut, ans Trockene bringen kann. Ich frage Sie daher, Herr Landesrat: Haben Sie die Segel nicht zu weit gespannt und sind ein enormes Risiko, und zwar ein mathematisch rechnerisches Risiko von minus 13 Prozent eingegangen und haben das in Kauf genommen? Mit einem Orkan, wie es diese Krise ist, war seit Mitte 2007 zu rechnen. Ich habe Ihnen persönlich auch noch 2007 im Herbst bereits eine Anfrage zur Supreme Crisis gestellt.

Aber haben Sie wirklich rechtzeitig die Segel verkleinert und sind mit geringerem Risiko weiter gefahren? Ich sage nein, Sie sind es nicht. Sie geben selber zu, dass Sie erst Mitte 2008 gesteuert haben. Und Sie sind viel zu lange am harten Wind gesegelt! *(Beifall bei den Grünen.)*

Und dass Sie nicht einmal ein kleines Schlauchboot oder einen Anker mithaben, ich glaube, das hat mittlerweile jede und jeder in Niederösterreich und auch darüber hinaus mitbekommen. Sie, Herr Landesrat, sind mittlerweile am Ertrinken und sehen das noch immer nicht. Das ist die Krise, die wir in Niederösterreich haben. Dass Sie weiter segeln und noch immer nicht einsehen, wie hoch uns allen das Wasser steht, wie das Wasser in dieses Boot eindringt.

Gehen wir kurz zurück in das Jahr 2001. Bestimmt, bis auf die Grünen, haben hier alle im Landtag vertretenen Partei dieser Odyssee zugestimmt. Und das ist auch eine Kritik, die die Grünen eben diesen drei Parteien entgegensetzen. Im Grundsatzbeschluss hat es keine Routen gegeben, keine wirklichen Abweichungen gegeben, keine sicheren Häfen wurden markiert, kein Anker und kein Schlauchboot. Das ist der Grundsatzbeschluss von 2001.

Und mit dem Grundsatzbeschluss sind Sie mit der FIBEG, sind Sie mit den Verträgen mit der Hochfinanz auf See gegangen, und das auf der hohen Welle der Gier. 6 Prozent Rendite heißt spekulieren und heißt Gier. Das haben Sie zu verantworten. Wir haben das stets kritisiert. Und es ist für uns derzeit einfach. Wir brauchen als Grüne hier auch keine Kurskorrektur vornehmen. Ja, wir als Grüne sind davon überzeugt, dass die öffentlichen Gelder nicht gierig verzockt werden. Dass das konjunkturpolitisch keinen Sinn macht. Das beweist sich auch jetzt wieder. Und noch einmal: 6 Prozent Rendite heißt bis zu 13 Prozent Verlust in Kauf zu nehmen. Das ist zocken mit öffentlichen Geldern. *(Beifall bei den Grünen.)*

Mit keiner einzigen Unterlage wurde hier der Landtag weder 2001 noch 2007 ordentlich und sachlich über die Tragweite dieses Grundsatzbeschlusses in Kenntnis gesetzt. Das war auch immer eine Kritik von uns. Für den Landtag müssen die Unterlagen so aufbereitet werden, dass es zu dieser Tragweite auch bewusst die Zustimmung oder die Ablehnung gibt. Das ist nicht gemacht worden. 2001 nicht und 2007 auch nicht. Und als 2008 der Orkan ausbrach dann endlich kam, haben Sie nicht einmal die Informationspflicht, die hier der Landtag einstimmig beschlossen hat, wahrgenommen. Sie haben die Landtagsklubs das letzte Mal im Herbst 2007 informiert. Als alles schon eingebrochen ist, 2008, haben Sie keinen einzigen Klub informiert. Was in der Regierung kommuniziert wird, weiß ich nicht.

Das behaupte ich. Das gibt's auch auf keinem demokratischen Schiff, dass sich ein Landesregie-

rungsmitglied, ohne dass das irgend jemand offensichtlich da herinnen stört oder die Öffentlichkeit, über einstimmige Beschlüsse des Landtages hinwegsetzen kann.

Aber SPÖ und FPÖ sind jedenfalls bereit, ihr Abstimmungsverhalten neu zu bewerten. Und ich würde meinen, das ist eine politische Qualität. Zu sagen, das haben wir uns vielleicht nicht so genau angesehen. Das halte ich für eine politische Qualität, die ich, die wir Grüne, auch akzeptieren. Und ich halte es für eine ehrlichere und eine vernünftigeren Herangehensweise, zu sagen, die Abstimmung würden wir heute anders machen. Aber so, wie die Fakten am Tisch liegen, wie diese Krise ist, als Regierungsmitglied noch immer zu sagen, es ist alles in Ordnung, das halte ich mittlerweile wirklich für einen Skandal.

Wir reden hier nicht vom politischen Kleingeld, das die drei Oppositionsparteien hier machen wollen. Da könnens schon grinsen. Wir reden von einer Milliarde Euro, Herr Landesrat. Das Schiff ist noch nicht gesunken. Ich frage Sie daher: Wo war ab 2001 Ihr Plan B, wenn die Kurse fallen sollten, wenn der Wind stärker wird? Wo war Ihr Plan C dass so eine Krise eintritt? Niederösterreich wird noch lange bestehen. Da denkt man nicht in einer Wahlperiode. Da denkt man auch nicht in einer Generation. Es war klar, dass irgendwann in diesen Jahrzehnten es einen Orkan geben wird. Hat es diesen Notfallplan C gegeben? Nein! Hat es nicht gegeben.

Ich schiebe die Verantwortung nicht ab. Aber so, wie Sie agieren, sind Sie mittlerweile in dem Land alleine dafür verantwortlich, weil Sie eben nicht für diesen Notfallplan gesorgt haben. Und ich sehe auch weit und breit niemanden an Ihrer Seite, so einen kleinen „Wickie“, der sich an Ihrer Nase reiben würde und dann sagt „Ich hab's!“ So jemanden gibt es nicht. Und auch die FIBEG hat zu spät reagiert wenn sie erst 2008 gegensteuert. Also dort sitzen die „Wickies“ einmal überhaupt nicht. Und sie haben auch dieses Schlauchboot nicht. Also mehr als die zwei Möglichkeiten sehe ich für das Land Niederösterreich mittlerweile nicht mehr.

(Abg. Weiderbauer und Abg. Enzinger MSc verteilen an die Abgeordneten goldene Schokotaler.)

Aber es beginnt genau dort, dass Sie einmal die politische Qualität haben und einen Fehler eingestehen und wirklich zur Wahrheit stehen, was derzeit mit dem Budget im Land Niederösterreich los ist. Sie sollen endlich damit aufhören so zu tun als wär alles in Ordnung. Eine Milliarde Euro liegt

am Tisch und Sie behaupten, es ist alles in Ordnung.

Präsident Ing. Penz: *(gibt Klingelzeichen)* Herr Abgeordneter Weiderbauer! Darf ich Sie bitten, die Verteilaktion einzustellen. Das ist doch respektlos gegenüber Ihrer Rednerin von der eigenen Fraktion! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne): Danke, Herr Präsident, wenn Sie besorgt sind, mit welchem Respekt die grünen Mandatäre untereinander umgehen. Aber mich hat das nicht gestört.

Aber wir sind bei was anderem. Danke! Ja? Herr Landesrat! Ich würde Sie eindringlich ... *(LH Dr. Pröll: Von den eigenen Abgeordneten stören lassen bei Ihrer Rede, das lässt tief blicken!)* Herr Landeshauptmann, ich habe mich nicht gestört gefühlt! *(Beifall bei den Grünen.)*

Herr Landeshauptmannstellvertreter! Ich würde Sie ersuchen, mit dieser Geheimpolitik aufzuhören und mit dieser negativen Informationspolitik. Insbesondere die Geheimpolitik betreiben Sie ja nicht nur in der Angelegenheit und im Ressort Finanzen, die betreiben Sie auch im Ressort Gesundheitspolitik. Das zieht sich bei Ihnen einfach durch. Stehen Sie endlich für Fehler, für Entscheidungen, die man heute neu bewerten könnte, einmal gerade! Die hoch riskanten Spekulationen in Niederösterreich mit den Steuergeldern müssen endlich ein Ende haben. Und das hängt mit Ihrer Person zusammen.

Ich würde meinen, die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher können ihr Geld selber verzocken. Das ist nämlich ihr privates Geld. Da sollen sie ins Casino gehen, da können sie die Einarmigen Banditen von Novomatic bedienen. Das sind ihre privaten Gelder. Das können sie tun. Aber nicht mit öffentlichen Mitteln. Kommen Sie endlich zur Besinnung und geben Sie uns als Landtagsklubs endlich die Informationen und kommen Sie nicht mit schon wirklich frechen Antworten, man hätte bei einer Budgetrede auch Fragen stellen können. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Hackl.

Abg. Mag. Hackl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Hoher Landtag!

Zahlen sind geduldig. Gerade die laufende Debatte ist dieser Aktuellen Stunde hat uns das gut vor Augen geführt. In der letzten Minute wurde nicht

nur die Äpfel mit den Birnen verglichen, es wurden so genannte Experten zitiert und es wurde mit Renditen und Zinssätzen jongliert.

Das Ergebnis, das die Kollegen von der FPÖ, von der SPÖ und von den Grünen hier präsentiert haben, haben wir eigentlich schon vorgestern auf der ORF-Homepage lesen können, nämlich sofortiger Ausstieg aus den Veranlagungen in Sachen Wohnbaugelder. *(Abg. Cerwenka: Stimmt so nicht!)* Stimmt so nicht. Ihr habt eine große Pressekonferenz dazu abgehalten, drei Pressesprecher haben daran gearbeitet. Der ORF hat es so gebracht, die anderen Medien auch. Es liegt scheinbar an den Inhalten, die ihr vermittelt, dass ihr nicht verstanden werdet. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Waldhäusl: Lesen lernen!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In einer gerade heute hoch komplexen Finanzwelt, in der unsere Wohnbaugelder veranlagt sind, wurde etwas gemacht, und zwar, man hat sie auf eine Eindimensionalität heruntergebrochen wie es einem gerade in den politischen Kram passt. Aus einem einzigen Grund heraus, nämlich um politisches Kleingeld zu machen! Und hier wurde ein politischer Schulterchluss gebildet zum Schaden von Niederösterreich. Das muss einmal hier gesagt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Parteipolitik vor Landespolitik. Dieses Credo haben uns SPÖ, FPÖ und Grüne in den letzten Tagen und auch in dieser Aktuellen Stunde vorgelebt. *(Abg. Waldhäusl: Wer hat denn verspielt eine Milliarde? Die ÖVP!)*

Kollege Waldhäusl! Der Schriftsteller Antoine de Saint-Exupéry hat in seinem „Kleinen Prinzen“ einmal geschrieben: Dem größten Respekt kann man einem Menschen erweisen indem man ihm zuhört. Ich habe Ihnen den Respekt erwiesen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich würde mich freuen, wenn Sie mir den gleichen erweisen. *(Abg. Waldhäusl: Sagen Sie es bitte dem Herrn Landeshauptmann!)*

Kollege Waldhäusl! Ich sage es Ihnen deutlicher mit Hermann Hesse. Der hat einmal gesagt: Zuhören öffnet nicht nur das Herz, sondern auch den Verstand. Lassen Sie sich auf das Experiment ein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dieser Aktuellen Stunde wurde wenig Neues gesagt und bedauerlicherweise auch wenig Richtiges. Das ist schade! Und das ist schade aus einem einzigen Grund. Die Veranlagungen der NÖ Wohnbauförderungsdarlehen sind nämlich ein gutes Beispiel dafür

wie man verantwortungsbewusst mit Steuergeldern umgeht, wie man entsprechend wirtschaftet. Geben Sie mir die Möglichkeit, dass ich Ihnen das erkläre warum das so ist.

Wir befinden uns, und das wurde heute schon gesagt, in einer der schwersten Finanzkrisen seit den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Der Aktienwert von erfolgreichen Unternehmen steht in keinem Verhältnis mehr zum realen Wert, was Maschinen, was Grundstücke, was die Gebäude betrifft. Alles in allem ein denkbar schlechter Zeitpunkt um aus solchen langfristig kalkulierten Aktiengeschäften auszusteigen. Und die niederösterreichischen Veranlagungen sind in solchen Aktien veranlagt.

Aber ich lade Sie jetzt ein, und es wurde heute schon probiert, nur leider falsch, zu einem Gedankenexperiment: Was würde passieren, wenn wir heute, zum jetzigen Zeitpunkt unsere Wohnbaudarlehen realisieren würden? Machen wir hier einen fiktiven Kassasturz? Gerne sehen wir uns die nackten Zahlen an.

Wir haben im Jahr 2000 4,4 Milliarden veranlagt. Würden wir zu diesem denkbar schlechten Zeitpunkt, wie ich schon gesagt habe, das Kapital realisieren, würden wir heute 3,6 Milliarden bekommen. Wir haben aber Ertragsanteile von über 1 Milliarde erwirtschaftet. Davon sind 860 Millionen in das Budget geflossen und 150 Millionen, die leider vergessen worden sind bei meinen Vorrednern, in unser Konjunkturpaket. Das heißt, 3,6 Milliarden plus über 1 Milliarde ergibt 4,6 Milliarden insgesamt. Das heißt, sogar bei einem Ausstieg zu einem denkbar schlechtesten Zeitpunkt, nämlich heute, haben wir einen Überschuss von 200 Millionen Euro erwirtschaftet. 200 Millionen Euro Überschuss erwirtschaftet! *(Beifall bei der ÖVP.)* Jetzt möchte ich wissen: Wo wurde hier spekuliert? Wo wurde hier gezockt? *(Unruhe bei Abg. Waldhäusl.)*

Denken Sie an Hermann Hesse, Herr Kollege Waldhäusl! *(Abg. Waldhäusl: Die Wohnbaugelder!)*

Von so einem Ergebnis kann die Stadt Wien nur träumen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Denn die haben veranlagt genau in Aktien im Jahr 2000, haben 1,7 Milliarden investiert. Der heutige Wert sind gerade mickrige 200 Millionen Euro. Das, meine Damen und Herren von der SPÖ, nenne ich Spekulation! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch die österreichischen betrieblichen Pensionskassen weisen beispielsweise schlechtere Werte aus als unsere Veranlagung des Landes Niederösterreich. Wir haben mit unserer Veranla-

gung jährlich 150 Millionen Euro erwirtschaftet. Und gerade jetzt, da unser Kapital am wenigsten Wert ist, gerade jetzt sagt Herr Landeshauptmannstellvertreter - sagt er schon seit einem Jahr, eigentlich seit dem er hier im Amt ist - und auch der Klubobmann Waldhäusl und auch bedauerlicherweise die Grünen, steigen wir aus. Das ist mir unverständlich! So agiert kein Geschäftsmann!

Aber das ist nicht nur Gottlob dem ÖVP-Klub unverständlich, das ist auch dem Abgeordneten Dworak unverständlich gewesen. Denn er hat zum Beispiel in der Landtagssitzung am 2. Oktober gesagt, und er wird mir erlauben, dass ich ihn zitiere: Und ich bin hier nicht bei der FPÖ, die sagt, sofort 'raus aus diesen Geschäften. Das wäre eine finanzpolitische Katastrophe, wenn man zum jetzigen Zeitpunkt wo die Aktien am Boden sind, aus diesen Geschäften aussteigt, sondern man muss nach Alternativen suchen. Ich gebe Ihnen komplett Recht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie sprechen mir aus der Seele, Kollege Dworak, vor einem halben Jahr. Bis auf eines: Das mit den Alternativen.

Es wurde nämlich schon ein Jahr bevor Sie diese Wortmeldung getätigt haben, im Jahr 2007 nach Alternativen gesucht und das Veranlagungsportfolio neu strukturiert. Und zwar konservativer gestaltet! Und das schaut zum heutigen Zeitpunkt folgendermaßen aus: 18 Prozent sind in Aktien investiert, 60 Prozent in Anleihen - Kollege Waldhäusl - veranlagt und 22 Prozent derzeit auf Sparbüchern geparkt. Ich denke, das ist eine sehr konservative Veranlagung, die den finanzpolitisch sehr schwierigen Zeiten gerecht wird. Ich frage: Wie konservativ wollen Sie es noch haben? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und dieser Meinung ist nicht nur der ÖVP-Klub, dieser Meinung ist übrigens auch der Rechnungshof, der diese Veranlagung - das wissen Sie eh alle - viermal geprüft und für korrekt empfunden hat.

Ich möchte Ihnen ganz kurz auch ein Zitat des Rechnungshofes zur Kenntnis bringen. Der sagt: Die Verwertung kann insgesamt als plausibel, nachvollziehbar, zielführend und angemessen angesehen werden. Die von den Experten erarbeitete Veranlagungsstruktur und die Steuerung der Veranlagungsinstrumente sind im Einklang mit den streng gesetzlichen Veranlagungsvorschriften für die volkswirtschaftlich bedeutenden und von der Finanzmarktaufsicht überwachten Versicherungsunternehmen, Pensionskassen und Mitarbeitervorsorgekassen.

Stichwort Pensionskassen, Mitarbeitervorsorgekassen. Wie schon vorher gesagt, die Performance, unsere Veranlagung, die auf ähnlichen gesetzlichen Grundlagen steht, braucht den Vergleich sicher nicht zu scheuen.

Und ich möchte jetzt an dieser Stelle, weil es wurde jetzt ein bisschen heruntergespielt in den vorigen Wortmeldungen, auch daran erinnern, dass 2001 die Veranlagungen nicht alleine durch die ÖVP beschlossen worden sind, sondern auch mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ. Und dies auch in neuen Beschlüssen erneuert worden ist.

In aller Kürze zwei Sätze nur zu dem Grundsatzbeschluss am 18. Juni 2001. Da sagt zum Beispiel der damalige FPÖ-Abgeordnete Dkfm. Rambossek, der Ihre Linie hier vorgetragen hat: Ich meine, die Veranlagung dieser Auslagensumme auf dem Geldmarkt, die Mobilisierung der Wohnbauförderungsdarlehen kann von uns als eine zukunftsorientierte - Kollege Waldhäusl -, nachhaltige sowie Maastricht-einnahmenwirksame Bewirtschaftung dieses Ausleihensvolumens bezeichnet werden. Das war eure Meinung! Von der wisst Ihr jetzt nichts mehr! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Abgeordnete Feurer wird den Kollegen von den Sozialdemokraten auch noch bekannt sein, war quasi Feuer und Flamme für die geplante Veranlagung. Er sagte nämlich wörtlich: Mit diesem Antrag soll sichergestellt werden, dass die Verwertung von 166.000 Wohnbauförderungsdarlehen mit einem Gesamtfinanzrahmen von 65 Milliarden Schilling bestmöglich erfolgt und natürlich dem Land Nutzen verspricht. Ihr wart alle im Boot. Und jetzt wisst ihr nichts mehr davon! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade wenn es um die Veranlagung des Landes geht. Die SPÖ Niederösterreich spielt hier ein Spiel mit doppeltem Boden. Das muss man schon einmal sagen. Einerseits tut man bestürzt und ahnungslos, andererseits hat man als SPÖ Niederösterreich in allen 32 Beiratssitzungen in der Person vom Büroleiter des Parteichefs, Landeshauptmannstellvertreter Leitner, der Veranlagungsstrategie beigevoht und zugestimmt. Da hat es nie Veränderungswünsche gegeben! Das wird jetzt alles negiert und weggewischt! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Irgendwie, muss man schon sagen, entsteht da der Eindruck, dass die Kritik an den Veranlagungen gerade von der SPÖ-Seite und von der FPÖ-Seite eine einfache Strategie hat. Das geht frei nach dem Motto, wenn's gut rennt sind wir dafür und sind

dabei, und wenn es ein bisschen schlechter läuft, schauen wir, dass wir politisches Kleingeld daraus schlagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und bedauerlicherweise stehen Ihnen die Grünen in nichts nach. Die Grünen, ganz im Gegenteil, wenn man ein anderes Thema anschneidet, die Grünen waren sich in den letzten Tagen in Sachen Niederösterreichische Radhelme eigentlich nicht zu schade, Parteipolitik auf dem Rücken der Kinder auszutragen. Das muss auch einmal gesagt werden. Auch wenn es gerade nicht Thema ist. Nicht nur was die Veranlagungen betrifft. So schaut die Glaubwürdigkeit der Grünen in Niederösterreich aus! So schaut sie aus! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Krismer-Huber: Über das diskutieren wir eh noch!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist vielleicht parteipolitisch nachvollziehbar, aber sicher nicht gut für das Land Niederösterreich und schon gar kein Ansatz wie ich mir eine seriöse Finanzpolitik für unser Heimatland vorstelle. *(Unruhe bei Abg. Weiderbauer.)* Und untermauert, das glaube ich hundertprozentig, und untermauert, wenn wir schon beim Glauben sind, wird die Aktuelle Stunde von einem SPÖ-Auftragsgutachten von Thomas Keppert, kurz angeschnitten am Anfang. Jetzt traut man sich fast schon den Namen nicht mehr laut sagen. Sehr geehrte Damen und Herren, ich sage, Gutachten können irren. Dieses Gutachten irrt sich gewaltig!

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch kurz einen Ausschnitt aus dem Artikel des „Wirtschaftsblattes“ vom 28. Mai 2007 zur Kenntnis bringen. Das „Wirtschaftsblatt“ wurde ja gerade als seriöse Zeitung titulierte. Der Meinung bin ich auch. Und meine Ansicht hat sich eigentlich beim Lesen dieses Artikels über Thomas Keppert bestätigt.

Denn der Artikel hat folgende Überschrift: Amis-Affäre. Gutachter unterstellt Keppert Deckung einer Bilanzfälschung. Das ist Ihr Gutachter! Keppert spielt im Fall Amis eine zentrale Rolle. Meine Kollegen von den Sozialdemokraten: Wissen Sie, wer das gesagt hat? Kai Jan Krainer, SPÖ-Fraktionsführer im Bankenuntersuchungsausschuss. Und er sagt weiter: Keppert und seine Kanzlei haben die gesamte Buchhaltung der Amis-Vorgängerfirma AMV gemacht. Es gab Verquickungen mit Wolfgang Flöttl und der BAWAG. Es stellte sich die Frage, wie er überhaupt Gerichtssachverständiger im BAWAG-Verfahren werden konnte. Und der Sachverständige der Rechtsschutzversicherung Manfred Igl erhebt in seinem Gutachten schwere Vorwürfe gegen Keppert. Er unterstellt ihm nämlich die Deckung einer Bilanzfälschung.

Und wissen Sie, was der Keppert gesagt hat? Ich bin fassungslos. Der Pichler schreibt böse Gutachten. Ich muss sagen, ich möchte den Artikel nicht mehr weiter kommentieren. Aber scheinbar hat der Thomas Keppert sehr viel Erfahrung mit bösen Gutachten, wie man aus dem Artikel lesen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Amis-Skandal, BAWAG-Skandal. Ein Name ist immer im Blickfeld des Interesses: Dr. Thomas Keppert. Und jetzt wird es für Sie wieder interessant, Kollege Waldhäusl: Am 3. Februar stellte der FPÖ-Nationalrat Königshofer – werden Sie sicher kennen – eine parlamentarische Anfrage an die Bundesministerin für Justiz betreffend BAWAG-Strafprozess. Und scheinbar haben Sie in letzter Zeit zu wenig mit ihm geredet, sonst hätten Sie sich nicht so auf den Gutachter Keppert versteift. *(Abg. Waldhäusl: Ich habe kein einziges Mal den Gutachter zitiert! Du musst aufpassen was du sagst!)*

Denn raten Sie einmal um wen es bei dieser Anfrage in erster Linie geht? Es geht um Dr. Thomas Keppert! 21 Seiten mit Fragen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und diese Fragen beschäftigen sich nur mit der undurchsichtigen Rolle von Thomas Keppert im Amis-Skandal, BAWAG-Skandal und Y-line-Skandal, um noch einen Namen zu nennen. *(Abg. Waldhäusl: Und was hat das mit mir zu tun? – Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Ich sage, Hermann Hesse, Kollege Waldhäusl. *(Abg. Waldhäusl: Du musst schon wissen was du sagst! Wer schreibt dir die Reden?)*

Die Fragen zielen nur auf eines ab: Die Unbefangenheit des Gutachters Keppert in Zweifel zu stellen. Angesichts dieser Tatsachen frage ich mich schon: Wenn man sich diese Vorgeschichte ansieht, meine Kollegen von der SPÖ, frage ich mich, welche Auswahlkriterien trifft die SPÖ Niederösterreich? Welche Auswahlkriterien sind Ihnen wichtig wenn Sie sich für einen Gutachter entscheiden? Und wenn wir schon beim Thema Experten sind. Der Experte, unter Anführungszeichen, Öhlinger vertritt ja scheinbar die Meinung, Veranlagungen sind keine öffentliche Aufgabe. Das ist auch ein alter Hut. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Das ist sieben Jahre alt das Gutachten und wurde vom Verfassungsexperten Maier widerlegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, ich habe versucht, ob Sie es glauben oder nicht ist Ihre Entscheidung, anhand dieses Kassasturzes Ihnen näher zu bringen, dass unsere Veranlagungen gut dastehen und nicht so schlecht ausschauen, wie es meine Vorrednerin und meine Vorredner erklärt haben. Ganz im Gegenteil: Wir

haben eine Milliarde in den letzten Jahren damit erwirtschaftet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ, von der FPÖ und den Grünen: Wenn Sie im Zusammenhang mit unserer Veranlagung von Spekulation und Zockerei reden, bedaure ich das. Denn das zeigt, dass Sie damit nur politisches Kleingeld machen wollen. Ich sage Ihnen was ich denke, wenn ich von unseren Veranlagungen spreche. Ich denke an das NÖ Pflegemodell, an den Heizkostenzuschuss für sozial Schwächere, an das Schulstartgeld für Familien, an Kindergärten für Zweieinhalbjährige, an die Unterstützung für behinderte Menschen und auch an das Landwirtschaftsbudget, an die Jugendwohlfahrt, an sozialpolitische Maßnahmen, wie zum Beispiel Arbeitnehmerförderungen, Pendlerhilfe, an familienpolitische Maßnahmen wie zum Beispiel die Kindertagesbetreuung, an die Familienförderung. Und schlussendlich auch an das Konjunkturpaket. *(Abg. Waldhäusl: Dort fehlt dann das Geld überall!)*

Wenn ich an unsere Veranlagungen denke, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehe ich die vielen Maßnahmen, die den Niederösterreichern und Niederösterreichern zugute kommen und die sonst nicht finanzierbar gewesen wären! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und eines muss schon noch gesagt werden: Wenn ich an unsere Veranlagung denke, habe ich auch Respekt vor einem Politiker, der zum Wohl unseres Landes eine längerfristige finanztechnische Strategie fährt, die auf 10 bis 15 Jahre ausgelegt ist.

Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, in einer politisch schnelllebigen Zeit, wo Entscheidungen von Politikern aus Angst vor Wahlterminen höchstens ein Jahr gelten wenn überhaupt. Dazu gehört Mut, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Glück für die Finanzen des Landes Niederösterreich dass wir mit Landeshauptmannstellvertreter Wolfgang Sobotka so einen mutigen Politiker haben, der die Verantwortung für unser Geld trägt! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Ing. Penz: Zu einer tatsächlichen Berichtigung gelangt Herr Klubobmann Cerwenka zu Wort.

Abg. Cerwenka (SPÖ): Ich habe mich zu dieser tatsächlichen Berichtigung gemeldet um die Glaubwürdigkeit des Abgeordneten Hackl zu hinterfragen. Ich möchte das an zwei Punkten darlegen. Der Abgeordnete Hackl hat behauptet, dass in der gemeinsamen Pressekonferenz der Klubob-

leute der sofortige Ausstieg verlangt wurde. Ich zitiere aus dem offiziellen Pressepapier: Die Umschichtung von noch vorhandenen Risikoveranlagungen in konservative und zumindest wertgesicherte Veranlagungsformen zu einem Zeitpunkt, der von unabhängigen Finanzberatern im Auftrag des Landes Niederösterreich empfohlen wird. Das ist die Realität!

Und Sie haben behauptet, dass im Beirat unserer Vertreter alle Beschlüsse mit gefasst hat. Ich mache Sie darauf aufmerksam, der Beirat ist kein Beschlussorgan. Die Beschlüsse fallen im Aufsichtsrat.

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Königsberger.

Abg. Königsberger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Hoher Landtag!

Kollege Hackl, wenn man eine Milliarde Verlust in eine Milliarde Gewinn verwandelt, dann frage ich mich, ob Sie Legastheniker sind, wenn Sie die Soll- und die Habenseite verwechseln. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. Mag. Hackl: Das ist euer Niveau!)*

Meine Damen und Herren! Die heutige Aktuelle Stunde soll vor allem eines bringen: Einen Blick in die Zukunft. In eine Zukunft, wo mit öffentlichen Geldern nicht mehr in Hochrisikogeschäften spekuliert werden darf.

(Abg. Präs. Nowohradsky: Jetzt hat er euch eh gesagt dass es nur noch 14 Prozent Aktien sind!) Herr Präsident! Sie sind mit dem Geld der Bürger ins Finanzcasino gegangen! Sie sind der Spielsucht verfallen! Und Ihr Suchtverhalten ist gegenüber jeder Vernunft resistent. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. Mag. Schneeberger: Ihr habt mitgestimmt!)* Und da führt nur ein Weg aus dem Dilemma. Die Sperre und ein Betretungsverbot im Casino. Und das bedeutet einen Wechsel in der Strategie in diesen Veranlagungen.

Und es ist auch höchst an der Zeit, einmal die ursächliche Schuld zu suchen an dieser Katastrophe. Der Grundsatzbeschluss 2001 wurde ja schon erwähnt, und die Betonung liegt auf Grundsatzbeschluss. Es ist aber sicher kein Beschluss, dieser Beschluss ist kein Freibrief für risikoreiche und hochspekulative Veranlagungen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Verehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter Sobotka! Sie haben den Beschluss aber schon als Freibrief betrachtet. Und noch dazu als Eintritts-

karte auf den Ball der Spekulanten. Und ich möchte nur ganz kurz auf unsere Aktuelle Stunde zurück kommen im vergangenen Herbst. Damals waren es noch 300 Millionen Euro. Und ich möchte den Kollegen Karner kurz zitieren, der da gesagt hat: Die Bewertung der Investments ist auf einem Tiefpunkt angelangt, aber wir müssen ja nicht verkaufen.

Herr Kollege Karner, was sagen Sie heute zu dem Punkt? Tiefer als Tiefpunkt? Ich sage es Ihnen: Gefrierpunkt, aber immer noch nicht der absolute. Und es wird sehr schwer sein, dieses Eis wieder aufzutauen.

Ich möchte nicht in Abrede stellen, dass am Anfang Erlöse erwirtschaftet worden sind. Aber Sie können auch nicht in Abrede stellen, dass diese Erlöse, diese Spekulationsgewinne von den Verlusten bereits aufgefressen und übertroffen worden sind.

Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt auf FIBEG, Firmengeflechte, Verschachtelungen, Verwinkelungen, Provisionszahlungen, Cayman Inseln gar nicht mehr eingehen. Haben wir schon zur Genuge diskutiert, beleuchtet.

Wir wissen immer noch nicht, wie sich der Moloch FIBEG zusammensetzt, in welche Kanäle da Gelder fließen. Aber eines wissen wir: Es gibt nur eine Konsequenz: Raus aus diesen risikoreichen Veranlagungen! Mehr Kontrolle und Mitspracherecht durch den Landtag, Offenlegung der Firmengeflechte und keinen Alleingang durch den Herrn Landeshauptmannstellvertreter.

Meine Damen und Herren! Sollte das nicht passieren, dann kann es keine Debatte zum Vorschlag 2010 ohne vorherigen Sonderlandtag geben, wo wir erneut Aufklärung und Information einfordern werden. Ich komme schon zum Schluss und darf die Worte eines prominenten ÖVP-Funktionärs zitieren: Es reicht! Es reicht wirklich, Herr Landeshauptmannstellvertreter! Erlösen Sie die Niederösterreicher von Ihrer diktatorischen Geldvernichtung. Denken Sie um oder denken Sie an Ihren Rücktritt! Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Leichtfried.

Abg. Mag. Leichtfried (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Landeshauptmannstellvertreter, Landesräte! Werte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Herr Mag. Hackl hat immer wiederum davon gesprochen, kein politisches Kleingeld hier in die-

sem Haus zu machen. Ich denke, es geht nicht um politisches Kleingeld, sondern es geht tatsächlich um eine sehr, sehr ernste Situation. Eine ernste Situation, die sehr offen und ausführlich diskutiert gehört.

Was er aber gemacht hat, er hat sich hier hergestellt und hat unabhängige Gutachter, wie es Prof. Dr. Keppert und Prof. Öhlinger sind, beschuldigt. Hier beschuldigt, von diesem Podium aus. Und das, denke ich, ist eine Schande. Das ist nicht der Würde dieses Hauses wert. *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)*

Meine Damen und Herren! Nochmals, um den Ernst dieser Sache ... *(Abg. Mag. Schneeberger: Er hat die eigenen Leute zitiert!)* Nein, nein! Er hat sie beschuldigt! Was in Zeitungen steht. Was in Zeitungen drinnen steht. Nein. Moment einmal! Zitate aus Zeitungen! *(Abg. Mag. Riedl: Aber die Amis-Vorstände sind gerichtlich verurteilt!)*

Gehen wir noch einmal zu den Tatsachen zurück. Die ursprünglichen 4,4 Milliarden Euro sind tatsächlich heute nur mehr 3,4 Milliarden wert. 860 Millionen Euro wurden durch Ausschüttungen erwirtschaftet. Hätte man aber, meine Damen und Herren, eine konservativere Art der Veranlagung gewählt, dann hätte man heute noch immer ein Kapital von 4,4 und nicht von 3,4. Und zusätzlich hätte man noch einen Zinsgewinn von rund einer Milliarde Euro. Und jetzt denke ich, ich weiß nicht, ob ... *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Zusätzlicher Zinsgewinn von einer Milliarde Euro. Auch wenn ihr jetzt lacht. Durch Lachen wird eure Behauptung nicht richtiger. *(Abg. Mag. Karner: Das ist die Amis-Rechnung!)*

Man hätte einen zusätzlichen Zinsgewinn von einer Milliarde Euro. *(Abg. Mag. Schneeberger: Herr Bürgermeister! Machst du das in deiner Gemeinde auch so?)*

Die Veranlagung ... Ist eh klar, dass ihr schreit. Ihr wollt ein bisschen stören. Das ist euch nicht recht. Herr Klubobmann, ich weiß schon. Ich veranlage nicht. Aber ich bin auch nicht so ein großer Schuldner wie das Land Niederösterreich.

Die Veranlagung war eindeutig zu risikofreudig. Sie war nicht konservativ. Und jetzt komme ich zu dem, was uns immer wieder vorgehalten wird, nämlich dass wir mitgestimmt haben. Ihr könnt euch genau erinnern wie dieses Mitstimmen zustande gekommen ist. Wir hatten sehr, sehr heftige Diskussionen und Auseinandersetzungen innerhalb des Klubs, mit der ÖVP-Fraktion, weil es nicht eindeutig für uns war, hier bei dieser Veranlagung überhaupt mitzugehen. Tatsache war aber, vor

allem der damalige Klubobmann, der Abgeordnete Sacher, hat sich mit dieser Frage sehr, sehr intensiv beschäftigt, und schließlich ist es zu einer Einigung gekommen. Und ich sage heute, zu dem stehe ich auch, rückblickend sage ich dazu, dass es ein Fehler war. Ein Fehler war, hier bei dieser Veranlagung mitzustimmen. Es war aber vor allem falsch, dass dann der Auftrag, nämlich risikoarm zu veranlagern, nicht eingehalten wurde.

Meine Damen und Herren! Es geht hier um einen wirtschaftlichen und zweckmäßigen Einsatz von Steuergeldern. Und es geht hier nicht um die Veranlagung von privatem Geld. Es stellt sich daher die Frage für mich und für den gesamten Landtag muss ich diese Frage stellen: Wer entscheidet über diese Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit? Kann hier über Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit ein Finanzreferent allein entscheiden? Der Aufsichtsrat? Oder ist nicht auch der Landtag entsprechend hier mit einzubinden? Welche Kontrollmöglichkeiten gibt es tatsächlich dafür?

Ich denke, es geht um die notwendige Sorgfaltspflicht im Umgang mit Steuergeldern. Es wurde heute von Mag. Hackl der Bundesrechnungshof zitiert, wenn ich es richtig gehört habe, oder der Landesrechnungshof. Der Bundesrechnungshof, Mag. Hackl, hat bereits im Jahre 2003 auf das hohe Risiko der Veranlagung hingewiesen und es ist trotzdem, aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar, keine Reaktion erfolgt. Uns muss doch klar sein, dass Steuergelder zu veranlagern - auch wenn Sie das jetzt bezweifeln oder wenn du das bezweifelst - keine öffentliche Aufgabe ist! Aus meiner Sicht, meine Damen und Herren, ist Veranlagung von Steuergeldern keine öffentliche Aufgabe. Mit dieser Veranlagung war Niederösterreich mit dieser Vorgangsweise Teil einer Blase. Teil einer Blase, die sich auf den internationalen Finanzmärkten aufgebaut hat. Niederösterreich war damit aber auch Teil von Spekulationen auf Nahrungsmittel. Niederösterreich war damit Teil einer ethischen Frage. Einer ethischen Frage, die heute noch nicht diskutiert wurde. Spekulationen auf Agrarrohstoffe, die mitverantwortlich sind für den Preisanstieg bei Weizen, bei Mais usw.! Wer sind die Leidtragenden? (Abg. Mag. Schneeberger: Unglaublich!)

Das ist nicht unglaublich! Wer sind die Leidtragenden? Die Leidtragenden sind ... (Abg. Mag. Schneeberger: Du hast ja alles mitbeschlossen, lieber Freund!)

Ich habe dir ja gerade gesagt, dass ich das als Fehler ansehe. Ich sehe das heute als Fehler! Wir haben das mitbeschlossen, weil wir gemeinsam zu einer Einigung gekommen sind. Aber es geht auch

darum ... (Abg. Mag. Schneeberger: Aber mitbeschlossen!)

Es geht auch darum, Fehler zu akzeptieren und Fehler einzusehen.

Karner, ich weiß eh, deinen Fehler will ich gar nicht aufzählen die du alle gemacht hast. (Abg. Grandl: Du stellst dich in Frage! – Unruhe im Hohen Hause.)

Nein! Ich bekenne mich dazu, dass dieser Beschluss ein nicht richtiger gewesen ist.

Präsident Ing. Penz: (gibt Klingelzeichen) Der Herr Abgeordnete ist am Wort.

Abg. Mag. Leichtfried (SPÖ): Die Idee nämlich, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, die Idee, man verkaufe niedrig verzinste Wohnbaurdarlehen an Banken, lege das lukrierte Geld in Fonds und speise mit den Erträgen das Landesbudget, diese Idee war bestechend. Aber die Idee ist rückblickend keine gute gewesen. Jetzt ist die Frage wirklich zu stellen, was hat Steuergeld am Aktienmarkt verloren? (Beifall bei LHStv. Dr. Leitner.) Dazu kann es nur eine einzige Antwort geben: Nämlich nichts! Überhaupt nichts!

Meine Damen und Herren! Was ist daher zu tun? Es wurde heute schon mehrmals angeführt. Ich möchte das in drei Punkten ganz kurz nochmals darstellen. Was ist zu tun? So wie ich jetzt gesagt habe, dass es ein Fehler war, wäre es notwendig, auch ein klares Bekenntnis von der ÖVP-Fraktion dazugeben, von Landeshauptmannstellvertreter Sobotka, dass die Entscheidung, die damals getroffen wurde, eigentlich keine gute war und keine richtige war.

Es geht zweitens um eine größtmögliche Transparenz und damit verbunden um eine vollkommene Offenlegung. Und drittens, was ich überhaupt nicht verstehe, sage ich ganz offen, geht es darum, der Forderung, die die drei anderen Fraktionen aufgestellt haben, nachzukommen. Nämlich der Forderung, einen runden Tisch einzuberufen: Einen Schulterschluss aller Parteien um Schadensbegrenzung zu betreiben und die richtigen Schritte für das Bundesland und die niederösterreichischen Bürger und Bürgerinnen zu setzen. Denn, meine Damen und Herren der ÖVP-Fraktion, versuchen wir es doch ausnahmsweise einmal gemeinsam statt einsam. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Karner: Dann sagst wieder, das war ein Fehler!)

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Riedl.

Abg. Mag. Riedl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Herren Landeshauptmannstellvertreter! Werte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vorweg einmal, bevor ich zu meiner Wortmeldung komme, möchte ich zu einer tatsächlichen Berichtigung kommen um die Glaubwürdigkeit des Herrn Klubobmann Cerwenka ins rechte Lot zu rücken: Originaltextservice der APA, Landeshauptmannstellvertreter Leitner, sein Vorschlag, die NÖ Wohnbaugelder risikolos zu veranlagern, das bedeutet, die Veranlagung gänzlich aufzulösen und in dringend benötigte sinnvolle Projekte zu investieren. Punkt 1. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Punkt 2: Die tatsächliche Wahrnehmung, und auch das war ein Thema. Offensichtlich bringen die Klubobleute in ihrer Klubobleutepressekonferenz nicht über die Rampe, was sie wirklich wollen. Sondern im ORF-Text: Wohnbaugelder, sofortiger Ausstieg gefordert. Also der ORF hat letztendlich nichts anderes wahrgenommen als was wir hier gesagt haben. Auch das ist nur ein Zitat. Also man sollte auch über die Rampe bringen was man hier meint! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte gern beim Präsident Dworak anschließen, der am Ende gemeint hat, auch Herr Klubobmannstellvertreter: In schwierigen Zeiten ist die Zusammenarbeit der konstruktiven Kräfte notwendig. Das, was hier betrieben wird, ist genau das, was wir sozusagen nicht wollen und auch nicht brauchen können in diesem Land: Wir zerstören ja die Basis mit Unwahrheiten, mit Unrichtigkeiten, mit Halbwahrheiten! Und ich möchte auch letztendlich darauf zurückkommen, dass es Ihre Verantwortung ist, liebe Kolleginnen und Kollegen der FPÖ, der SPÖ und der Grünen, ob diese Basis zur künftigen notwendigen und dringenden konstruktiven Zusammenarbeit überhaupt möglich wird.

Ich denke wohl, dass es ein bisschen Angst macht wenn hier mit Unwahrheiten und Halbwahrheiten beraten und geordert wird, Herr Kollege Dworak. Auch der Sachverständige Keppert, er wird trotzdem nicht objektiver, auch wenn er noch so oft verteidigt wird. Ich halte es da lieber mit den Gutachten und der Stellungnahmen der Gutachter der Rechnungshöfe. Und weil der Herr Hofrat Mag. Herics, stellvertretender Chef im Bundesrechnungshof, oben sitzt und die Debatte genau mitverfolgen lässt, so möchte ich auch in die Bundesrechnungshofberichte Einsicht gewähren oder anders gesagt, Sie bitten, sie wirklich aufrichtig und richtig zu lesen.

Dann werden Sie auch verstehen, warum 2001 eine besondere Situation zu einer beachtlichen, breiten Mehrheit gefunden hat. Zur Ausgangslage: Maastricht-relevante Debattenbeiträge der Bundesländer haben ja den Ländern alle das selbe Problem beschert. Was machen wir mit dem Wohnbaugeld durch den Verkauf der Darlehen? Es gibt Bundesländer, die haben das Geld einmal – ich kann es nur einmal ausgeben – einmal in Projekte ausgegeben. Weg ist es! Nichts ist mehr da! Es gibt Bundesländer, die haben dieses Geld zur Tilgung von Schulden verwendet. Die damalige Diskussion, 2001 war, nachdem die Schulden des Landes bestkonditioniert sind, also mit ein bis eineinhalb, zwei Prozent maximal, und auf der anderen Seite die Frage aus der damaligen Sicht sich stellen durfte, ist eine Veranlagung ertragreicher als diese zwei Prozent, dann plötzlich alle aufgesprungen sind und gesagt haben, hurra, wir machen das Gescheitere, das wirtschaftspolitisch Gescheitere, und haben die Veranlagung gewählt. Und auch diese Form wurde zitiert, dass es sinnvoll ist, in verantwortungsvoller Weise Budgetpolitik zu betreiben um die Effizienz des eingesetzten Geldes zu erarbeiten oder zu verbessern.

Und ich sage auch, warum die Grünen nicht dabei waren. In der sachpolitischen Debatte sind sie ja mittlerweile immer unter der Wahrnehmungsgrenze. Deswegen prinzipiell in guten Sachen dagegen. Und ich zitiere auch noch einmal den Kollegen Hackl. Wer über die Unsachlichkeit, über die Halbwahrheiten wie zum Beispiel mit der Angst der Kinder und Familien die Leute verunsichert, über den wundert man sich auch nicht, wenn er mit der Angst und der Verunsicherung der niederösterreichischen Bevölkerung betreffend der anvertrauten Steuergelder Kleingeld wechseln möchte. Das ist dieselbe Musterorganisation oder dieselbe Musterdiskussion bei dem Schihelm wie bei der Wohnbauveranlagung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und alle anderen haben, wie heute schon zitiert, es als entsprechend positiv beurteilt warum es in der Form zu geschehen hat.

Daher noch einmal zu der Information. Wenn ich denke, dass wir zur Debatte in Aktuellen Stunden, zu Budgetdebatten, in den Klubvorbereitungen zu Budgetsitzung, in mehreren schriftlichen Anfragen und in den Prüfungen, in der Intensität der Prüfungen – auch das sei einmal gesagt, es gibt keine Causa die so oft Rechnungshof geprüft ist ... *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Das stimmt nicht was Sie sagen! Bleiben Sie einmal bei der Wahrheit! 2007 gab es nicht einmal Unterlagen!)*

Es gibt keine! Ich behaupte jetzt einmal, der, der

sich informieren wollte und der Informationen auch aufnehmen wollte und wahrnehmen möchte, nicht in der subjektiven Wahrnehmung der Grünen, sondern in der objektiven Wahrnehmung, die unsere Landsleute brauchen, der erfährt auch Inhalte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch einmal zur Langfriststrategie! Auch das in aller Offenheit. Weil da immer so geredet wird, wo stehen wir denn eigentlich und warum diese Falschmeldungen und diese Halbwahrheiten zum sofortigen Ausstieg? Zur Zeit unter Anführungszeichen liegen 22 Prozent Bargeld, 18 Prozent Aktien und 60 Prozent Anleihen in diesem Topf. Und wenn Sie die Aktien noch immer als Thema sehen, dann frage ich Sie jetzt einmal, zur Zeit heute ist der aktuelle Kurs der EVN-Aktie 11 Euro. 11 Euro. Im Jahreshoch, 12 Monate Durchschnitt zurückgerechnet, war er 23 Euro. Können Sie in der Internetfestlegung der Kurswerte sofort alle nachschauen, die den Laptop offen haben. *(Abg. Dr. Krismer-Huber: 10,90 war der EVN-Kurs gestern!)*

Also, wenn ich heute das Vermögen, das wir besitzen, als Land für unsere Landsleute von 23 auf 11 Euro reduziert sehe und sage, das haben wir verloren, obwohl die Bewertung heute nur 11 Euro ist, dann würde niemand die Empfehlung aussprechen, verscherbelt eure EVN-Aktien. Niemand würde den Leuten draußen sagen, das ist alles ein Blödsinn, was ihr da habt, weil die EVN ist tot, die wird nichts mehr erwirtschaften, da bekommt ihr keine Dividenden mehr. Schaut dass ihr sie möglichst noch mit dem geringsten Verlust, und zwar jetzt einmal 60 Prozent, auf den Markt schmeißt. Idiotisch, würde man sagen! Und genau dasselbe, liebe Freunde, genau dasselbe ist hier in der Veranlagung passiert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ob man es hören möchte oder nicht, die damalige Euphorie aller drei Fraktionen, der blauen, der roten und der ÖVP, entsprechend positive Erträge zu erwirtschaften, ist ein bisschen gedämpft worden. Weil die Zeiten sich geändert haben. Aber genauso ist agiert und reagiert worden wenn ihr euch das Portfolio anschaut. Und genauso, unter Anführungszeichen, liebe Freunde, ist ja auch Folgendes passiert: Diese Euphorie, die da damals war, wo da viele hineingefallen sind, ich will nicht wissen, wie viele da herinnen bei den Blauen und bei den Roten sitzen, die aus der Finanzkrise jetzt sozusagen ein bisschen geduckt sagen, okay, ... Ich will nicht sagen, Gottseidank ist die Blase geplatzt. Wir wollen eigentlich nicht dass, unter Anführungszeichen, die Spekulanten ohne Arbeit Geld verdienen und die Zeche die Landsleute zahlen. Das will niemand!

Und ich sage noch einmal: Wer hier in diesem Saal an diesem Rednerpult mit der Wohnbauveranlagung über Geldmache, über Spekulation redet, der weiß ganz genau, dass er lügt. Ich sage das in aller Deutlichkeit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir heute sehen, dass wir 17 Prozent unter dem Nominale bewertet sind im Vermögen, dann gebe ich Ihnen Recht, dass das ein beachtlicher Betrag ist. Und wir waren schon bei 12 Prozent im Jahre 2002, glaube ich, oder 2003, und haben drei Jahre damals gebraucht um wieder den Stamm in der Bewertung zu haben. Und ich behaupte nun mal, dass es nicht nur drei Jahre dauern wird, dass es schwieriger wird, den Stamm wieder zu erarbeiten oder die Bewertungen so auszusitzen damit es ein entsprechendes Nominale am Vermögenswert wieder gibt. Aber das war Strategie. Deswegen langfristig, bis 2048, damit Zyklen, Konjunkturzyklen durchtaucht werden können. Und auch richtig sozusagen bewirtschaftet werden können. Das ist das Thema, liebe Freunde, über das wir uns unterhalten. Da kann man schon einmal nachdenken ob wir ein Monat zu früh oder ein Monat zu spät ... Und keiner kann sagen, wie der Zyklus weiter geht und ob er noch ein paar Punkte nach unten oder nach oben geht. Aber jeder wird sagen, nach jedem Tief wird ein Hoch kommen. Und es wird sich auch die niederösterreichische Wirtschaft wieder erholen.

Und wenn ihr euch anschaut die Prognosen, wo wir alle so stolz sind auf diese gemeinsame Politik: Wir haben mit der niederösterreichischen Wirtschaftspolitik ... und auch das in aller Offenheit: Alles, was wir uns nicht erarbeiten, können wir nicht verteilen. Was wir nicht erwirtschaften, können wir unseren Landsleuten sozusagen nicht vermitteln, dass wir in schwieriger Situation auch helfen können. Darum ist es gegangen. Einen Ertrag zu erarbeiten. Einen Ertrag, der auch sinnvoll und richtig und wichtig eingesetzt ist. *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Sie sind im Beirat?)*

Und wenn wir den Ertrag heute anschauen, keiner bestreitet, 860 Millionen Ertrag in soziale Projekte dieses Landes über das Landesbudget. Keiner bestreitet 150 Millionen zur Wirtschaftsförderung und zur Konjunkturanhebung aus dem Ertrag dieser Veranlagung. *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Die ist ja permanent unterbewertet!)*

Also da frage ich Sie einmal: Wir haben 17 Prozent, die wir hoffentlich in der Bewertung wieder aufholen. Wir hoffen auch, dass die EVN-Aktie nicht 11 Euro sondern in ein paar Jahren wieder 23 Euro wert sein wird. Aber die Dividende erwarten wir uns

jährlich. Die Dividende je nach wirtschaftlicher Gestion, einmal ein bisschen mehr, einmal ein bisschen weniger. Es wird auch nicht immer in einem entsprechend schwierigen Jahr die Dividende gleich hoch sein können wie in einem guten Jahr. Aber sie wird fließen. Und das ist der Punkt den wir unseren Landsleuten sagen müssen.

Und im Übrigen, wenn sich der Gesetzgeber oder die Nation über die Frage der Performance oder über die Frage der Veranlagungsstrategie Gedanken machen, dann muss man schon eines in Kauf nehmen. Dass im Verhältnis der Darstellungen, weil da so mit Emotion heute diskutiert wird dieses Thema, die Pensionsfonds, die die Republik organisiert hat und eingerichtet hat, in der gleichen Form in schwieriger Darstellung sind. In der gleichen Form im schwierigen Management. In der gleichen Form, unter Anführungszeichen, in ihrem Portfolio und in der Bewertung sogar schlechter als die Veranlagung. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Krismer-Huber: Ich dachte, Niederösterreich geht einen eigenständigen Weg!)*

Ich sage daher, wer es ernst meint mit der Frage Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit der Niederösterreich anvertrauten Steuergelder in diesem Haus, der muss es auch ernst nehmen, dass es in schwierigen Zeiten sehr vorsichtig, sehr sorgsam, aber nach wie vor ertragreich veranlagt wird. Und dass es Bewertungsdifferenzen und Zyklen gibt, von denen wir alle erwarten dass sie wiederum aufgearbeitet und letztendlich verdient werden können. In diesem Punkt, liebe Freunde, ist diese Veranlagung, so wie es Bundes- und Landesrechnungshof gesagt haben, im Verhältnis zu anderen Bundesländern eine wirtschaftlich sinnvolle und zweckmäßige Aktivität. Und erwähnenswert und belobenswert, behaupte ich einmal, wenn man es genau liest. Und vor den Vorhang zu bitten gegenüber den anderen Bundesländern. Weil einmal hinausschmeißen das Geld für welche Zwecke auch immer in der Lizidation der politischen sozusagen Kleingelddebatte, dann ist es weg. Dann haben unsere Landsleute auf Dauer für die nächsten Jahre nichts mehr. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Ing. Penz: Zu einer tatsächlichen Berichtigung ist Herr Klubobmann Cerwenka zu Wort gemeldet.

Abg. Cerwenka (SPÖ): Herr Abgeordneter Riedl hat meine Glaubwürdigkeit in Frage gestellt und hat mir damit unterstellt, die Unwahrheit zu sagen. Ich habe in der tatsächlichen Berichtigung auf den Kollegen Hackl, beziehungsweise auf die Pressekonferenz der drei Klubobleute, aus dem

offiziellen Pressepapier zitiert. *(Abg. Mag. Riedl: Was steht im ORF?)*

Ich habe dort in keiner Sequenz einen sofortigen Ausstieg verlangt. Das lässt sich auch aus dem Filmmaterial nachvollziehen. Und ich lasse mich daher von Kollegen Riedl nicht der Unwahrheit bezichtigen und anpatzen. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Karner: Wer ist der Parteichef?)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Leitner.

LHStv. Mag. Dr. Leitner (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Danke für das Wort! Sehr geehrte Damen und Herren des Landtages! Werte Kollegen und Kolleginnen von der Landesregierung!

Ja, ein spannendes Thema, das verflixte siebte Jahr, wenn ich das so sagen darf. Im Übrigen auch ein Dankeschön an die Grünen. Sie haben uns heute ein bisschen den Nachmittag versüßt, das Thema ist ohnehin bitter genug.

Sehr geehrte Damen und Herren! Was ist 2001 und 2002 passiert und in Gang gesetzt worden und wie haben sich die Dinge bis dato entwickelt? Fakt ist, dass Wohnbauförderungsdarlehen einerseits und Beteiligungen andererseits zu Cash gemacht worden sind. Das heißt, man hat Vermögen umgeschichtet. Vermögen in der Höhe von ungefähr 8,2 Milliarden Euro und hat dafür Cash lukriert rund 4,4 bis 4,5 Milliarden Euro. Was steckt für ein Geschäftsprinzip dahinter? Das Kapitalmarktprinzip. Man hat das eben verkauft und diejenigen, die diese Vermögensansätze gekauft haben, haben gesagt, dass es notwendig sei zu refinanzieren. Zu refinanzieren und daher sind aus diesen 8,2 Milliarden Euro nur 4,5 Milliarden Euro geworden. Barwertprinzip sagt man dazu in der Betriebswirtschaft.

Und wie gesagt, es waren einerseits diese Wohnbadaufdarlehen, auf der anderen Seite die Beteiligungen. Geschäftsansatz Nummer 2, eben auch abhängig von diesem Barwertierungsprinzip war, dass in einem Zeitraum von rund 15 Jahren, leider wurde uns auch dieser Zeitraum im Detail bis heute verschwiegen, daher die Annäherungsansätze, innerhalb dieser 15 Jahre aus diesen rund 4,5 Milliarden Euro inklusive Erträge wieder 8,2 Milliarden Euro werden.

Das war der Ansatz. Dies ist ein Finanzmarkt ... fast Gesetz, wenn ich das so sagen darf und viele haben das auch entsprechend ausgeübt. Und das ist auch nichts, geschätzte Damen und Herren, Verwerfliches. Nur, was ist passiert? Das Veranla-

gungsorchester hat zu spielen begonnen. Voller Euphorie im Jahr 2001 bzw. 2002, eine erste Generalpause hat es bereits im Jahr 2002 gegeben. Hier ist die New economy-Blase leider geplatzt.

Dann wurde heftig weiter orchestriert. Im Stakkato wurden die diversen Erfolgsmeldungen getrommelt. Und 2008 ist dann das Dirigentenstablerl aus der Hand geflogen. Es liegt am Boden und da liegt es auch heute noch. Und über das, geschätzte Damen und Herren, möchten wir reden. Ganz nüchtern und sachlich.

Und es geht auch darum, folgendes zu fokussieren. Warum ist denn diese Krise am Finanzmarkt? Warum ist denn diese Krise, abgeleitet davon, in der Wirtschaft und im Arbeitsmarkt passiert? Was ist die Ursache dafür? Geschätzte Damen und Herren, ein System, getragen von Gier, Neid und Dummheit ist im letzten Dreivierteljahr untergegangen. Ein System von „darf's ein bisschen mehr sein“? Grenzenloses Wachstum auf den Finanzmärkten, unabhängig von der Realwirtschaft.

Und dieses Stakkato in den guten Jahren hat dazu geführt, dass eben diese Euphorie immer mehr und mehr gesteigert worden ist und die Erträge aus den Finanzveranlagungen, und das ist ja sonnenklar, das ist bestätigt, ein Vielfaches des realen Wirtschaftswachstums ausgemacht haben. Nicht nur hier in Niederösterreich, auf der ganzen Welt. Und jetzt haben wir den Salat, geschätzte Damen und Herren des Landtages. Die virtuelle, die Finanzwirtschaft kann sich nicht auf Dauer von der Realwirtschaft abkoppeln. Es gibt kein grenzenloses Wachstum. Es gibt keine Performance in zweistelliger Prozentzahl und noch viel mehr. Irgendwer muss das bezahlen.

Und die Frage ist, wer soll das bezahlen? Bezahlen tuns die Niederösterreicherinnen, die Niederösterreicher, alle Menschen in der Republik. Durch Pakete, die es dankenswerterweise von der Bundesregierung geschnürt worden sind. Und dazu stehen wir auch als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, auch Pakete, die von Landesregierung und Landtag geschnürt worden sind. Dazu stehen wir. Wir haben überall mitgestimmt. Denn, es ist eben in dieser Phase notwendig, das Beste aus dieser Krise zu machen, die Konjunktur anzukurbeln und das Möglichste zu tun, dass am Arbeitsmarkt folgende Devise gilt: Kampf um jeden Arbeitsplatz.

Und das, geschätzte Damen und Herren, das ist auch Faktum. Und jetzt fragen wir uns, warum das auch so in Niederösterreich passiert ist. Und es

ist nun mal Faktum, dass im Jahr 2008 800 Millionen Euro verschwunden sind, weg. Jetzt sagen die einen, es ist realisiert, das kriegen wir nicht mehr. Jetzt sagen die anderen, ach was, reine Buchhaltung. Wenn sich die Kurse auf den Kapitalmärkten oder auch außerhalb der Kapitalmärkte wiederum erfangen, haben wir es wohl wieder geschafft.

Geschätzte Damen und Herren, eine Anmerkung dazu: Wenn es Gewinne gibt, seien es auch buchhalterische, immer dann davon zu reden, dass das real ist, dass Cash hereingekommen ist, und auf der anderen Seite wenn es Verluste gibt, immer nur zu sagen, das ist buchhalterisch, da haben wir kein Geld verloren, das geht, geschätzte Damen und Herren, mit den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Schneeberger: Herr Leitner! Sie reden wie ein Blinder von der Farbe! Gewinne, Verluste, realisierte Gewinne und realisierte Verluste sind zwei paar Schuhe! Sie haben keine Ahnung!)*

Werter Kollege Schneeberger! Ich glaube Ihr Kollege Hackl war es – bitte, hören Sie mir zu – Herr Mag. Schneeberger! Wenn Sie immer davon reden, dass Ihnen der Stil des Hohen Hauses oft abfällt, dann sind Sie ein Hauptbestandteil davon. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Schneeberger: Ich höre Ihnen ja zu. Deshalb bin ich ja so wütend!)*

Geschätzte Damen und Herren, um bei der Sache zu bleiben. Es ist nun mal passiert, dass in diesem Jahr 2008 800 Millionen Euro in den Sand gesetzt worden sind. Teils buchhalterisch, teils realisiert. Das kann man der Mitzi-Tant erzählen, dass kein einziger Euro real verloren gegangen wäre. Alles buchhalterisch. Herr Landeshauptmannstellvertreter Sobotka! Das stimmt schlicht und ergriffen nicht! Ein Teil liegt buchhalterisch platt, da sind wir auch dafür, das Thema ist traurig genug, zu warten und abzuwarten, retten was zu retten ist und auf der anderen Seite auch viel einzugestehen.

Denn, geschätzte Damen und Herren, es ist schwer, Fehler einzugestehen. Unser Klubobmannvize ist hier gestanden und hat gesagt, nachträglich betrachten wir es als Fehler, was da passiert ist. Und geschätzte Damen und Herren, ich sage Ihnen auch warum wir das nachträglich als Fehler betrachten: Kein einziger Landesregierungsbeschluss, kein einziger Landtagsbeschluss gibt das Beauvoir, in hochspekulative Geschäfte hineinzugehen und in deren Derivate zu investieren. Immer war die Rede Splitting Aktien und Anleihen. Nur offensichtlich wurden hier diese hochspekulativen Bereiche sehr, sehr gerne unter den Anleihen firmiert.

Das ist nämlich eine wichtige Fragestellung, geschätzte Damen und Herren. Was verstehen Sie unter Anleihen? Und der Landtag als auch die Landesregierung haben Ihnen, geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter Sobotka, nicht das Beauvoir gegeben, in Derivat-Geschäfte hineinzugehen.

Und geschätzte Damen und Herren! Eine Anmerkung dazu. Was ist denn das überhaupt, ein Derivat? Wetten! Wetten abschließen auf alles Mögliche was man nur Wetten abschließen kann. Innerbörslich und auch außerhalb der Börse. Und ich hoffe nur, dass hier nicht veranlagt worden ist in Rohstoffe und Lebensmittel. Dass damit vielleicht spekuliert worden ist. Das hoffe ich, dass das nicht gemacht worden ist. *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Hat er ja selber zugegeben!)* Weil dann wäre das die Spitze des moralischen Eisberges über die wir heute entsprechend auch zu diskutieren wissen. Erstens.

Zweitens: Kein einziger Landtagsbeschluss und kein einziger Landesregierungsbeschluss geben das Beauvoir, ein Firmenimperium, ein Konglomerat von Stiftungen, Aktiengesellschaften und GmbHs zu schaffen, abseits von Landesregierung und Landtag. Hier völlig außerhalb von Kontrolle zu wirtschaften wie man das will. Kein einziger Landtagsbeschluss! Kein einziger Landesregierungsbeschluss deutet irgendetwas darauf hin. Und das sind die zwei Gründe. Wir haben Ihnen zu viel Freiheit gegeben. Das ist das Problem an dieser ganzen Sache.

Und werter Kollege Riedl! Sie haben sehr richtig gesagt, man hat umzuschichten begonnen. Relativ wenig Aktien, so hoffe ich doch einigermaßen sichere Anleihen und dann letzten Endes auch relativ hoher Cashbestand. Ja, das wäre ja noch schöner gewesen dass da mit den Börsen, mit dem Platzen der Spekulationsblase weiter diesen Kurs vorangetrieben hätte. Notverkäufe hat es gegeben! Notverkäufe um zu retten was zu retten ist. Und das war auch richtig so.

Geschätzte Damen und Herren! Jetzt ist man unterwegs in ein ruhigeres Fahrwasser. Und dass das Wasser noch ruhiger wird, noch sicherer, noch risikoärmer, dafür möchten FPÖ, dafür möchten Grüne und dafür möchten die Sozialdemokraten Sorge tragen. Das ist unser Ziel. Nicht mehr und nicht weniger, geschätzte Damen und Herren.

Gestatten Sie mir noch ein paar wenige Aussagen zu den Vorrednerinnen und Vorrednern. Den Herrn Prof. Keppert zu vernadern auf eine Art und

Weise, die zum Grausen ist, ist abzulehnen! Den Herr Prof. Öhlinger zu vernadern, dass einem das Grausen kommt, ist abzulehnen. *(Abg. Mag. Karner: Er hat das Wirtschaftsblatt zitiert!. – Abg. Mag. Schneeberger: Wenn er es zitiert, ist es unmoralisch!)*

Herr Klubobmann, Herr geschäftsführender Klubobmann! Ich habe Ihnen die Stilfrage vorhin gestellt. Hören Sie mir noch zwei Minuten zu, dann muss ich ohnehin aufhören.

Und, geschätzte Damen und Herren, dann komm ich zu meinem braven Büroleiter Mag. Alfred Thaler. Der in einem zahnlosen Gremium drinnen gegessen ist. Sie haben es ihm nicht zugelassen, in der Geschäftsleitung drinnen zu sitzen oder eine Vertrauensperson zu haben. Sie haben es ihm nicht zugelassen, dass wir im Aufsichtsrat drinnen sitzen können. Denn dort, geschätzte Damen und Herren, dort werden die Entscheidungen von der FIBEG getroffen. In einem zahnlosen Informations- und Beratungsgremium. Und ich möchte mich am heutigen Tag bei ihm bedanken. Denn ohne seine Informationen, ohne seine Aufbereitungen wäre es gar nicht möglich gewesen, diese Causa prima überhaupt an die Öffentlichkeit heranzutragen. *(Abg. Mag. Schneeberger: Ich habe geglaubt, er hat keine Information! Das ist ja wirklich doppelbödig! Acht Jahre in einem zahnlosen Gremium! – Unruhe bei der ÖVP.)*

Ich bin eh gleich fertig. Geschätzte Damen und Herren! Zurück zu unseren ... Schreiben Sie mir das gut, Herr Präsident? Der Herr Präsident hat schon gesagt, dass er mir das gut schreibt. *(Abg. Findeis: Herr Präsident! Sorgen Sie für Ordnung und Ruhe!)*

Präsident Ing. Penz: Der Dr. Leitner ist am Wort, aber er nutzt es nicht. Das muss ich auch dazu sagen. Er fordert zum Diskurs heraus.

LHStv. Mag. Dr. Leitner (SPÖ): Geschätzte Damen und Herren! Wieso? Ich versuch ja nur, ein Impulsreferat zu geben. Vielleicht meldet sich noch jemand von der ÖVP.

Geschätzte Damen und Herren, zurück zur Sache. Es ist ohnehin traurig genug. Wir wollen einen runden Tisch, Karten auf den Tisch. Wir wollen hier einen überparteilichen Konsens. Weg von den vielen Worten, hin zur Tat. Uns geht es darum, das Vermögen der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher zu halten. Wir wollen nicht spekulieren, sondern wir wollen investieren in die Zukunft der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher. Ein herzliches Glückauf! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Ing. Penz: Zu einer tatsächlichen Berichtigung ist Herr Abgeordneter Riedl zu Wort gemeldet.

Abg. Mag. Riedl (ÖVP): Tatsächliche Berichtigung: Herr Kollege Cerwenka! Ich sage es jetzt noch einmal: Ich kann es leider nicht ändern. Ihre Presseunterlage mag zwar richtig sein, kennen und kennt niemand offensichtlich. Denn das, was Sie über die Rampe gebracht haben, ist das, was im ORF O-Ton und im Text auch steht. Und da steht genau das, was ich gesagt habe und nichts anderes.

Zum Zweiten, zur tatsächlichen Berichtigung muss ich auch jetzt zum Herrn Landeshauptmannstellvertreter Leitner einen Satz sagen. Weil er ja jetzt gesagt hat, man darf sich für Fehler auch entschuldigen, man darf auch gescheitert werden. Na selbstverständlich! Ich freue mich ja auch. Weil das, was er im APA-O-Ton von sich gibt, geht sofort 'raus, hat er gesagt, ist ein Blödsinn. Man sollte doch für notwendige, strategische Spielräume auch nachdenken dürfen. Und in manchen Fällen muss man sozusagen diese Langfristigkeit auch beachten. Danke für diese Erkenntnis.

Und die zweite tatsächliche Berichtigung: Zahnloses Gremium Beirat. Wir waren halt der Meinung, dass der Beirat weniger zahnlos ist wie der Aufsichtsrat. Ich sage es ganz offen: Beim Hypo-Aufsichtsrat haben Sie Ihre SPÖ-Mandatare zurückgezogen und „plötzlich“, unter Anführungszeichen, hat man die Wichtigkeit des Aufsichtsrates erkannt? *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Razborcan: Das ist aber keine tatsächliche Berichtigung!)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der NÖ Landesregierung! Hohes Haus!

Die heutige Aktuelle Stunde hat nicht nur interessante Debattenbeiträge gebracht, sondern auch irgendwo ein Sittenbild über die politischen Rahmenbedingungen hier im Lande geliefert. Nämlich dass ganz offenbar die ÖVP in der Tat den Eindruck hat, das Land Niederösterreich ist ident mit der ÖVP. Sie glauben, alles ohnehin im Alleingang besser zu wissen, besser zu können. Und wenn's einmal nicht ganz so geht, dann ändert man halt die Linie und dann wird vor allem in Richtung der anderen ausgeteilt. Und irgendwas, ob es jetzt im Zusammenhang steht oder nicht, den anderen entgehen gehalten.

Zu Herrn Landeshauptmannstellvertreter Leitner, der die Frage aufgeworfen hat, oder der Hoffnung Ausdruck gegeben hat, dass nicht vielleicht zu allem Überduss noch in Rohstoffe oder irgendwelche Commodities investiert worden sei. Das hat Herr Landeshauptmannstellvertreter Sobotka als Finanzlandesrat in seiner eigenen Budgetrede 2008 explizit gesagt. Dass in Mobilienbereiche, Rohstoffe und Commodities investiert worden sei. Also dass Niederösterreich sehr wohl beteiligt ist was jetzt bei den diversen alternativen Organisationen, Entwicklungshilfe Organisationen kritisch hinterfragt wird. Essen oder irgendwelche Geldanlagen. Niederösterreich ist bei dieser Seite, die jedenfalls von diesen Entwicklungshilfekreisen als unmoralisch angeprangert werden, leider auf der falschen Seite beteiligt. *(Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)*

Und ich komme zurück auf den Redebeitrag von Abgeordneten Riedl. Sie haben quasi gesagt, na ja, man hat sich halt am Anfang vielleicht zu optimistisch was vorgestellt. Es gab ja quasi eine Euphorie. Die Grünen waren nie von dieser Euphorie irgendwie erfasst! Und ich kann Ihnen auch sagen, warum. Weil die Politik, die Sie hier machen, notwendigerweise zu einer Verstärkung von Krisen führt. Wir sind an sich nicht kategorisch gegen Veranlagungen. Und die Frage, was hätte man tun sollen mit den Wohnbauförderungsgelder, Schulden zurückzahlen, andere Anlagen treffen, was hätte man da sinnvoll machen können um volkswirtschaftliche zu optimieren, die hätten wir uns in der Tat 2001, 2002 stellen sollen. Leider. Leider. *(Abg. Mag. Riedl: Ist eh gestellt worden!)* Ja, die ÖVP hat sie gestellt und wie immer im Alleingang beantwortet im Sinne von spekulieren! *(Beifall bei den Grünen. – Abg. Mag. Riedl: Durchschaut habt ihr es nicht!)*

Ja, wir haben damals gesagt, wir, wir von den Grünen, wir haben das damals sehr wohl gesagt, dass es natürlich auch schief gehen kann. Jetzt, wo das der Fall ist, da verstehen Sie sich weit weniger auf das Zuhören, was Herr Abgeordneter Hackl apostrophiert hat, sondern da merkt man schon an Ihrer Empörung, da ist was schief gelaufen. Die Frage wäre damals tatsächlich angebracht gewesen und wir hätten gesagt, mit Sicherheit nicht spekulieren!

Weil dann, wenn insgesamt die Wirtschaft in ein Tal hinunterfährt, dann, genau jetzt fehlen Ihnen die Gelder um effizient, um auch im großen Stil gegensteuern zu können. Wenn es einen Boom gibt, wenn alles blüht und gedeiht, dann ist es weit weniger wichtig für die öffentlichen Hände, sich zu

beteiligen als jetzt. Jetzt wäre es wichtig und jetzt schaut es ein wenig mager aus. Und Sie wechseln dauernd die Linie: Wir haben keine Schwierigkeiten, aber die Pensionsfonds haben die gleichen. Es wird schon besser werden, aber wir haben eh keine Schwierigkeiten. Wir haben kaum Aktien, aber die, die wir haben, die schichten wir um.

Meine Damen und Herren! Schaffen Sie Transparenz, schaffen Sie Klarheit. Legen Sie doch offen, wo das Geld ist. Cayman Inseln? Wer hinter der FIBEG steht. Und zwar nicht nur gegenüber ÖVPlern, sondern gegenüber diesem Haus und gegenüber der niederösterreichischen Bevölkerung. *(Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmannstellvertreter Mag. Sobotka.

LHStv. Mag. Sobotka (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen und zusammen fassen, warum wir diesen Weg beschritten haben, warum wir Geld des Landes Niederösterreich, Geld der Steuerzahler, veranlagt haben. Es galt damals zu entscheiden, will man eine kurzfristige, eine einmalige, oft auch durch den Populismus getriebene Entscheidung oder möchte man langfristig Vermögen erhalten und für zukünftige Generationen ein wegweisenden Schritt setzen. Diese Entscheidung wurde damals in den vorbereitenden Gremien, in den Ausschüssen, in den Klubs und im Landtag intensivst diskutiert, hinterfragt und mit sehr viel Weitblick und auch Mut entschieden. Und ich darf mich auch heute, nach sieben Jahren, noch einmal herzlich bedanken für diesen Weg. Damit hat auch das Hohe Haus Weitblick bewiesen. Es hat bewiesen, dass es richtig war, auf die Ertragnisse zu setzen. Es hat bewiesen, dass es richtig war, eine Milliarde in das Landesbudget bzw. für die Wirtschaft Niederösterreichs zur Verfügung zu stellen. Und um das ist es gegangen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und, meine Damen und Herren! Sie haben richtig entschieden, weil Sie uns damit den Auftrag gegeben haben. Der Landtag hat mir und dem Team der Finanzabteilung und der 100-prozentigen Tochter, der FIBEG, den Auftrag gegeben, dieses Geld nicht zu verscherbeln, nicht kurzfristig für den ersten Erfolg einzusetzen, sondern langfristig nachhaltig gesichert auch für die zukünftigen Generationen zu erhalten. Und diese Entwicklungen haben Sie ganz genau in all diesen Jahren nachvollzogen. In vielen Sitzungen, in vielen Aktuellen Stunden, vor allem auch hier im Landtag, jedes

Jahr bei der Budgetdebatte und davor im Finanz- und Wirtschafts-Ausschuss. Jedes Jahr ist das diskutiert worden! Und es war gut so, dass diskutiert wurde und es wird auch in der Zukunft diskutiert werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn jetzt der dringende Wunsch besteht, gerne bereit, auch in den Klubs, die Herren der Finanzabteilung, auf ihre Einladung zu kommen und dementsprechend hier auch, wo sie noch Informationsbedarf haben, den nachzuholen. Damit sie bei der Budgetdebatte ganz, mit allen Informationen, die sie brauchen, auch ausgestattet sind. Es ist uns ein großes Anliegen, dass gerade diese Debattenbeiträge auch inhaltlich von der gleichen Ausgangssituation ausgehen können. *(Beifall bei der ÖVP. – Zweiter Präsident Nowohradsky übernimmt den Vorsitz.)*

Und ich kann Ihnen versichern, meine Damen und Herren, Sie haben sich damals richtig entschieden, für diese eine Milliarde, die in Summe jetzt zustande gekommen ist. Weil es damit, und das hat Kollege Hackl schon angesprochen, damit möglich war, die 24-Stundenpflege zu finanzieren. Weil damit möglich wurde der Kindergarten für die Zweieinhalbjährigen. Und ich denke daran, dass wir 8.000 Landsleuten helfen konnten, das Ausbauprogramm für die Pflegeheime zu ermöglichen. Ich denke, dass wir damit den 2.500 Unterstützungsfällen bei der Pflege, bei der 24-Stundenpflege zu Hilfe gekommen sind. Und ich denke vor allem daran, dass wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, unseren Patientinnen und Patienten, es ermöglicht haben, eine Ausbauoffensive bei unseren Spitälern zu ermöglichen. Und ich denke daran, dass es möglich wurde, 60.000 Familien auch die Wohnbauförderung nachhaltig zu sichern. Ein Sanierungsbonus von 20.000 Euro, wie er jetzt auch möglich ist, ist auf eine gesicherte Wohnbauförderung zurückzuführen. Und das war die Zielsetzung dieser Veranlagung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben in diesem Laufe der Jahre der Veranlagung eine Milliarde erwirtschaftet. Und jeder Niederösterreicher und jede Niederösterreicherin, von jung bis alt, profitiert davon. Und dem fühlen wir uns verpflichtet, dem Land und den Leuten, auch in zukünftigen Zeiten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Nowohradsky: Ich erkläre die Aktuelle Stunde zum Thema „Veranlagung des Landes Niederösterreich, rascher Strategiewechsel zur Begrenzung weiterer finanzieller Verluste für das Land“ für beendet.

Wir kommen nun zur zweiten Aktuellen Stunde zum Thema „Steuerreform, Konjunkturpakete des

Landes Niederösterreich, Entlastung der Bürger, Sicherung der Arbeitsplätze und Erhöhung der Lebensqualität“. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Moser, als ersten Antragsteller zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten.

Abg. Moser (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses.

Ich darf zu dieser Aktuellen Stunde berichten: Während die vorhergehenden Debatten ja an und für sich ein Blitzlicht waren einer Langfriststrategie, geht es hier wirklich um einen sehr aktuellen Bereich, nämlich um die Frage Steuerreform, Konjunkturpakete des Landes Niederösterreich, Entlastung der Bürger, Sicherung von Arbeitsplätzen und Erhöhung der Lebensqualität. Das ist natürlich insofern ein besonders aktuelles Thema, weil ja auch in der Bundesregierung erst in den letzten Tagen, also gestern und die Tage zuvor, das Budget diskutiert wurde, das Budget für zwei Jahre beschlossen wurde und davor natürlich auch seitens des Bundes die entsprechenden Entlastungsmaßnahmen für die Bürger im Zusammenhang mit der Steuerreform und die dazugehörigen oder dazu beschlossenen Konjunkturpakete vereinbart wurden.

Liebe Damen und Herren! Es ist so, dass die Welt eigentlich ein globales Dorf geworden ist. Wenn der Wallstreet-Kapitalismus sich durchsetzt und dort Entscheidungen, die in Räumlichkeiten passieren, in kleinen Büros passieren, wo international sozusagen sich die Folgen dann auswirken und auszubaden sind, dann haben wir hier sehr deutlich zu vermerken, dass Entscheidungen, die in der Finanzwelt geschehen, unmittelbar weltweit ihre Auswirkung haben und dass darüber hinaus infolge dieser Finanzkrise nunmehr auch eine Krise im wirtschaftlichen Bereich weltweit entstanden ist. Und es geht nunmehr nicht darum, der Frage, wer zahlt für diese Krise, sondern wie können wir einen Weg finden, dass wir sehr rasch diese Krise gemeinsam bewältigen können.

Nun ist zunächst einmal festzustellen, dass wir die Istsituation beurteilen. In der Istsituation ist es wahrlich so, dass diese Krise auch an der niederösterreichischen Wirtschaftspolitik und an den Daten nicht vorbeigegangen ist. Wenn die Zahl der Beschäftigten im März 2009 gegenüber dem Vorjahr um 1 Prozent niedriger liegt, dann mögen die einen sagen, 1 Prozent ist nicht viel. Uns ist aber jeder, der keine Beschäftigung hat, so wichtig, dass wir alles daran setzen, um auch dafür zu sorgen, dass die Beschäftigung für diese Person ganz einfach wiederum möglich wird. Die Arbeitslosigkeit ist auch in Niederösterreich gestiegen. Es ist aber

erfreulich dazu festzuhalten, dass die Zahl der Arbeitsaufnahmen, nämlich der neu Beschäftigten gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres auch deutlich angestiegen ist. Und das bei der Situation, wo weniger, nämlich 1,6 Prozent weniger sich in Schulungen befinden.

Tatsache ist auch, dass wir 790 Lehrstellensuchende derzeit haben. Dem stehen 317 offene Lehrstellen gegenüber. Das ist die Istsituation, die sich am Arbeitsmarkt bei uns bewegt.

Wir sollten aber auch wissen, dass wir in Niederösterreich eigentlich im Verhältnis zu anderen Regionen durchaus von besseren Voraussetzungen ausgehen. Diese besseren Voraussetzungen, die Niederösterreich in den letzten Jahren und Jahrzehnten schaffen konnte, waren ja nicht immer so. Denken wir zurück. Wir haben jetzt die Landesausstellung eröffnet, wo deutlich gemacht wird, dass vor 20 Jahren erstmals der Stacheldraht gefallen ist. Wir haben 10 Jahre längere Besatzungszeit gehabt. Das heißt, wir hatten einen Standortnachteil ursprünglich und haben diesen ursprünglichen Nachteil von der Nachkriegszeit umgewandelt in einen Vorsprung, sodass Niederösterreich im Reigen der Regionen Europas eigentlich, was die Arbeitsmarktdaten betrifft, an vorderster Stelle ist. Ja sogar soweit, dass bei den Einkommen- und Kaufkraftbewertungen Niederösterreich auch an der Spitze der Bundesländer liegt.

Das heißt, es geht darum, diese internationalen Zusammenhänge zu sehen und lokal und regional daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen und Maßnahmen einzuleiten, die sich für Wirtschaft und Arbeit positiv auswirken.

Und in diesem Umfeld von der Bewertung her ist natürlich wichtig, dass im Zusammenhang mit der Europäischen Union die Länder Europas gemeinsam nicht nur die Friedenssicherung bewältigt haben in den letzten Jahrzehnten, sondern dass vor allem durch die Einführung des Euro es gelungen ist, hier mehr Stabilität für die Mitgliedstaaten zu schaffen als in den Nicht-Euro-Zonen. Denn wenn ich mir denke, dass Irland, Rumänien oder auch die Ukraine um ihre Währungen bangen, weil sie eine entsprechende Abwertung erfahren haben, weil sie die Stabilisierung in dieser Form nicht haben wie das im Euro-Raum möglich ist, dann dürfen wir froh darüber sein, dass diese Euro-Gemeinschaft in der Lage ist, nunmehr weltweit als Währung hier entsprechend mitzuwirken und mitzuhalten. Die Europäische Union hat sich auch zum Ziel gesetzt, die Regionen zu stärken. Und wir haben auch das genutzt. Das war für uns in Niederösterreich ein gewaltiger Vorteil, diese Chancen auch

tatsächlich zu nutzen. Wenn hier 5.300 Projekte umgesetzt wurden in den letzten Jahren, wenn wir 11.000 Arbeitsplätze neu schaffen konnten, wenn über 50.000 Arbeitsplätze damit abgesichert werden konnten und wenn mit diesen klugen Projekten, die hier entwickelt wurden, über 300 Millionen Euro nach Niederösterreich geflossen sind und damit mit diesen Fördergeldern ein Investitionsvolumen von 2,3 Milliarden ausgelöst wurde, dann hat das dazu mitgeholfen, dass wir heute eine etwas bessere Ausgangssituation haben um die Krise zu bewältigen als viele andere Regionen.

Wichtig ist uns dabei auch, dass vor allem im Zusammenhang mit den Maßnahmen der Bundesebene hier ein Gleichklang und Kraftschluss mit den Maßnahmen des Landes Niederösterreich erfolgt. Und ich darf hier wirklich eine hohe Anerkennung unserem Bundesfinanzminister Josef Pröll aussprechen, dem es gelungen ist, mit diesem Budget entsprechend gegenzusteuern. Ein Konjunkturpaket zu schaffen, die Steuerentlastung wahrzunehmen und vor allem im Bereich der Wirtschaft ... Wer die Aussendung des Wirtschaftsministers Mitterlehner gelesen hat, der weiß ganz genau, dass dafür heuer 6,8 Milliarden Euro zur Verfügung stehen - 30 Prozent mehr an Unterstützungsmöglichkeit für die Wirtschaft als das im Vorjahr der Fall war - und etwa 500 Millionen Euro direkt als Wirtschaftsförderung bereitgestellt werden kann seitens des Bundes.

Ganz wichtig für unsere Bürgerinnen und Bürger ist eben diese Steuerentlastung in Höhe von 3,2 Milliarden Euro, die rückwirkend ab 1. Jänner 2009 beschlossen wurde. Die den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, also vielen von uns ermöglicht, nämlich 2,7 Millionen Österreicherinnen und Österreicher werden in die Lage versetzt werden, keine einkommensbezogenen Steuern zu bezahlen. Weil die Grenze entsprechend angehoben wurde, die Steuerfreigrenze. Viele Unternehmer haben daraus Vorteile gezogen und werden daraus Vorteile ziehen.

Ich darf einen zweiten Punkt ansprechen, das Konjunkturprogramm des Bundes. 3 Milliarden Euro wird es umfassen. Es geht hier um zinsgünstige Kredite. Es geht um Investitionen in Forschung und Technologie, Erhöhung von Haftungen, Einführung eines Mittelstandsfonds. Viele intelligente Lösungen wurden entwickelt. Die vorzeitige Abschreibung, die Bauoffensive über die Bundeswohnbaugenossenschaften. Bis hin zu einer direkten Hilfe, nämlich der Unterstützung einer thermischen Sanierung von Privathäusern. Und viele Beschäftigungsprogramme spielen mit hinein.

Der dritte Bereich bei dem Bundespaket ist vor allem das Familienpaket. Dieses Familienpaket bringt tatsächlich einen, man könnte sagen, einen 15. Monatsgehalt für viele. Nämlich in dem dass die Unterstützung der Familien durch die Einführung der 13. Familienbeihilfe jeden September eine echte Unterstützung kinderreicher Familien beschlossen wurde. Der Freibetrag wurde angehoben. Der Kinderabsetzbetrag wurde angehoben. Das letzte Kindergartenjahr ist gratis. Hier sieht man wieder, dass wir in Niederösterreich, liebe Damen und Herren, eine Vorreiterrolle haben.

Bei uns längst Selbstverständlichkeit: Kindergarten kostenfrei für die Eltern. Das ist Familienpolitik im wahrsten Sinne des Wortes, wie hier nun erfreulicherweise auch vom Bund zu einem gewissen Teil nachvollzogen wurde.

Kinderbetreuung. Die Absetzbarkeit ist hier ein ganz wesentlicher Punkt. Wichtig ist, glaube ich, dass vor allem im Zusammenhang mit diesen Paketen es gelingt, sie effizient und wirkungsvoll so zu platzieren, damit die Krise, die Wirtschaftskrise nämlich für die Betriebe, die betroffen sind, möglichst rasch vorübergeht und dass es effizient für Wirtschaft und Beschäftigung wirken möge.

Da war man halt in Niederösterreich wieder um einiges voraus. Wenn ich zurück erinnere, dass wir bereits im vorigen Jahr im November das erste Wirtschafts- und Konjunktursicherungspaket beschlossen haben im Ausmaß von 350 Millionen Euro. Wo es darum geht, für Technologie, für Leitbetriebe, für Haftkapital, für Kreditsicherungsmodelle Maßnahmen zu setzen. Bereits im Jänner des heurigen Jahres wurden weitere 100 Millionen in einem Konjunkturpaket bereitgestellt. Wo es vor allem darum ging, Arbeitnehmer und Umwelt entsprechend zu unterstützen. Bildungskarenz und Bildungsförderung hiermit einzuführen.

Das dritte Paket im Bereich der Konjunktur. Da dürfen wir vor allem dem Landeshauptmann Erwin Pröll persönlich Danke sagen. Es ist ihm nämlich gelungen, 355 Millionen Euro vom Bund für Bahnausbau und für Infrastrukturmaßnahmen nach Niederösterreich zu holen. Herr Landeshauptmann, ich hoffe, er hört es: Herzlichen Dank dafür! Das ist eine große Leistung für das Land Niederösterreich! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Waldhäusl: Danke, Erwin!)*

Die Bürgerinnen und Bürger werden ihm danken.

Und, liebe Damen und Herren, das nächste Konjunkturpaket, nämlich die 4. Stufe. Das ist ein Paket, das die Niederösterreicherinnen und Nie-

derösterreicher direkt sofort spüren werden, liebe Damen und Herren. Dieses Paket, wo etwa 200 Millionen Euro über den Bereich der Wohnbauförderung wirkungsvoll gemacht werden. Und diese Wirkung wird sich zeigen! Wir haben bereits sehr viele Interessenten, die es nutzen wollen, dass im Bereich der Sanierung bis zu 20.000 Euro als Direktzuschuss gegeben werden. Die es nutzen wollen, dass bei der Heizkesseltauschaktion die Sonderförderung bis zu 5.000 Euro in Niederösterreich betragen wird. Das sind wirkungsvolle Maßnahmen im Bereich der Energie. Dass die Ortskernförderung zur Belegung unserer Ortszentren zusätzlich wirken möge. Und dass vor allem durch das Vorziehen der Vergabe der Wohnbauförderung 250 Millionen Euro an Aufträgen vorzeitig in die Wirtschaft fließen werden, sodass wir dem Ziel, günstigen Wohnraum, Umwelt entsprechend zu berücksichtigen. Nämlich in der Form, dass die bessere Nutzung der Sonne durch Solar und vieles mehr, das Geldbörsl geschont wird und die Umwelt erhalten wird.

Ich möchte da ganz besonders erwähnen auch diesen territorialen Beschäftigungsplan von 166 Millionen Euro, welche in Beschäftigungsprojekte fließen. Frau Landesrätin Mag. Johanna Mikl-Leitner hat das gemeinsam mit dem AMS in vielen Punkten verhandelt. Es werden davon 56.000 Menschen eben wirklich profitieren. Liebe Damen und Herren! Wenn wir 70 Millionen Euro in Beschäftigungsinitiativen stecken, das Start-up-Programm von 600 auf 900 Plätze angehoben wird, gemeinsam mit dem AMS, wenn vor allem Job 2000, die Initiative 50, oder 66 Millionen Euro in die Aus- und Weiterbildung fließen werden, über 20 Millionen in Beratungsleistungen, 10 Millionen in Arbeitsstiftungen, wo über 1.500 Menschen betreut werden, dann sieht man, in welcher Vielfalt das Angebot des Landes Niederösterreich sich hier wirkungsvoll für die Menschen unseres Landes auswirkt.

Und ein Letztes noch abschließend: Ich glaube, dass es sehr wichtig ist, dass auch die Kommunen, und wir haben ja ein kommunales Konjunkturprojekt und –programm gefordert, bundesweit über den österreichischen Gemeindebund, Präsident Riedl über und die beiden Gemeindevertreterverbände, wo es darum geht, dass in den Gemeinden es viele fertige Projekte gibt. Es ist zu dem direkten Konjunkturpaket für Gemeinden zwar noch nicht gekommen, aber im Bereich der Energieeffizienz, in vielen Teilbereichen, gibt es Maßnahmen, die in den Gemeinden umgesetzt werden. Aber die besonderen Maßnahmen in den Gemeinden sind vor allem jene, die durch die gemeinsame Finanzierung von Land und Gemeinden im Rahmen des Schul- und Kindergartenfonds, durch die Son-

derinitiative Kindergärten für Zweieinhalbjährige, Um- und Ausbau der Kindergärten, wofür bis zu 270 Millionen Euro vorgesehen sind um diese Initiative für unsere Jüngsten zu unterstützen. Wobei wir 390 neue Kindergartengruppen bauen, 109 sind davon zur Zeit in Bau. Wir werden 150 neue Kindergärten schaffen und damit 550 neue Gruppen insgesamt über die Periode haben.

Wobei festzuhalten ist, dass bei all diesen Maßnahmen, ob im Bereich der Schulen, wo wir auch Vorreiter sind mit der Klassenschülerhöchstzahl von 25, mit Unterstützung durch den Schul- und Kindergartenfonds, wir ganz einfach auch dafür Vorsorge tragen, dass wir durch gute Bildungsvoraussetzung in Niederösterreich einen Weg gehen um den Leuten das Rüstzeug zu geben, die Krisen und die Situation in ihrem Leben auch besser bewältigen zu können.

Abschließend darf ich daher festhalten: 1. Wir geben den Menschen Sicherheit, auch wenn es Unsicherheit auf den Weltmärkten gibt. Wir in Niederösterreich stehen zu unseren Bürgerinnen und Bürgern.

2. Die niederösterreichischen Arbeiter und Angestellten und die Familien können sich auf unseren Weg und die Unterstützung verlassen. Weil wir dann, wenn es schwierig ist, bei den Menschen sind und ihnen Hilfe geben.

3. Sowohl im Bereich der Agrar- und Wirtschaftspolitik, zur Sicherung der Umwelt und Lebensqualität sind uns in der Zusammenfassung die Maßnahmen so wichtig, dass die Lebensqualität als lebenswerter Raum in Niederösterreich gerade durch diese Beschäftigungs- und Wirtschaftsinitiativen auch in Zukunft für die Menschen gesichert sind.

In diesem Sinne, glaube ich, sind diese Konjunkturpakete des Landes Niederösterreich ein wirkungsvoller Ansatz und ein Maßnahmenpaket dazu, diese Krise möglichst rasch zu bewältigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Nowohradsky: Zu Wort gemeldet Abgeordneter Ing. Huber.

Abg. Ing. Huber (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kollegen des Landtages!

Steuerreform, Konjunkturpakete des Landes, Entlastung der Bürger, Sicherung der Arbeitsplätze, Erhöhung der Lebensqualität, ein toller Titel der heutigen Aktuellen Stunde.

Nur, ich glaube, ich möchte der ÖVP vielleicht einmal, sollte es fraktionsintern abgesprochen werden, wenn man schon eine Aktuelle Stunde einbringt, auch dafür sorgen, dass das die eigenen Funktionäre oder die eigenen Abgeordneten interessiert. Weil bei der Begründung 13 von 31 anwesend waren. Das sollte man sich vielleicht überlegen.

Aber es ist richtig, wie der Kollege Moser gesagt hat. Es ist Zeit zum Handeln, es ist Zeit, ehrliche Ansätze in der Wirtschaftskrise und Finanzkrise zu finden. Salbungsvolle Worte, Pressemeldungen, sind, glaube ich, ein bisschen zu wenig. Ich glaube, es müssen einfach die Fakten auf den Tisch. Das ist einfach wie schon mehrmals angesprochen in diesem Haus, die explodierende Jugendarbeitslosigkeit, Kündigungswellen und Kurzarbeit, Kürzungen der Sozialleistungen, Pensionisten, die um ihre Pensionen fürchten, explodierende Kriminalität durch ausländische Banden, Abzocke bei Kanal-, Müll-, Seuchensteuer und Strom- und Gaspreiserhöhungen durch die landeseigene EVN. So sieht's aus im Lande Niederösterreich! (*Abg. Mag. Karner: Das hast schon einmal vorgelesen!*)
Nein! Ist ganz frisch. Tut mir leid, Herr Kollege. Aber vielleicht, wenn Sie aufmerksam zuhören und nicht in der Zeitung lesen, wie es eigentlich sein sollte bei einer Landtagssitzung. Ja, der Sportteil ist sicher interessanter als die Steuerreform und die in Konjunkturpakete des Landes Niederösterreich. Kann ich mir vorstellen. Okay.

Ich möchte auch noch einmal kurz erinnern an die letzten Aktuelle Stunde, die auch von uns eingebracht war, zur Jugendarbeitslosigkeit. Plus 36 Prozent. Auch hier ist Arbeit und Wirtschaft gefordert. Auch da hat man gesehen, 44 Minuten Redezeit für die ÖVP, 12,5 Minuten habt ihr euch Zeit genommen, eure paar Prozent oder paar Aktionen, die Sie gestartet haben, da irgendwie schön zu reden. Wir müssen uns entscheiden, wie auch die Arbeitsmarktsituation zeigt, was wir wollen. Wollen wir einen Sozialstaat oder wollen wir Zuwanderung? Weil gerade bei der Arbeitslosenquote zeigt sich wie es aussieht. Im Schnitt 5,5 Prozent, bei den ausländischen Arbeitslosen 9 Prozent. Bei der Jugend 11 Prozent und die Türken, türkische Arbeitslose, sogar 18 Prozent. Hier sind wirklich Reformen und Maßnahmen notwendig. Und Kurzarbeit ist hier auch nicht die Medizin, die Niederösterreich und die österreichische Wirtschaft rettet. Hier muss man einfach einmal auch zur Kenntnis nehmen, dass das Geld in Konjunkturpakete gesteckt wird, auch dort ankommt, wo es ankommen muss. Nämlich bei den niederösterreichischen Klein- und Mittelbetrieben, die die niederösterreichische Wirtschaft stützen.

Wir brauchen wirkliche Volksvertreter, die auch dafür sorgen, dass nicht nur die Leitbetriebe, die selbsternannten der ÖVP, zu Geld kommen, sondern die Klein- und Mittelbetriebe. Denn wir haben 27.600 Betriebe, die weniger als 10 Arbeitsplätze haben und fünfeinhalbtausend, die weniger als 50 haben mit 189.000 Beschäftigten. (*Abg. Hinterholzer: Und was habt ihr schon gemacht? Die FPÖ?*)

Auch dein Betrieb dabei. Da muss noch Geld ankommen. Nicht bei den Banken, würde ich einmal sagen. (*Beifall bei der FPÖ. – Abg. Hinterholzer: Und? Wo sind die Maßnahmen? – Abg. Mag. Karner: Ihr habt dem auch zugestimmt!*)

Ist auch wichtig, dass die Banken gestützt werden. Nur muss man das auch kontrollieren. Und nur Banken unterstützen, die ihre Finanzen offen legen, wie auch von uns gefordert, und nicht einfach blind hineinstecken die ganzen Sachen.

Oder wie bei den ÖBB, die 5.000 Lkw beschäftigt in Europa und mit ausländischen Transporten unsere Transportwirtschaft kaputt macht. Da muss man auch überlegen, wo man das Geld hingibt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es werden ja heute noch sehr viele salbungsvolle Worte da fallen. Und da kommt man zu einer Lieblingsbeschäftigung der ÖVP in diesem Lande, das sind die Spatenstiche. Es gibt sehr viele Beispiele, so „Wirtschaftsblatt“, wo fleißig, fleißig Spaten gestochen wird. Als Beispiel möchte ich nennen in Marchegg unten den Wirtschaftspark. Ich glaube, da ist schon vier- oder fünfmal der Spatenstich gemacht worden. (*Abg. Mag. Karner: Vor zwei Wochen warst auch dabei!*)

Das erste Mal, natürlich, Pflegeheim ist eine wichtige Angelegenheit und es ist ganz wichtig, dass die ausgebaut werden. Und da sollte noch mehr Geld investiert werden. Aber als Beispiel der Wirtschaftspark in Marchegg. (*Abg. Ing. Pum: Bei der ÖBB ward ihr auch dabei!*)
Lasst mich kurz ausreden.

Seit 2001 schon mehrmals Spaten gestochen. Ich war vorige Woche unten, ein tolles, neues Schild von der letzten Spatenstichfeier. Aber sonst? Arbeitsplätze oder irgendwelche Gebäude sehen wir dort nicht. Außer einen Gleisanschluss und drei Stichstraßen. Und ich glaube, zwei Hydranten stehen auch noch dort. Ist ein typisches Beispiel wie das funktioniert. Aber Hauptsache, man tut am gleichen Ort schon dreimal Spaten stechen vor jeder Wahl. Wunderbar! Ich glaube, wir in Niederösterreich, wir brauchen drei wichtige Dinge. Das eine ist eine mutige und motivierte Politik, eine

fleißige und selbstbewusste Wirtschaft und fleißige Arbeitnehmer. Das, was wir wirklich haben, und das was ganz sicher ist, sind die fleißigen und motivierten Arbeitnehmer. Die trotz der Teuerungswelle, Kurzarbeit und Kündigungswellen ihrer Arbeit nachgehen und noch immer positiv gestimmt sind. Für die ist es wichtig, dass wir deren Zukunft gestalten.

Und dazu ist es wichtig, dass man auch diese Klein- und Mittelbetriebe unterstützt. Weil die sind es auch, die unsere Lehrlinge ausbilden. Es gibt Lehrwerkstätten usw. in Großbetrieben. Aber die fleißigen, dauerhaften Ausbildungsplätze passieren in den Klein- und Mittelbetrieben. Darum sollten wir endlich wirksame Entlastungen schaffen und Anreize für Betriebe gestalten, damit die Jugend ausgebildet wird und sie auch weiter beschäftigt dann. Gehen wir daher unserer Jugend ihre Zukunft, helfen wir den Betrieben, die Lehrlinge ausbilden. Stoppen wir den Ausverkauf der Arbeit.

Die Gaskrise im Herbst oder im Winter hat uns gezeigt, dass man auch die Wirtschafts- oder Finanzkrise als Chance nutzen könnte. Ich glaube, gerade diese Sache hat uns eigentlich gezeigt, dass wir sehr abhängig sind von Energieimporten. Es geht weiter über gentechnisch importierte Lebensmittel und fremdbestimmte Konzerne.

Ich glaube, wenn wir mutig sind und Visionen haben, können wir diese Wirtschaftskrise einfach nutzen, die Weichen zu ändern und einfach unsere Ressourcen zu nutzen. Wir haben einen reichen Schatz an tüchtigen, gut ausgebildeten Menschen, hervorragende Experten und Wissenschaftler, fähige Unternehmer und das Glück, dass wir auf erneuerbaren Energiequellen sitzen, die in einer schützenswerten und gesunden Umwelt bestehen. Deshalb unsere Forderung, hier zu investieren. Wir müssen Forschung, Entwicklung von Technologien, die dem Ziel der Energieautonomie Österreichs dienen, offensiv fördern.

Der Einsatz heimischer, erneuerbarer Energieformen ist der sicherste Weg zur Erreichung von Klimaschutzziele. Auch wir hier im Hohen Landtag haben uns hohe Ziele gesetzt. Durch den Ausbau von Sonnenenergie, Wasser, Wind, Bioenergieanlagen, können erstens die Ressourcen und die Umwelt geschont werden und es kann auch ein sehr ergiebiger Arbeitsmarkt erschlossen werden. Nutzen wir diese Möglichkeit. Unsere Motivation muss sein, den Bürgern unseres Landes eine Wirtschaft und eine sichere Versorgung aus heimischen Quellen sicherzustellen. Und die Bedürfnisse der Menschen müssen im Mittelpunkt unserer Überlegungen stehen. Deshalb mit aller Kraft für dieses schöne Land. Beenden wir in Zeiten als Chance

aus dieser Krise die Abhängigkeit von ausländischen Staatschefs. Lassen wir uns nicht durch Gaslieferungen erpressen. Beenden wir die Erpressbarkeit durch Großkonzerne und die Großbanken. Jetzt haben wir die Chance, ein umfassendes Paket zu schnüren, unsere innovativen Betriebe zu unterstützen und die Niederösterreicher mit Arbeit zu versorgen. Sorgen wir für Wertschöpfung in unserer Heimat, investieren wir in unsere Zukunft, in die Zukunft unserer Kinder. Ich glaube, jetzt ist Zeit zum Umdenken und die Möglichkeit, die Richtung zu ändern. Danke! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Nowohradsky: Zu Wort gemeldet Herr Ing. Gratzner.

Abg. Ing. Gratzner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte meine Ausführungen zur heutigen Aktuellen Stunde mit einem regionalen Thema beginnen, und zwar weil es mich sehr betroffen macht und auch sehr betrifft. Das ist das Thema Mobilitätskonzept in der Region Niederösterreich Südwest.

Ich möchte an dieses Thema in drei Punkten herangehen. Zunächst geht es mir um die sachliche Aufbereitung, in der weiteren Folge um den politischen Zugang zu diesem Thema und im dritten Punkt um die Vorgangsweise, besonders in den letzten 24 Stunden, wie dieses Thema abgehandelt wurde. Es passt aber auch zum Thema der Aktuellen Stunde, weil diese auch die Erhöhung der Lebensqualität beinhaltet.

Zur sachlichen Aufbereitung möchte ich ausführen, dass wir seit Mitte des vergangenen Jahres - wobei alle gewusst haben, dass der Vertrag von Gössing auslaufen wird, was die Neben- und Regionalbahnen betrifft - ein Konzept vorgelegt bekamen, welches nur mehr einen Busverkehr beinhaltet hat. Bus ohne Bahn, hat die Devise gelautet - und diese konnten wir im Vorfeld einmal grundsätzlich nicht gut heißen. Daraufhin habe ich dem damals zuständigen Landeshauptmannstellvertreter Gabmann ein Schreiben geschickt, dass es ohne Ybbstalbahn wenig Sinn macht, das Verkehrskonzept umzusetzen. Einerseits, weil im Bereich der Stadt Waidhofen a.d. Ybbs die Bewältigung des Schülerverkehrs zu Problemen führen wird. Zweitens, weil die Ybbstalbahn auch als touristischer Aspekt zu sehen ist und als kultureller Aspekt einen hohen Stellenwert genießt. Allerdings hat der bisherige Betreiber das nicht richtig erkannt. Und weil eine Bahn immer als Rückgrat, als Verkehrsträger

zu fungieren hat während der Bus als Ergänzung zu sehen ist. Dieses Thema haben wir dann im Regionalverfahren Anfang März wieder thematisiert und eingebracht, die Diskussion wurde eröffnet und es wurde dann auch in der letzten Woche ein Gespräch mit den betroffenen Bürgermeister im Ybbstal durchgeführt im Beisein von Prof. Zibuschka.

Der politische Zugang schaut für mich so aus: Wir haben einen Besuch in Salzburg absolviert am vergangenen Samstag, im Pinzgau. Dort geht die Politik an das Thema ganz anders heran. Dort geht die Politik so an das Thema heran, dass man sagt, Bahnverkehr hat Vorrang, die Bahn ist der Verkehrsträger Nummer 1 und der Bus ist der Zubringer zum Bahnsystem!

Die Voraussetzungen waren dort ähnlich wie bei uns. Die Bevölkerung ist auch nicht mehr zur Bahn gestanden, weil der Fahrplan heruntergewirtschaftet war usw. Also ähnliche Voraussetzungen wie bei uns. Aber die Politik hat sich eben zu einer anderen Vorgangsweise bekannt!

Wie war nun die Vorgangsweise bei uns im Ybbstal in der vergangenen Woche? Wie gesagt, Bürgermeistergespräch. Diesen Dienstag Regionalverbandsitzung, in der wir einige Zeit um die Formulierung eines einstimmigen Beschlusses gerungen haben, der wie folgt dann gelautet hat: Auf der Grundlage des vorliegenden Bedienungskonzeptes der Vorstandssitzung vom 21. April 2009 soll eine Interessentensuche für Bus und/oder Bahn von Waidhofen a.d. Ybbs Hauptbahnhof bis Groß Hollenstein erfolgen.

Gestaunt habe ich nur dann, als am nächsten Tag in der Landeskorespondenz kein Wort von diesem einstimmigen Beschluss zu finden war. Und noch mehr gestaunt habe ich, als am Abend dann Herr Landesrat Johann Heuras im ORF mitgeteilt hat, dass das Konzept gegessen ist, aber ohne Ybbstalbahn. Es gibt demnächst einen Radweg auf dieser Trasse. Also wozu unterhalten wir uns dann bitte noch im Regionalverband und fassen dort einstimmige Beschlüsse, wenn es dann ganz anders publiziert wird?

Wichtig wäre hingegen, dass vor dem Ausstieg der ÖBB aus dem Bahnbetrieb diese aber sicher noch die jahrelang versäumten Investitions- und Erhaltungsmaßnahmen nachholen müssen. Hier dürfen die Österreichischen Bundesbahnen und der Bund nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Das einzufordern wäre die Aufgabe von Herrn Landesrat Heuras gewesen! Er ist leider heute nicht hier. Aber es wird im Protokoll vermerkt und ich

werde ihm das persönlich ausrichten. Das wäre seine vordringliche Aufgabe gewesen, im ORF mitzuteilen. Und noch eines möchte ich ihm mitgeben: Modernisieren statt Zusperrern müsste die Devise lauten! So wie in Salzburg! Übertragen wir das auch auf Niederösterreich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Nun aber zur Aktuellen Stunde allgemein. Ich betrachte diese Aktuelle Stunde als eine vorgezogene Budgetdebatte. Und man könnte aus der Sicht der ÖVP auch hier den Untertitel geben „Angst vor der eigenen Courage“. Diese Aktuelle Stunde gibt uns aber auch die Gelegenheit, vor der Budgetdebatte noch einige Gedanken einzubringen.

Was müssen wir tun, damit wir die Krise meistern? Gerade auch in Niederösterreich müssen auch beschäftigungspolitische Zielsetzungen wieder ins Zentrum der Wirtschaftspolitik gerückt werden. Daher brauchen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den flächendeckenden, regionalen Zugang zu hochwertigen Bildungs- und Gesundheits- sowie Kinderbetreuungseinrichtungen, eine Wirtschaftsmodernisierung mit hoch ausgebildeten Arbeitskräften, qualitätsvolle Arbeitsverhältnisse und intelligente Arbeitszeitmodelle.

Das heißt konkret, meine sehr geehrten Damen und Herren, die internationale Wirtschaftskrise hinterlässt natürlich auch in Niederösterreich ihre Spuren. Angst vor Arbeitsplatzverlust und Einkommenseinbußen beschäftigen immer mehr Menschen. Die Arbeitslosigkeit steigt von Monat zu Monat und ein Ende ist noch nicht in Sicht. Gleichzeitig sehen sich aber viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch mit einer immer höheren Arbeitsbelastung konfrontiert.

Die neoliberale Glaubenslehre, dass Unternehmensförderung alleine ausreicht um nachhaltig Arbeitsplätze zu schaffen, ist somit an der Realität zerplatzt. Dem gegenüber zeigt es sich, dass wir Sozialdemokraten zu Recht den Grundsatz vertreten, dass auch in einer international vernetzten Wirtschaft, wie der österreichischen, die heimische Nachfrage der wichtigste Motor für die wirtschaftliche Entwicklung ist.

Was müssen wir weiter tun, damit es wirklich allen gut geht? Denn der Markt sorgt nicht selbst für eine faire Verteilung der Einkommen. Daher brauchen unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Einkommen, das zum Auskommen reicht! Eine umfangreiche Steuerentlastung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, eine rasche Umsetzung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung.

Das heißt wiederum, geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut, war in der Vergangenheit das Glaubenscredo von vielen Wirtschaftsvertretern. Dementsprechend wurden Milliardenbeträge aus Steuermitteln für Unternehmens- und Investitionsförderungen locker gemacht. Als Folge dieser Politik ist die Lohnquote in Österreich über Jahre hinweg gesunken und hat sich die Einkommensverteilung zu Ungunsten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit mittlerem oder niedrigem Einkommen entwickelt.

Zunehmende Armut auf der einen Seite sowie Börsenspekulationen und Anlage von Kapital in fragwürdigen Auslandsgeschäften auf der anderen Seite waren die Folge. Diese Treibjagd nach der höchsten Rendite hat sich angesichts der derzeitigen Krise als wirtschaftliche Irr- und Talfahrt herausgestellt. Wir müssen daher den Satz umformulieren: Geht es uns allen gut, geht es auch der Wirtschaft gut.

Ein nächster Punkt. Was müssen wir tun, damit Pendlerinnen und Pendler in Niederösterreich weiter kommen? Niederösterreich ist das Land mit der höchsten Anzahl von Pendlerinnen und Pendlern. Da brauchen wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, da brauchen unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine höhere Pendlerpauschale und einen Verkehrsabsatzbetrag, der auch für niedrige Einkommen wirksam ist. Eine niederösterreichische Pendlerhilfe, die jedem zu Gute kommt. Unabhängig vom Familieneinkommen. Öffentliche Verkehrsmittel, die auch im ländlichen Raum fahren! Das habe ich vorhin schon im Bereich der Ybbstalbahn ausgeführt. Und natürlich brauchen wir auch attraktivere Tarife für Teilzeitkräfte.

Was müssen wir unternehmen in Niederösterreich, damit sich Aus- und Weiterbildung bezahlt macht? Im internationalen Vergleich bleibt die Aus- und Weiterbildung in den heimischen Betrieben ein Stiefkind. Daher brauchen unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Rechtsanspruch auf Bildungskarenz. Qualifizierungsstipendien, speziell abgestimmte Anreize für niedrig qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Moderne und zukunftsorientierte Erwachsenenbildungsinstitute.

Was ist zu tun, damit die Jugend eine faire Chance bekommt? Viele Jugendliche sind durch wachsende Hürden beim Berufseinstieg verunsichert. Daher braucht unsere Jugend ein sozial durchlässiges und vernetztes Bildungssystem und Ausbildungssystem. Anreize zur beruflichen Um-, Aus- und Weiterbildung, Gruppenlehrberufe und überbetriebliche Ausbildungsverbände.

Was müssen wir tun, damit gleiche Arbeit auch gleich entlohnt wird? Frauen haben nach wie vor nicht die gleichen Chancen in der Gesellschaft. Daher fordern wir Sozialdemokraten das Schließen der Einkommensschere durch spezifische Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme, flächendeckende, ganztägige Kinderbildungseinrichtungen und kleinere Kindergartengruppen, verbesserte Rahmenbedingungen zur Realisierung der Gleichstellung.

Das heißt konkret, die Wirtschaftskrise macht immer mehr Arbeitnehmerinnen arbeitslos oder zwingt sie in die Kurzarbeit. Verschlechterte Jobaussichten drohen vor allem die in Österreich ohnehin niedrige Erwerbsquote der Frauen weiter zu senken. Damit sich im Zuge dessen patriarchale Strukturen nicht weiter verfestigen, muss mit spezifischen Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogrammen dringend entgegen gewirkt werden.

Was müssen wir in Niederösterreich noch unternehmen damit die Versorgung gesichert bleibt? Die soziale Sicherheit ist viel zu wertvoll um sie dem Gewinnstreben zu überlassen. Daher brauchen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und alle Pensionistinnen und Pensionisten eine öffentliche Hand, die für das Gesundheits- und Pensionsystem verantwortlich sein muss. Die solidarische Umlagefinanzierung im Pensionssystem. Eine klare Absage an die Zweiklassenmedizin. *(Abg. Hinterholzer: Das stellt niemand in Abrede!)* Man kann es nur immer wiederholen, Frau Kollegin. Man kann es immer nur wiederholen.

Den Ausbau der Gesundheitsprävention am Arbeitsplatz. *(Abg. Mag. Wilfing: Weihnachten muss erhalten bleiben!)* Die Sicherung des ländlichen Raumes – damit sind wir eh wieder dort, wo ich begonnen habe – durch Mindeststandards in der Nahversorgung und beim öffentlichen Verkehr. Bei der Post, Ausbau der Tagesbetreuungseinrichtungen.

Ein Gegenstück vielleicht zum derzeitigen Kindergarten, eine Seniorenstube einzurichten, wo immer das auch notwendig ist.

Also es gibt eine Menge zu tun in diesem Zusammenhang in Niederösterreich, auch hier in unserem Bundesland. Abschließend gilt sowohl international als auch im Bund und natürlich auch in Niederösterreich: Wirtschaft braucht neue Werte. Solidarität schafft Wohlstand. Die internationalen Finanzmärkte brauchen neue Regeln. Der neoliberale Grundsatz „mehr Privat, weniger Staat“ ist falsch! Gerechtigkeit und soziale Sicherheit müssen

wieder oberstes Ziel sein. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Das gilt gerade auch in Niederösterreich, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und da gilt es jetzt, die richtigen Zahlen in das Budget einzusetzen. Haben Sie keine Angst vor der eigenen Courage! Danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zweiter Präsident Nowohradsky: Zu Wort gemeldet Klubobfrau Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Frau Landesrätin! Herr Landesrat! Hohes Haus!

Wenn wir uns darüber unterhalten, welche Maßnahmen denn jetzt angesagt sind um im Sinne der Arbeitskräfte, im Sinne des Landes bestmöglich der Krise gegenzusteuern bzw. dafür Sorge zu tragen, dass möglichst viele Menschen in Beschäftigung sind, dass diese Beschäftigung zu fairen Bedingungen erfolgt, dass Frauen und Männer tunlichst gleich behandelt werden, dann lohnt es sich doch, einen Blick zu werfen auf das Konjunkturpaket, das hier im Haus beantragt und beschlossen worden ist. Und auch die Frage zu stellen, welche Prioritäten sollte man denn jetzt setzen?

Vieles was in den Redebeiträgen vorher gesagt worden ist, insbesondere zur Notwendigkeit der Einführung einer Grundsicherung, das entspricht seit langem grünen Forderungen. Das können wir natürlich nur unterschreiben. Und ich glaube, gerade so eine Forderung wäre jetzt wichtiger denn je, denn sie würde sehr vielen Menschen die Angst nehmen, dass sie gerade in Zeiten, wo es wirtschaftlich nicht so rosig aussieht, ins Bodenlose fallen können.

Und auch Angst, Sorge um den Arbeitsplatz, das ist etwas, was an sich eine schlechte Motivation ist. Denn die permanente Angst, die kann auch Menschen krank machen. Und vor allem dort, wo es um Menschen geht, wo es um Frauen geht, die Betreuungspflichten haben, besteht eine sehr starke Tendenz tatsächlich Arbeiten anzunehmen, obwohl man krank ist, obwohl die Arbeit wirklich nicht attraktiv ist, aber einfach aus zwingenden Gründen.

All das setze ich voraus und möchte nicht die Wichtigkeit dieser angeschnittenen Themen in irgendeiner Weise schmälern. Ich möchte dennoch aber auch ein anderes Thema, und zwar das zentrale, grüne Thema, ansprechen. Denn es stellt sich schon die Frage, ob das wirklich reicht, was in dem Dringlichkeitsantrag der ÖVP drinnen war in Sachen Konjunkturmaßnahmen. Dass sehr stark auf

die Frage der Mittelverwendung konzentriert war, aber in einer inhaltlich nicht festgelegten Art und Weise. Ein Konjunkturpaket, wo es um Haftungen gegangen ist, um Eigenkapitalausstattungen, um einen Wirtschafts- und Tourismusfonds usw.

Das mag alles notwendig sein und ich betone noch einmal, dass auch die arbeitnehmerinnenseitigen Forderungen der SPÖ von uns nicht in der Bedeutung unterschätzt werden. Aber wir müssen uns auch der Frage zuwenden, welche Bereiche sind es denn, wo man jetzt wirklich schwerpunktmäßig etwas tun sollte und wo passiert vor allem zu wenig? Und da ist meine ganz klare Antwort: Das ist der Bereich der erneuerbaren Energien! (*Beifall bei den Grünen.*)

Vielleicht bringt ihr mir noch diese Grafik hier her damit ich sie euch allen zeigen kann. Denn die Relationen, die jetzt in Österreich und damit auch in Niederösterreich leider zu verzeichnen sind, die schauen schlecht aus. (*Zeigt Grafik.*)

Wenn man sich nämlich jetzt anschaut, und das sind mittlerweile Wirtschaftszeitungen wo das publiziert wird und nicht alternative ökologische Zeitungen, dann schauen die Investitionen in dem Bereich der erneuerbaren, insbesondere in die Solarenergie im europäischen Vergleich so aus. Dieser große Balken, das ist Spanien. 2.600 Megawatt neu dazugekommene installierte Leistung. Deutschland 1.500. Jetzt wissen wir schon: Beide Länder sind wesentlich größer als Österreich. Aber selbst wenn ich das umsetze auf die österreichischen Größenordnungen, wenn ich bei Deutschland etwa durch 10 oder sei es durch 20 dividiere, dann dürfte nicht das herauskommen was wir tatsächlich haben. Sie können nämlich den österreichischen – vom Balken kann man da nicht mehr sprechen, das ist kein Balkendiagramm, das ist eine flache Scheibe. Die steht nämlich bei 2,9 Megawatt! Tschechien im Vergleich dazu, ein neues EU-Land, sicher noch um Anschluss ringend in Europa, 51 Megawatt. Das heißt, Tschechien 20mal so viel neu installierte Leistung an Photovoltaik im letzten Jahr.

Jetzt meine Frage: Haben wir vielleicht nicht die geeigneten Firmen in Niederösterreich? Die Frage, die können Sie auch beantworten. Sie kommen genauso im Land herum wie ich. Natürlich haben wir die Firmen! Wir haben im ganzen Land, wir haben im Waldviertel, wir haben im Weinviertel, wir haben die BVD und Firmen, wie sie alle heißen, die warten nur auf stabile Bedingungen. Und die sind nicht gegeben. Es gibt schon Förderungen in Niederösterreich. Aber da gibt's immer wieder so Spitzenförderungen. Eine Förderung im letzten

Jahr, die in nicht einmal einer Viertelstunde am 1. Jänner ausgebucht ist.

Meine Damen und Herren! Das ist keine stabile Rahmenbedingung! Und genau das führt dazu, dass wir so jämmerlich ausschauen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und mittlerweile sind es Wirtschaftszeitungen, die sagen, wir könnten – und zwar schnell – 63.000 neue Arbeitsplätze schaffen in genau diesen Bereichen der erneuerbaren Energien. Und dann kommt immer das Argument, ja aber das ist ein Eingriff in den Markt. Und bei entsprechend stabilen Einspeisetarifen, da müsste eben auch etwas dazu gezahlt werden. Ja, stimmt! Aber die Größenordnungen sind lächerlich. Die Größenordnungen pro Haushalt sind lächerlich. Und vor allem, sie würden sehr viel mehr bringen. Auch die öffentlichen Haushalten entlasten. Und vor allem braucht der Markt eines: Nämlich stabile Rahmenbedingungen. Derzeit warten alle ab. Das Ökostromgesetz ist kaputt gemacht worden. Von 100 Millionen Euro runtergefahren auf 17 Millionen Euro, dazu Landesaktionen die sich dauernd ändern. Irgendwann eine Sonderaktion, die in acht Minuten ausgebucht ist und ähnliches. Da investieren keine seriösen Partner mehr! Da sagen die alle, wir warten. Und während Deutschland ein Gesetz hat über erneuerbare Energien und einen Boom erlebt in der Branche, gibt's in Österreich, in Niederösterreich das ganze Know how, der Firmen, die das haben. Wir fahren viel herum. Und in jeder dieser Firmen, überall sagt die Geschäftsleitung, wir haben volle Auftragsbücher, aber zu 99 Prozent im Ausland.

Hier investieren nur noch Idealisten, die sagen, ich will ein reines Gewissen. Ich will meinen Kindern mit gutem Gewissen entgegenreten können. Aber lohnen tut sich das nicht. Und vor allem, sie haben keine Berechenbarkeit. Und wenn dann das Argument kommt, na ja, aber, bei der Wasserkraft sei die Kilowattstunde noch günstiger. Na klar ist sie das! Weil der Staat, weil die Republik, weil auch die Länder nach dem Krieg sinnvoll investiert haben. Weil man damals beispielsweise die Wasserkraft groß ausgebaut hat. Und weil das heute ausfinanzierte und daher sehr günstige Produktionsstätten sind. Das können Sie nicht vergleichen. Das sind Äpfel und Birnen. Und wenn wir heute wollen eine Pionierphase in Sachen erneuerbare, in Sachen Photovoltaik, dann müssen wir diesen Pioniergeist haben, wie er damals herrschte in der Aufbauphase der österreichischen Wirtschaft.

Daher, meine Damen und Herren: Wir unterstützen gerne Konjunkturpakete, wir ziehen mit bei den sozialen Maßnahmen, insbesondere für die

sozialen Schwachen, insbesondere auch im Sinne des Ausgleichs von Frauen und Männern. Aber wenn Sie die inhaltliche Frage, wohin, wo sind die Zukunftsbereiche, wo der Staat, wo die Länder pushen sollen, auslassen, dann verpassen wir eine Chance, die sich so bald nicht wieder ergeben wird.

Nützen wir doch wirklich diese Krise als Chance! Diese Krise könnte die Chance sein für erneuerbare Energien, für die Solarenergie und für 60.000 neue Arbeitsplätze. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Nowohradsky: Zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Hinterholzer.

Abg. Hinterholzer (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Bevor ich zu meinen Ausführungen über die Wirtschaft und die Konjunkturpakete in Niederösterreich komme, muss ich zu meinem Kollegen Gratzler doch noch einiges zur aktuellen Entwicklung rund um die Ybbstalbahn machen, nachdem er sich ja da sehr verbreitert hat. Er hat selber im Regionalverband vorige Woche das Paket mit beschlossen. Du hast ja selber das Paket mitbeschlossen, Herr Kollege. Du kennst die Ybbstalbahn ja noch fast besser als ich, weil du ja direkt in der Gemeinde Hollenstein Bürgermeister bist und an der Ybbstalbahn wohnst. Du weißt genauso gut wie ich, dass die ÖBB die Ybbstalbahn einfach herunterkommen hat lassen, dass es große Versäumnisse gibt. Dass wir heute einen Kostendeckungsgrad von 7 Prozent haben. Und dass ich es eigentlich in Zeiten wie diesen unverantwortlich fände, wenn wir da nicht längst Maßnahmen setzen.

Ich glaube, das Papier ist ein Kompromiss, der ausgearbeitet wurde. Ich glaube, das ist ein modernes, zeitgemäßes Mobilitätskonzept, das jetzt in Auftrag gegeben wird und umgesetzt werden wird. Und du als Bürgermeister von Hollenstein, lieber Kollege, bist mit aufgerufen, bei der Prüfung der Bahnlinie zwischen Waidhofen und Hollenstein ebenfalls zu schauen ob man allenfalls einen privaten Betreiber findet.

Landesrat Heuras hat das mit in seinem Papier übernommen. Tut leid, wenn das im ORF nicht übernommen wurde, aber für das können wir nichts. Also bitte auch deine Mithilfe. Nicht nur kritisieren und andere schlecht machen, sondern selber auch etwas dazu tun.

Zum zweiten Teil deiner Rede, sehr geehrter Herr Kollege, bin ich eigentlich schwer enttäuscht

von dir, weil ich kenn dich ja ganz gut und ich weiß, dass das nicht deine Worte sein können. Du hast da eine ÖGB-Kampfrede, glaube ich, anlässlich der Arbeiterkammerwahl von dir gegeben. Weil wenn du kritisierst, dass wir in der Vergangenheit große Investitionen in Betriebe gesetzt haben, dann sage ich nur „Gottseidank“ dazu. Denk doch daran, im vorigen Sommer haben wir die höchste Beschäftigungsquote in Niederösterreich gehabt die es jemals gegeben hat.

Und bei der Einkommensentwicklung, lieber Herr Kollege, sind wir überhaupt an der Spitze aller Bundesländer gelegen, sage ich dazu. Denn diese Wirtschaftsentwicklung konnte wohl keiner in dieser Weise absehen. Also bitte, obwohl die Zeiten schlecht sind, nicht alles unbedingt schlecht machen. Ich glaube, unsere Ausgangssituation in Niederösterreich ist eine weitaus bessere als in anderen Bundesländern.

Frau Kollegin Dr. Petrovic! Also offensichtlich dürfen Sie im Land doch nicht so viel unterwegs sein und mit den Unternehmern reden. Ich werde noch darauf kommen. Die Wirtschaft, ein sehr differenziertes Bild gibt sie momentan ab. Und wenn es einen Bereich gibt, der wirklich boomt, dann ist es der Bereich thermische Sanierung, alternative Heizsysteme. Und wenn Sie wirklich die Konjunkturpakete in Niederösterreich gut kennen, dann müssen Sie wissen, dass es sehr wohl Haftungen und Unterstützungen und Bankenpakete gibt, aber dass es auch ein Konjunkturpaket gibt, das den Privaten, den Haushalten in der Althausanierung hilft, da Verbesserungen zu setzen. Ich glaube, wir in Niederösterreich haben diesbezüglich wirklich Impulse gesetzt. Ich bin aber bei Ihnen, dass gerade, was das Ökostromgesetz anlangt, noch einiges zu tun ist. Und da ist jetzt vieles in Diskussion.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist schon mehrmals angesprochen worden, wir leben in schwierigen Zeiten und wir brauchen besondere Anstrengungen um diese überstürzten Ereignisse, sodass wir da klare und zielorientierte Maßnahmen setzen.

Und ich glaube, mit den Konjunkturpaketen des Landes, die in Kombination mit den Maßnahmen des Bundes zu sehen sind, ist ja einiges auf den Weg gebracht worden. Ist auch schon angesprochen worden. Wir erleben die größte internationale Wirtschaftskrise seit 80 Jahren und von der wird Niederösterreich leider nicht verschont bleiben. Wir können hier nicht alles abfedern.

Es wird sicherlich noch viel zu diskutieren sein, warum es zu diesem Zusammenbruch der Finanz-

märkte mit dieser unheimlich rasanten Auswirkung auf die Realwirtschaft gekommen ist. Wir werden die Ursachen nicht hier im Land beheben können, habe ich schon gesagt. Aber wir müssen halt, glaube ich, auch mithelfen, dass auch international, zumindest eine europäische Finanzmarktaufsicht möglich wird. Dass europäische Ratingsagenturen möglich werden. Damit so etwas in der Zukunft nicht mehr passieren kann.

Wie gesagt, in dem Land können wir die Folgen und Auswirkungen der Krise nur abfedern oder versuchen zu begrenzen. Prämisse dabei ist, dass wir den Finanzmarkt, und das ist die absolute Grundlage und Notwendigkeit für die Realwirtschaft, stabil halten.

Ich kann das nicht mehr hören, wenn das von dir, lieber Herr Kollege Gratzner, letztes Mal von einer Kollegin der Grünen gekommen ist, die großartigen Unterstützungen an die Banken. Jawohl, die brauchen wir! Als Basis, als Grundlage. Wenn es keinen stabilen Finanzmarkt gibt, schlägt das auf die Realwirtschaft durch. Und da ist, glaube ich, grundsätzlich anzusetzen. Das ist geschehen. Wir haben auf Bundesebene und aber auch europaweit sehr, sehr schnell reagiert. Dann geht's darum, und das haben wir im Land gemacht, den Betrieben Finanz- und Haftungskapital zur Verfügung steht.

Im Gespräch mit den Unternehmern merkt man ein sehr unterschiedliches Bild der Wirtschaft, das sich darstellt. Probleme, das ist so, hat die Sachgüterproduktion wenn sie noch dazu stark exportorientiert ist. Das Ganze verstärkt sich dann noch bei den Unternehmen die im Automobilzulieferbereich tätig sind. 6 von 10 Euro in Österreich, auch in Niederösterreich, werden im Export verdient. Und das allein sagt schon, hier können wir uns von internationalen Problemen nicht ganz abkoppeln.

Mit in Mitleidenschaft gezogen sind dadurch natürlich auch die KMUs, die als Zulieferbetriebe für diese industriellen Leitbetriebe tätig sind. Die Großen haben die Leiharbeiter schon abgebaut und haben auch ausgelagerte Dienstleistungen und Produktionen zurückgegeben. Neben diesen Problemen in der exportierenden Wirtschaft, die gibt's, sind nicht alle Unternehmen betroffen. Ich habe schon gesagt zum Einen der Tourismus, hier ist die Wintersaison wirklich exzellent gelaufen. Ein Plus von 11.000 Nächtigungen. Und nach wie vor gibt es offene Stellen im Tourismus. Also das ist durchaus ein Bereich, der es Gottseidank nicht spürt.

Zum Zweiten der private Konsum. Auch der funktioniert sehr gut. Die Sparguthaben werden zum Teil jetzt auch wegen der Verunsicherung auf

den Finanzmärkten aufgebraucht. Und zum Anderen, das habe ich schon gesagt, die Maßnahmen für mehr Energieeffizienz und für thermische Sanierung, die greifen ganz einfach. Hier wird kräftig investiert. Und das sind Betriebe, die zum Teil auch Personal suchen. Und es sind vor allem die KMUs, die kleinen Unternehmen, die Mitarbeiter wieder aus der Region beschäftigen und das Geld bleibt hier auch in der Region.

Ich glaube, wir haben richtig gehandelt auch bei der Althausanierung, sodass es jetzt auch möglich ist, den Zuschuss direkt zu kassieren, bis zu 20.000 Euro, maximal 30 Prozent der Kosten. Das Ganze befristet bis Ende des Jahres. Bisher war das ja nur mit einem Annuitätenzuschuss möglich, jetzt auch als Direktzuschuss. Wird sehr, sehr positiv angenommen und belebt auch gerade diesen Bereich. Ebenso die Heizkesseltausaktion. Ich glaube, bis zu 5.000 Euro, das ist schon auch eine Motivation, genau jetzt und hier zu investieren.

Ich glaube, das ist wirklich eine Win-Win-Situation, die hier geschaffen wurde. Zum Einen schafft es Arbeit in einer schwierigen Zeit und zum Anderen hilft es mittelfristig, von fossiler Energie unabhängig zu werden. Ich glaube, die Gaskrise des heurigen Winters hat dieses Umdenken massiv beschleunigt.

Wir in Niederösterreich nehmen auch ein höheres Budgetdefizit in Kauf um den Arbeitsmarkt zu stützen. Ich glaube, das ist in Zeiten wie diesen notwendig. Die vier Konjunkturpakete nehmen die gewaltige Summe von 850 Millionen Euro in Anspruch.

Für das erste Unterstützungspaket für die Wirtschaft, das wir schon im November beschlossen haben, gibt es ja schon erste Evaluierungen. Und da zeigt sich, dass das neue Kreditsicherungsmodell für die Betriebe, mit dem man erstmals auch für Betriebsmittelkredite eine 50-prozentige Landeshaftung bekommen kann, sehr, sehr gut in Anspruch genommen wird. Und auch ein richtiges Mittel ist um hier zu unterstützen.

Wenn man auf die Zahlen des Wirtschafts- und Tourismusfonds blickt, so kann man sagen, es sind heuer mehr Anträge bewilligt worden. Hängt aber damit zusammen, dass halt viele Anträge noch nicht abgerechnet wurden. Generell ist die Zahl der Anträge zurückgegangen. Nona, die Wirtschaft verhält sich ganz einfach abwartend. Es fehlen vor allem die industriellen Förderanträge. Was aber sehr positiv ist, dass die Anträge in Forschung und Entwicklung gestiegen sind. Das ist wiederum ein Zeichen, dass auch die Wirtschaft jetzt die Möglich-

keit nutzt, neue Produkte einzuführen, Betriebsverbesserungen zu machen. Ich glaube, wir werden auch nach der Krise hoch entwickelte Betriebe mit guter Ausstattung brauchen um wieder ordentlich durchstarten zu können.

Ich glaube, sehr positiv vor allem für die klein- und mittelständischen Unternehmen. Und die brauchen jetzt in ganz besonderer Weise die Hilfe. Sie sind es nämlich, die die Mitarbeiter möglichst lange im Betrieb halten. Erst dann freisetzen wenn es gar nicht mehr geht. Sie sind nach wie vor jene, die die Mehrzahl der Lehrlinge ausbilden. Und wenn da auf Bundesebene jetzt angedacht wird, dass man im Bundesvergabegesetz den Schwellenwert für die Freivergabegrenzen von 40.000 Euro auf 100.000 anhebt, bei Bauvorhaben sogar auf 1 Million Euro, dann ist es ganz einfach leichter für Gebietskörperschaften, auf die örtliche Wirtschaft besser zugehen zu können. Es ist für KMUs dann leichter auch hier zu Aufträgen zu kommen.

Auch auf Landesebene haben der Herr Landeshauptmann und Frau Landesrätin Bohuslav eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sicherstellen soll, dass Bauvorhaben dort, wo öffentliche Mittel zum Einsatz kommen, es unbedingt gewerkmäßige Ausschreibungen geben soll. Es sollen möglichst wenig oder keine Generalunternehmerausschreibungen kommen, damit auch die Kleinen die Chance haben, sich an diesen Ausschreibungen zu beteiligen.

Vielleicht noch ein Blick auf die Beschäftigungssituation im Land. Die Arbeitslosenzahlen sind gestiegen und die Prognosen sagen uns gar nichts Gutes. Andererseits, wer gestern das „Wirtschaftsblatt“ gelesen hat, so sehe ich das schon ein bisschen als Licht am Ende des Tunnels, wenn der Generalsekretär der Industriellenvereinigung meint, dass dann im 4. Quartal des heurigen Jahres die Talsohle hoffentlich durchschritten sein sollte und es dann langsam 2010 wieder bergauf geht. Momentan haben wir in Niederösterreich 88 Betriebe mit 15.000 Mitarbeitern in Kurzarbeit. Diese Kurzarbeit wird manchmal schlecht geredet. Verstehen tu ich das zwar nicht. Denn besser Kurzarbeit als keine Arbeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie die Leute dort fragen, glaube ich, wird das so gesehen.

Es ist daher für mich absolut unverständlich, und ich kann es nur als Vorzeichen der kommenden Arbeiterkammerwahl sehen, dass die Gewerkschaft jetzt immer wieder bei den Sozialpartnereinigungen noch versucht, besondere Bedingungen herauszuverhandeln. Ich glaube, wir müssen jetzt alles tun um möglichst viele Menschen in Beschäf-

tigung zu halten. Und da ist es halt auch notwendig, dass man jetzt Kompromisse macht, die auch tragfähig sind. Denn für die Betriebe, meine Damen und Herren, ist die Kurzarbeit eine sehr teure Form der Beschäftigung. 100 Prozent der Lohn-Nebenkosten sind zu bezahlen. Klar bekommt ein Mitarbeiter auch um 10 bis 15 Prozent weniger, aber er hat eine Beschäftigung. Und die Betriebe machen das deshalb, wenn man mit den Unternehmern redet bestätigt das ein jeder, um die Mitarbeiter zu halten. Wenn es wieder aufwärts geht, wollen sie diese gut qualifizierten Mitarbeiter im Betrieb haben, weil sie sie ganz einfach brauchen. Und die werden nach der Krise auch wieder Mangelware sein.

Daher bitte da etwas mehr Zurückhaltung in manchen Bereichen. Ich glaube, dass eine Bildungskarenz eine sehr gute Möglichkeit ist, zu überbrücken. Für 12 Monate kann der Arbeitnehmer ein Schulungsprogramm absolvieren, er erhält Arbeitslosengeld, kann bis zur Geringfügigkeitsgrenze noch dazu verdienen und 50 Prozent der Ausbildungskosten werden zusätzlich noch vom Land übernommen. Für den Unternehmer fallen da nur 50 Prozent der Ausbildungskosten an. Der Mitarbeiter ist in Beschäftigung, ist nur karenziert, was ja psychologisch, glaube ich, auch ein sehr wichtiger Effekt ist. Damit haben beide was davon. Nach der Ausbildung hat der Betrieb einen besser qualifizierten Mitarbeiter und der Mitarbeiter hat für sich selbst auch etwas tun können.

Auch das Geld, und das wurde schon gesagt, für den territorialen Beschäftigungspakt ist aufgestockt worden. Ich glaube, das sind Programme, die in der Vergangenheit sehr gut funktioniert haben. Bei jugendlichen Arbeitslosen, bei Langzeitarbeitslosen und bei über 50-Jährigen. Ich glaube, das ist eine gute Möglichkeit, Mitarbeiter in einen Betrieb mit zu implementieren.

Ich glaube, es war gut und es war richtig, auf Bundesebene trotz der Nöte im Budget auch die Steuerreform so wie im Koalitionsabkommen vorgesehen, umzusetzen. Es bleibt mehr Geld in den Taschen der Menschen. Es bleibt mehr Geld für den Privatkonsum. Und es entlastet vor allem den Mittelstand.

Daher noch ein Wort. Es ist Gottseidank heute dieser Antrag der Grünen nicht durchgegangen. Jetzt von neuen Steuer zu sprechen, ist absolut kontraproduktiv und kann eigentlich nur als eine klassenkämpferische Ansage bezeichnet werden. Wir haben jetzt durch die Steuerreform versucht, den Mittelstand, die Leistungsträger in unserem Land zu entlasten. Dann kann nicht gleichzeitig

wiederum die Forderung kommen, jenen Mittelstand neu zu belasten. Weil wenn es da manches Mal heißt, die Reichen sollen mehr zahlen, dann ist das zwar sehr leicht hingesagt. Wirklich zum Handkuss wird wieder der Mittelstand kommen, wenn es dann eine Vermögenssteuer auf Betriebsvermögen, auf Eigenheime, auf Schrebergärten ... und die Häuslbauer, das werden jene sein, die dann letzten Endes über bleiben.

Daher, neue Steuern sind keine Antwort auf die Probleme. Ich glaube, jetzt brauchen wir ganz einfach mehr Vertrauenssicherung, tatkräftiges Anpacken. Wir müssen schauen, dass wir die Arbeitsplätze sichern und dass wir Leistung auch lohnenswert halten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Nowohradsky: Zu Wort gemeldet Herr Klubobmann Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Herr Präsident! Werte Frau Landesrätin! Werte Kollegen des Landtages!

Eigentlich bin ich jetzt erfreut, dass auch seitens des ÖVP-Klubs wieder sehr viele Mandatare hier sind. Denn zu Beginn der von der ÖVP eingebrachten Aktuelle Stunde war ja nicht einmal ein Drittel anwesend. Entweder es war wirklich am Debattenbeitrag von Kollegen Moser, dass alle fern geblieben sind oder es interessiert die ÖVP die eigene Aktuelle Stunde nicht. Und das ist bereits zum zweiten Mal. Sogar beim letzten Mal wie die ÖVP die Aktuelle Stunde eingebracht hat, hat sie selbst durch Abwesenheit gegläntzt. Also ich würde schon bitten, wenn man im Landtag eine Aktuelle Stunde einbringt, dann sollte man es schon ernst nehmen. Nicht nur irgendwie ... *(Abg. Moser: Bei uns wissen alle Bescheid! – Abg. Mayer: Das ist ja nicht dein Problem!)*

Das ist absolut nicht in Ordnung, ÖVP, und ihr könnte ja eh, bleibt da und geht später 'raus. Aber das gehört sich nicht, wenn man selber eine Aktuelle Stunde einbringt. Denn das zeigt nur vom Desinteresse des eigenen Themas. Soviel dazu. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Denn letztendlich ist es ja wichtig, über Steuerreform, Konjunkturpaket und vor allem Entlastung der Bürger und Sicherung der Arbeitsplätze zu diskutieren. *(Abg. Moser: Aber das hast richtig erkannt!)*

Von dir ist überhaupt nichts 'rausgekommen, darum waren deine Leute eh nicht da. Aber von dir bin ich es eh schon gewohnt, dass du lange redest und nichts sagst. Aber es geht ja letztendlich um viel mehr. Es geht darum, eine Aktuelle Stunde nicht dazu benützen, hier ein Thema zu positionieren, sondern darüber auch zu diskutieren. Und ehrlich

darüber zu diskutieren, was wirklich dahinter steckt. Wo hat das Land Niederösterreich selbst für Entlastungen unserer Bürger gesorgt? Wie weit hat sich das Land Niederösterreich erfolgreich durchgesetzt, Arbeitsplätze gesichert zu haben zusätzlich ins Leben gerufen zu haben?

Und wenn ich mir dann so einige Dinge anschau, bei den Entlastungen der Bürger. Es stimmt schon, dass im Konjunkturpaket Leitbetriebe unterstützt werden. Ja, Banken wurden unterstützt. Auch ja, wenn das Geld endlich weiter gegeben wird. Die Banken haben uns zwar auch nicht gefragt wie sie das Geld verspekuliert haben. Aber es fragt uns der Landesrat Sobotka auch nicht. Das sind wir schon gewohnt in dem Haus.

Letztendlich sollen auch die anderen Menschen in diesem Lande davon profitieren. Und wenn ich mir dann anschau, wo hat das Land Niederösterreich erfolgreich Entlastungen umgesetzt? Kollege Moser, Kollegin Hinterholzer, wo habt ihr heute aufgezählt? Sagt mir Maßnahmen, wo in Niederösterreich erfolgreich Bürger entlastet wurden durch diese Konjunkturpakete? Wo habt ihr es getan? Ich kann mich erinnern an Diskussionen im Landtag, wo ihr, die ÖVP, erfolgreich Entlastungen für die Bürger verhindert habt. Wo ihr im Ausschuss Anträge der SPÖ abgelehnt habt. Und wir werden heute noch einige debattieren, wo es zu Entlastungen der Bürger kommen könnte.

Das heißt, ihr schreibt zwar in einer Aktuellen Stunde Entlastung der Bürger, aber ihr tut es nicht. Kollege Moser hat null darüber gesagt. Kollegin Hinterholzer null darüber gesagt. Ihr habt aber auch nicht gesagt, wo ihr die Bürger belastet habt. Dass im Herbst bereits bei Gas und Strom ihr die Bürger belastet habt. Von dem habt ihr nicht gesprochen. Ihr habt das falsch geschrieben. Ihr hättet schreiben müssen richtigerweise, Belastungen der Bürger durch die ÖVP. Ihr habt da irgendwie ein bisschen einen Fehler drinnen. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. Moser: Wir reden nicht, wir handeln!)*

E-Control, fünf Tage ist es her, hat bestätigt, dass die Energieversorger viel zu viel eingehoben haben und noch immer einheben. Wir haben das diskutiert im Landtag, hier auf Grund unserer Initiative. Taube Ohren hat es gegeben von der ÖVP. Sie stehen auf Seite der Pröll-EVN und wollen die Bürger weiter abkassieren. Die Treibstoffe sind zu hoch. Die Pendler werden genötigt zu höheren Versicherungen. Was ist jetzt noch passiert? ÖVP, SPÖ beschließen, dass unter dem Deckmantel, dass man die Raser endlich entlarvt, die Bürger, die Pendler, wenn sie ein bisschen schneller fahren, 70 Euro zahlen sollen. Das sind eure Belastungen der

Bürger. Und von Entlastung ist keine Rede. Die ORF-Gebühren. Wo ist eine Entlastung? Belastung der Bürger! Kanal, Wasser wird in allen Gemeinden teurer, liebe ÖVP. Belastung, nicht Entlastung!

Und wenn es dann die Möglichkeit gibt zu debattieren darüber, und wir werden heute die Möglichkeit haben, bei der Wohnbauhilfe einen allgemeinen Zuschuss einzuführen, entlasten, was tut die ÖVP? Belasten! Ihr habt euch wirklich heute ordentlich verhaut. Ihr hättet „belasten“ schreiben müssen.

Und die Sicherung der Arbeitsplätze? Na die schaut bei euch so aus: Geld für die Banken und für die großen Konzerne. Und für die KMUs, liebe Kollegin Hinterholzer? *(Abg. Hinterholzer: Jetzt habe ich Ihnen gerade erklärt, dass es so nicht ist!)* Für die KMUs, das weißt du am besten, habt ihr nicht einen Pfifferling übrig. Ihr seid keine Partei der Klein- und Mittelbetriebe. Ihr seid eine Partei, die nur hinter den Banken, hinterm Raiffeisen-Giebelkreuz und hinter den Konzernen steht. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. Hinterholzer: Es ist sinnlos! Du verstehst es nicht!)*

Und Kollegin Hinterholzer, nachdem du immer schwer von Begriff bist und versuchst, nichts zu verstehen, werde ich dir jetzt ein Beispiel geben und hör bitte zu. *(Abg. Hinterholzer: Das ist eine Frechheit!)*

Zweiter Präsident Nowohradsky: Herr Klubobmann, „schwer von Begriff“ ist ein nicht zutreffender Ausdruck für einen Abgeordneten. Das nächste Mal erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Kollegin Hinterholzer! Wie die ÖVP und das Land Niederösterreich mit Klein- und Mittelbetrieben umgeht, werde ich dir jetzt anhand eines Beispiels aufzeigen.

Das Land Niederösterreich wickelt ... *(Abg. Mayer: Die Waldhäusl GmbH & Co. KG?)* Über das werden wir uns schon noch einmal unterhalten.

... wickelt über die Straßenbauabteilungen Baulose ab, wo Klein- und Mittelbetriebe anbieten und dann auch die Arbeit durchführen.

Jetzt steht in diesen Ausschreibungsunterlagen drinnen, und es gibt eine Anfrage von mir, dass die Betriebe oder der Betrieb, der den Zuschlag erhält, sich verpflichten muss, die Arbeitsleistung bis Ende Juli erfolgreich durchzuführen. Das heißt, von Lieferungen von Schottermaterial, alles was dazu gehört. Aber heuriges Jahr nur 10 Prozent der Kosten

bezahlt bekommt und 90 Prozent im Laufe des Jahres 2010. Kann im Frühjahr sein, kann im Herbst sein, kann Ende des Jahres sein. Jetzt erhält diese Firma den Zuschlag, kann aber dieses Geld natürlich nicht zwischenfinanzieren, weil sie nicht so viel Eigenkapital hat. Jetzt geht's zur Bank. Auch von der Bank bekommt sie dieses Geld nicht. *(Abg. Hinterholzer: Kalkulationsgrundlage ist das!)*

Daher, liebe Frau Hinterholzer, frage ich dich jetzt als diejenige, die sich immer für diese Klein- und Mittelbetriebe stark macht: Ist das deine/eure Wirtschaftspolitik, dass ihr bereits Klein- und Mittelbetriebe als Kreditgeber für die öffentliche Hand hernehmt? Ist das so? *(Abg. Hinterholzer: Nein! Das ist eine Kalkulationsgrundlage!)*

Stehst du hinter dieser Wirtschaftspolitik? Das ist schäbig! Du redest von kalkulieren. Jetzt sage ich dir was und das mach ich noch langsamer, vielleicht verstehst es dann. Da bieten auf diesem Sektor große Konzerne an und kleine Mittelbetriebe. Der große Konzern, hinter dem steht vielleicht eine große Bank. Der wird kein Problem haben, diese Finanzierungsfrage einzukalkulieren. Der kleine Betrieb aus der Region, der ja arbeiten sollte, genau dort vor Ort, wie du immer sagst, hat diese Möglichkeit nicht. Hinter dem steht nämlich keine Bank. *(Abg. Hinterholzer: Der kann das auch! Rede nicht alles so schlecht!)* Okay, abgeschlossen, du verstehst es nicht. Also meine Behauptung stimmt wirklich. Du kapiert es nicht.

Zweiter Präsident Nowohradsky: Herr Klubobmann! Ich ersuche um den Schlusssatz.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Und wie weit die ÖVP es wirklich ernst meint und wo sie wirklicherweise das Geld am liebsten ausgibt, das merkt man, wenn der Peter Turrini 600.000 Euro bekommt für einen Vorlass. Da merkt man, wo die ÖVP wirklich ihren Hebel ansetzt. Nämlich genau dort, wo man es nicht braucht. Das hilft nämlich keinem einzigen, außer dem Herrn Turrini. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Nowohradsky: Zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Schabl.

Abg. Schabl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Es obliegt natürlich der Freiheit des Abgeordneten, hier die Debattenbeiträge zu bringen. Nur, manchmal ist man schon froh, dass es nicht alle hören. Wenn ich mir denke, in welcher Situation wir uns gemeinsam befinden. Über die Ursachen wird noch viel diskutiert werden und muss auch noch

viel diskutiert werden. Aber wenn man analysiert, was hat tatsächlich so mancher Debattenbeitrag gebracht um uns weiter zu bringen, dann ist einiges entbehrlich.

Und ich denke mir, sich herzustellen und nur zu schimpfen wird zu wenig sein. Und ich denke mir, das hat gerade die sozialdemokratische Fraktion nicht getan. *(Abg. Waldhäusl: Genau darum seid ihr dort wo ihr seid!)* Herr Klubobmann! Du wirst es nicht verstehen, um mit deinen Worten zu sprechen, und du willst es auch nicht verstehen. Aber das macht nichts.

Ich glaube, entscheidend ist, wirklich jene politischen Kräfte in diesem Land jetzt zu bündeln die sagen jawohl, wir haben eine Situation, die es in dieser Heftigkeit, in dieser Internationalität so noch nicht gegeben hat. Jedenfalls in den letzten Jahrzehnten. Und jetzt müssen wir auch eine gemeinsame Anstrengung unternehmen um hier diese Herausforderung zu bewältigen. Es geht nicht darum, noch einmal, sich in Schuldzuweisungen zu ergehen. Es geht darum, was können wir und was sind wir bereit, in dieser Situation zu tun.

Und es hilft uns auch nichts, in die Kleinheit zu verfallen und zu sagen ja, in Wirklichkeit sind es nur die Klein- und Mittelbetriebe, die das retten können. Oder in Wirklichkeit ist es nur die Industrie. Es ist ein Gemeinsames! Jeder hat in dieser Wirtschaft eine wichtige Aufgabe und eine wichtige Funktion. Und wir müssen auch dementsprechend die Prioritäten setzen. *(Abg. Mag. Riedl: Alles korrekt! Aber es muss halten was wir mit euch ausmachen!)* Das gilt auch umgekehrt!

Ich habe natürlich deinen Worten gelauscht und sie waren schon hoch interessant, deine Ausführungen. Und so mancher ist Verlockungen ... Und das müssen wir gemeinsam auch sagen und das muss man ehrlich sagen: Man hat die Frage Auswirkungen der Finanzwirtschaft zu wenig kritisch hinterfragt. Und man hat gemeint, man kann nur im Bereich der Finanzindustrie und man kann nur im Bereich der Dienstleistung in Wirklichkeit sozusagen die Zukunft und den Wohlstand sicherstellen. Wie es sich herausgestellt hat, ist dem nicht so. Wir haben auch den Bereich der Produktionsindustrie in Wirklichkeit in vielen Bereichen sozusagen vernachlässigt. Und wir müssen auch wieder im Wirtschaften zu dieser gesunden Verhältnismäßigkeit zurückgreifen.

Sehr geehrte Damen und Herren, und vieles, was auch hier passiert ist, muss man sagen, die Gier ist ein Luder. Und man hat auch vielleicht zu wenig hinterfragt. Weil wer kann 20 Prozent oder

15 Prozent Ebit machen? Wer kann das? Ehrlich! So ist es. Das gibt's nicht.

Und alle die, die damals gegangen sind und gesagt haben, wir werden das sicherstellen, die gibt's jetzt nicht mehr oder sie sind nicht mehr da. Und wir haben sozusagen das aufzuräumen. Aber es geht jetzt nicht noch einmal darum, Schuldzuweisungen zu treffen. Es geht darum, zu sagen, jawohl, da stehen wir und dort wollen wir hin. Weil wir sind diejenigen, die Verantwortung tragen! Die Menschen vertrauen uns und wir müssen dieser Verantwortung auch gerecht werden. Und ich denke mir, dazu hat jeder seinen Beitrag zu leisten. Es ist richtig, dass Länder die Krise nicht allein bewältigen können. Aber es ist ein guter Beitrag, und das muss ich schon sagen, die Frage Bildungskarenz, 50 Prozent zum Beispiel.

Es gibt viele andere Beispiele auch dafür! Und es ist wichtig, auch zu sagen, nicht nur weil es eine andere Partei einbringt, ist es ein schlechterer Vorschlag. Sehr geehrte Damen und Herren! In der Debatte, es ist tatsächlich so, dass man den Finanzmärkten wahrscheinlich auch in diesem Haus zu viel vertraut hat. „Hat der alte Hexenmeister“, ihr kennt das, sich doch einmal weg begeben ... Das ist eine gefährliche Geschichte! Genau in den letzten Monaten hat es sich bewiesen, dass damals das Auswendig lernen von Gedichten vielleicht gar nicht so schlecht war. Denn dann hätte man vielleicht eine Situation anders eingeschätzt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Niederösterreich hat in gutem Glauben viel getan, auch in der Krisenbewältigung. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir nicht bereit sind, politisch ökonomisch vernetzt diese Herausforderung anzugehen, dann werden wir höchstwahrscheinlich über bleiben. Und das wollen wir nicht! Wir wollen diese Krise auch nützen.

Sehr geehrte Damen und Herren! In Wirklichkeit brauchen wir nicht zu glauben, und das wissen viele herinnen oder die meisten, dass wir jetzt schon durch sind. Im Gegenteil! Das Jahr 2009 und 2010 wird jetzt in Wirklichkeit noch eine große Herausforderung werden. Und vieles wird noch zu Tage kommen, wo wir gemeinsam sagen, wenn wir das auch noch gewusst hätten ... Und darum ist es so wichtig, jetzt an einem Strang zu ziehen, sehr geehrte Damen und Herren. Die Debatten in diesem Landtag müssen ein Ergebnis haben: Das Land weiter zu bringen. Den Menschen in diesem Land Perspektiven zu geben. Den Betrieben in diesem Land Rahmenbedingungen zu geben, dass sie eine Vorwärtsstrategie entwickeln können. Das ist wichtig.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, dass gerade die Frage der Finanzwirtschaft eine sein wird, die man wirklich neu überdenken und definieren muss. Weil es nicht sein kann, dass Betriebe, die gesund sind, in Wirklichkeit jetzt einen Marktwert haben eines Drittels sozusagen ihres tatsächlichen Betriebsvermögens. Das ist ein Wahnsinn! Das können wir nicht zulassen! *(Abg. Mag. Riedl: Sag das bitte dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Leitner!)*
Der hat das schon gesehen.

Sehr geehrter Herr Präsident! Wenn ich mir anschau und jetzt sage ich einmal parteiübergreifend, noch vor ein paar Jahren wie man ausgezogen ist und gesagt hat Cross Border Leasing müsst ihr machen und alle Gemeinden, die es nicht machen, deren Bürgermeister sind Hinterwäldler. *(Abg. Mag. Riedl: Haben wir nicht in Niederösterreich!)* Na servus! Da fällt mir gleich einiges ein. *(Abg. Mag. Riedl: Wo in Niederösterreich?)*
Ich habe gesagt, parteiübergreifend. Noch einmal.

Natürlich! Ja. Wir haben gut angelegt. Die Wiener haben gut investiert. Den Scherm haben wir alle miteinander auf. Und diejenigen, die es verursacht haben in Wirklichkeit, es ist ja so, dass alle ja, ich nehme ja nicht an, dass niemand in gutem Glauben gehandelt hat. Aber noch einmal: Wir müssen unser Verhältnis zu dem Finanzdienstleister wirklich gründlich überdenken. Wir müssen ihnen Spielraum geben, damit sozusagen die Realwirtschaft, die Menschen in diesem Land, nicht die Zeche zahlen.

Weil es ist nämlich jetzt so, dass wir das aufzuräumen haben. Und das wird verdammt hart werden. Und das wird noch eine geraume Zeit dauern, das gemeinsam zu schaffen.

Darum bitte ich Sie. Und ich denke mir, gerade Niederösterreich oder der NÖ Landtag hat sicher die Kraft, diesen Weg gemeinsam zu gehen. Nämlich zu sagen jawohl, wir befinden uns in einer schwierigen Situation. *(Abg. Mag. Riedl: Zusammenhalten!)*
Ärmel aufkrepeln, tun wir uns zusammenschließen, zusammenhalten heißt es. *(Beifall bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Das geht natürlich speziell an dich, dass wir gemeinsam diese Herausforderung angehen. Ihr seid die Meisten, ihr müsst sagen, jawohl, tun wir es! Wir können es uns nur wünschen. Wir wollen es offen und ehrlich. Ihr müsst die Bereitschaft dazu haben. Und dann werden wir gemeinsam, glaube ich, viel, viel erreichen können. Weil wir haben viele gute Leute in unseren Reihen, die diese Herausfor-

derung auch sehen und diese Herausforderung auch umsetzen können in einem so genannten Marshallplan für Niederösterreich. Glückauf! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zweiter Präsident Nowohradsky: Zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Mag. Wilfing.

Abg. Mag. Wilfing (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Landtages! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Abgeordneter Waldhäusl und auch der erste Redner der FPÖ, Ing. Huber, war verwundert, dass bei dieser Aktuellen Stunde nicht vom Beginn weg alle Mandatare der ÖVP anwesend waren. Wobei, das kann ich gleich zu Beginn sagen, jetzt ist wieder der Waldhäusl nicht da. An sich braucht man nicht verwundert sein. Die Aktuelle Stunde wurde nicht angesetzt um unsere Mandatare über all das, was an Steuerreform, Konjunkturpaketen gut ist, nach Niederösterreich bringen, zu erzählen. Wir wissen das. Sind bei den Menschen, erzählen das weiter. Ihr wisst es nicht! (*Beifall bei der ÖVP.*) Daher war wichtig diese Aktuelle Stunde zu machen. Um euch die Chance zu geben, euch ebenfalls mit diesen Inhalten auseinanderzusetzen und das mitzunehmen. Um eben in der Bevölkerung auch darüber zu sprechen.

Und lieber Kollege Huber! Heute ist schon einiges zitiert worden. Du hast gemeint, obwohl wir so viel Zeit gehabt hätten darüber zu reden bei eurer letzten Aktuellen Stunde, wo ihr die Unwissenheit feststellen konntet, die euch da prägt: Entscheidend ist nicht wie lange einer redet, sondern was er sagt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Na, endlich bist da, lieber Waldhäusl! Winston Churchill hat einmal gesagt, wenn ich drei Minuten rede, muss ich mich eine Stunde vorbereiten. Und wenn ich eine Stunde rede, brauch' ich nur drei Minuten. Ihr braucht oft nicht einmal die drei Minuten. Weil das was ihr sagt, kann sich keiner überlegt haben! (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Das ist hier entscheidend. Was mich heute da wirklich gestört hat war, das geht jetzt etwas an die SPÖ: Wir haben gerade vor kurzem gemeinsam im Nationalrat eine Steuerreform beschlossen. Heute ist von keinem eurer Kollegen auch nur ein Satz dazu gefallen. Als ob man sich mit der gar nicht identifizieren würde. Die FPÖ hat das Land nur schlecht geredet. Wenn man sich anschaut, wir haben trotz der schwierigen Zeiten in Niederösterreich über 550.000 Beschäftigte. Das heißt, zwar eine Spur weniger als im Vorjahr, aber immer noch

mehr zum Beispiel als im Jahr 2005. Und ihr redet so als ob es nur Ruinen gäbe. Weil da das eine Beispiel war: Natürlich ist Marchegg noch nicht erfolgreich. Und trotzdem bin ich überzeugt davon, dass es wichtig war, dort zu investieren. Denn die zwei nächst gelegenen Hauptstädte Europas, Wien und Bratislava, werden dort in Zukunft viele Chancen bieten werden die wir nützen werden. Davon bin ich felsenfest überzeugt.

Und damit das jetzt nicht nur einer von der ÖVP sagt: Ich rede bewusst vom 7. April dieses Jahres, nicht so lange her. Da schreibt Christoph Kotanko in seinem Leitartikel im „Kurier“: Niederösterreich hatte schlechte Perspektiven und machte viel daraus. Wer 20 Jahre nach der Wende übers Land fährt, sieht überall die Veränderung zum Besseren. Das einstige Agrarland hat sich wirtschaftlich hervorragend entwickelt. Daran hat die Landespolitik mit ihren klaren Vorgaben und Förderungen entscheidenden Anteil, namentlich die landeseigene Gesellschaft ECO PLUS. Das ist jetzt nur ein Beispiel aus berufenem Munde, das zeigt, dass nicht alles so schlecht ist wie ihr es darstellt.

Oder ein zweites Beispiel. Wenn hier in einer Studie des Managementklubs alle Bundesländer bewertet werden und zwar nach den Zahlen des AMS, nach den Zahlen der Wirtschaftskammer, nach den Zahlen der Statistik Austria, wo eben Beschäftigtenstand, Ausbildung usw. verglichen wird, und man kommt drauf, das beste Bundesland – nach dieser Wertung von diesem Klub – ist Oberösterreich. Das zweitbeste Bundesland sind wir, ist Niederösterreich! An dritter Stelle Vorarlberg. Jetzt sage ich einmal stolz dazu, alle drei von ÖVP-Landeshauptmännern geführt. An siebter Stelle ist die Steiermark, SPÖ-Landeshauptmann, an achter Stelle ist das Burgenland, SPÖ-Landeshauptmann, und neunter und letzter ist Kärnten. Und jetzt kann man sagen, na gut, der ist ja von der FPÖ. Der ist ja von euch weg gegangen, weil mit der Truppe kein Staat zu machen ist. Und er ist noch immer am letzten Platz. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Oder, jetzt könnte man auch das sagen, der Managementklub ist nicht berufen, ist nicht objektiv, von mir aus. Da gibt's etwas, und ich glaube, das ist jetzt wirklich etwas was unbestritten von allen anerkannt werden muss: Zum ersten Mal in der Geschichte der Zweiten Republik ist beim Durchschnittseinkommen unserer Bevölkerung über alle neun Bundesländer Niederösterreich mit 25.278 Euro an erster Stelle! (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich glaube, das sind Zahlen, die zeigen, dass hier vieles mit unseren Modellen Niederösterreichs auf den besten Weg gebracht wurde.

Und wenn jetzt ..., jetzt ist er wieder nicht da. Sagt es ihm nachher bitte oder er soll es im Protokoll nachlesen, der Kollege Waldhäusl. Wenn man dann sagt, es wurde kein einziger Satz gesagt, was dem Einzelnen zugute kommt. Bleiben wir bei dem Beispiel und darin bin ich mit Madeleine Petrovic ohne weiteres einer Meinung, dass wir natürlich darüber diskutieren können, dass wir auf dem ökonomischen Marktwirtschaftsweg uns noch verbessern. Und ich bin dabei dass wir im Bereich der Ökoreformen noch vieles unternehmen sollen. Aber gerade wir in Niederösterreich haben mit unserem Beschluss in der Landesregierung hier im Landtag genau auf diese thermische Sanierung gesetzt und damit etwas gemacht was genau dir ja zugute kommt. Wir wollen ja vorher schon diese Ressourcen schonen damit man Energie spart. Damit der Einzelne sein Geldbörsel weniger belasten muss.

Und wenn man jetzt noch anschaut, jetzt könnte ich 10 Beispiele vorrechnen. Aber bei Durchschnittshäusern, bei Durchschnittsinvestitionen erspart sich der Einzelne, wenn er einen Kredit aufnimmt, zirka 30.000 Euro auf 10 Jahre. Und wenn er direkt zahlbar annimmt, hier 17.850. Das heißt, im Schnitt ist das eine Direktzahlung an den Bürger von sagen wir einmal zirka 15.000 bis 20.000 Euro oder zirka 30.000 Euro auf 10 Jahre.

Entschuldigung! Wenn dir das nicht reicht, was willst denn noch haben? Oder, und jetzt rede einmal von der Steuerreform. Wir haben allein mit der Steuerreform die vor einem Monat zirka im Nationalrat beschlossen wurde, die rückwirkend mit 1. Jänner 2009 in Kraft tritt, allein schon einmal über 1.000 Euro ebenfalls steuerfrei gestellt, indem man in Zukunft bis zu 11.000 Euro keinen Cent Steuer mehr bezahlt. Das heißt, dass in Österreich, und die Zahlen muss man sich einmal vor Augen führen. Jemand, der brutto bis zu 1.216 Euro verdient, keine Steuer zahlt. Dass Pensionisten, die bis zu 1.055 Euro brutto bekommen, keinen Cent Steuer zahlen. (*Abg. Razborcan: Ist das jetzt gut oder schlecht?*)

Das ist gut! (*Abg. Razborcan: Warum ward ihr dann dagegen?*)

Nur wir stehen dazu, dass unser Finanzminister Pröll das eingebracht hat. Ihr habt es noch nicht einmal gesagt heute! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das Einzige was ihr gemacht habt ist, kaum wurde die Steuerreform beschlossen, habt ihr sie schlecht gemacht und gesagt, wir brauchen neue Vermögenssteuern. Statt dass wir den Leuten gesagt hätten, euch bleibt noch Geld über, habt ihr sofort neue Steuern gefordert. Das ist das was schlecht ist! (*Beifall bei der ÖVP. – Unruhe im Hörsaal.*)

Wir haben derzeit in Österreich damit 2,7 Millionen Menschen ...

Zweiter Präsident Nowohradsky: Herr Abgeordneter Mag. Wilfing ist am Wort. Ich ersuche um etwas mehr Ruhe im Sitzungssaal.

Abg. Mag. Wilfing (ÖVP): Wir haben damit in Österreich mittlerweile 2,7 Millionen Menschen, die keinen Cent Steuer zahlen. Das heißt, dass de facto fast schon, weil insgesamt gibt es 5,9 Millionen Steuerpflichtige, fast schon jeder Zweite keinen Cent Steuer zahlt.

Aus dem Grund ist uns wichtig, dass wir darüber reden. Dass wir das auch den Menschen sagen. Und dass wir damit auch die Wirtschaft ankurbeln. Dass wir damit Arbeitsplätze schaffen. Denn, und das ist auch wieder erwiesen, wenn man zirka 3 Milliarden Euro an Steuern in Zukunft einspart durch die Steuerreform, die Finanzminister Josef Pröll eingebracht hat und die dann mit eurer Zustimmung beschlossen wurde, wenn man das betrachtet, dann bleiben dem Einzelnen wieder im Schnitt 2.000, 3.000 Euro pro Jahr mehr über, die er in die Wirtschaft investieren kann. Die er für sich nutzen kann. Und die eben die Konjunktur anfeuern. Und die eben hier allen zugute kommen.

Und das, was ihr gemacht habt, war, dann darüber sofort zu reden, dass der, der privat Eigentum hat, was steuerlich Vermögen ist, dafür sofort wieder zahlen sollte. Und jetzt kann ich wieder zitieren, in dem Fall ist es vom 11. April. (*Zeigt Zeitungsausschnitt.*) Da schreibt Dr. Georg Weiland in der „Kronen Zeitung“, die nicht unbedingt SPÖ-feindlich in der letzten Zeit: Österreich sollte, wenn man eine Vermögenssteuer einführt - da spricht er eben von dem sehr erfolgreichen steirischen Landeshauptmann, der da an siebter Stelle liegt - da sagt man, Vermögen, meint aber Eigentum. Die Wohnung, das Haus, den Grund, den Schmuck, das Auto, den Teppich vom letzten Türkei-Urlaub. Das sollte besteuert werden. Dann wünsch' ich euch alles Gute auf dem Weg! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Während wir darüber nachdenken, wie wir Menschen entlasten wollt ihr belasten.

Eines wissen wir: Dass unsere Pakete sehr punktgenau und sehr direkt den Menschen in unserem Lande zugute kommen. Ob es hier darum geht, der Wirtschaft unter die Arme zu greifen. Ob es darum geht, den Menschen direkt unter die Arme zu greifen mit vielem: Lehrlingsaufnahmernetz erhöhen, „start up“-Programme. Mit vielen Maßnahmen, die direkt beim Menschen greifen, mit direkten Zuschüssen bei der thermischen Sanierung, bei der

Heizkesselaktion, bei der Objektförderung. Womit wir Maßnahmen gesetzt haben, die jetzt schon dafür Gewähr geben werden, dass wir zwar die Krise nicht sofort bewältigen können. Dass wir aber nach der Krise besser dastehen und erfolgreicher wirtschaften werden. In dem Sinn waren diese Maßnahmen die richtigen. Und aus dem Grund war es wichtig, lieber Herr Waldhäusl, auch dir das heute zu sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Nowohradsky: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit erkläre ich die Aktuelle Stunde zum Thema „Steuerreform und Konjunkturpakete des Landes Niederösterreich, Entlastung der Bürger, Sicherung der Arbeitsplätze und Erhöhung der Lebensqualität für beendet.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Ing. Schulz, die Verhandlung zu Ltg. 243/S-5/11 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Ing. Schulz (ÖVP): Geschätzte Herren Präsidenten! Mitglieder der Landesregierung! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 243/S-5/11.

Hier geht es um das Landespflegeheim Herzogenburg. Und zwar um den Neubau am gleichen Standort, in drei Bauphasen. Das Landespflegeheim Herzogenburg besteht derzeit aus zwei Heimen. Und zwar aus dem Martinsheim aus dem Baujahr 1898 mit 63 Pflegebetten und aus dem Seniorenwohnheim aus dem Jahre 1982 mit 52 Wohneinheiten.

Es wurde hier festgestellt, dass das Martinsheim nicht mehr den Bedürfnissen eines modernen Pflegeheimes, und zwar baulich und ausstattungs-mäßig, entspricht. Die Zimmer entsprechen nicht mehr den derzeitigen Qualitätsstandards, Sanitäreinheiten fehlen. Die Situation im Heim ist äußerst beengt usw. und so fort.

Durch die Pflegebettenanzahl von 63 lässt sich das Heim nicht optimal betriebswirtschaftlich führen. Daher eine Kapazitätserweiterung auf 108 Pflegebetten. Der Baubeirat hat in seinen Sitzungen vom Juni 2008 und vom März diesen Jahres den Neubau des Landespflegeheimes in drei Bauphasen einstimmig empfohlen. Und das Seniorenwohnheim wird nach Fertigstellung der Baumaßnahmen in eine Wohnhausanlage betreutes Wohnen umfunktioniert. Ich stelle daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landespflegeheim Herzogenburg, Neubau am gleichen Standort in 3 Bauphasen *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Neubau des Landespflegeheimes Herzogenburg wird mit Gesamtkosten von € 13.000.000,- exkl. USt. (Preisbasis Oktober 2005) genehmigt.

2. Finanzierung

Auf Basis des Mietvertrages mit der Land NÖ Immobilienverwaltungsgesellschaft m.b.H. errechnet sich nachstehende voraussichtliche jährliche Miete: exkl. USt. Neubau, jährliche Miete € 716.580,-.

3. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung des Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Geschätzter Herr Präsident! Ich bitte dich, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

Zweiter Präsident Nowohradsky: Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet Herr Abgeordneter Königsberger.

Abg. Königsberger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landesrätin! Hoher Landtag!

Zum Neubau Landespflegeheim Herzogenburg. Es wurde schon vom Berichterstatter gesagt, es geht um das Martinsheim, erbaut 1898, renoviert 1985. Dieses Heim entspricht naturgemäß nicht mehr den heutigen Bedürfnissen eines modernen Pflegeheimes. Es mangelt an notwendigen Sanitär-räumen. Es gibt eine sehr beengte räumliche Situation im Heim. Auch die Aufenthalts-, Therapie- und Nebenräume sind nur unzureichend vorhanden. Wirtschaftsräume fehlen und ebenso fehlen Kühl- und Lagerräume.

Vor allem aber entspricht die Fluchtwegsituation im Brand- oder im Katastrophenfall nicht mehr den heutigen Anforderungen und Vorgaben. Und gerade in so sensiblen Bereichen wie in der Evakuierung von bettlägerigen oder mobilitätsbeeinträchtigten Menschen ist es, denke ich, höchst an der Zeit, für sichere Standards zu sorgen. Es wurde ebenfalls schon erwähnt: Das Heim besteht aus zwei Abteilungen zu 36 und 27 Betten, insgesamt als 63. Und die Erweiterung auf 108 Pflegebetten ist natürlich hier positiv zu sehen und zu bewerten.

Es entsteht durch den Neubau auch eine Kapazitätserweiterung, eben, wie schon gesagt, um 45 Betten, eine betriebswirtschaftliche Optimierung.

Und es werden auch 12 Plätze für die Tagesbetreuung zur Verfügung stehen.

Das ebenfalls dort befindliche Seniorenwohnheim mit 52 Einheiten ist vom Umbau nicht betroffen. Wird nach Abschluss des Neubaus im Wege des Baurechtes an die Baugenossenschaft Alpenland übertragen und wird in eine Wohnhausanlage mit betreutem Wohnen nach den Richtlinien des Landes Niederösterreich umfunktioniert.

Meine Damen und Herren! Diese Aufstockung auf 45 Plätze ist, wie erwähnt, erfreulich und notwendig. Aber sie entspricht leider nur dem sprichwörtlichen Tropfen auf den heißen Stein, wenn man sich die Istsituation des Pflegebettenangebotes in Niederösterreich ansieht.

Ich darf Frau Landesrätin Mikl-Leitner, sie ist leider bei der Pflegedebatte 'rausgegangen, aus einer Anfrage zitieren vom Dezember des Vorjahres. Da schreibt sie: Es gibt derzeit in keinem Verwaltungsbezirk ein freies Pflegebett. Sie erwähnt dann noch eine durchschnittlich 98-prozentige Auslastung der Pflegeheime und die tunliche Vermeidung von Freistellungen aus wirtschaftlichen Überlegungen. Sie schreibt dann von einer Wartezeit bis zu sechs Monaten bei weniger dringenden Aufnahmen, stellt aber gleichzeitig fest, dass in Summe in Niederösterreich zirka 400 Personen – Stand Dezember – für eine eher dringende Heimaufnahme vorgemerkt sind. Und dies bei derzeit keinem freien Pflegebett.

Meine Damen und Herren! Da besteht für mich wirklich dringender Handlungsbedarf. Es herrscht für mich da Pflegenotstand in Niederösterreich. Und ich muss der Frau Landesrätin schon eines sagen: Die von ihr so oft und gern zitierte soziale Modellregion Niederösterreich, die zeigt sich hier von einer inhumanen und von einer garstigen Seite. Danke! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Nowohradsky: Zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Onodi.

Abg. Onodi (SPÖ): Werte Präsidenten! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir freuen uns natürlich im Bezirk St. Pölten, aber auch in der Stadt Herzogenburg über den Neubau des Pflegeheimes. Es ist ein Anliegen das schon sehr lange besteht. Ursprünglich hat man überlegt, ob man dieses Pflegeheim noch umbauen kann. Aber dann ist man eben zu dem Entschluss gekommen, dieses Pflegeheim neu zu bauen. Die Gesamtkosten werden in etwa 13 Millionen Euro betragen. Ein erklecklicher Anteil, aber ich denke,

gerade für die Versorgung unserer älteren Menschen besonders wichtig.

Wir haben ja in letzter Zeit auch das Ausbauprogramm für die Pflegeheime und Seniorenwohnheime geändert. Und ich denke, dass wir insgesamt, Frau Landesrätin, damit dann auch auf dem richtigen Weg sind. Wobei wir alle gemeinsam zu der Überzeugung gekommen sind, dass die Kapazität entsprechend weiter ausgebaut werden soll.

Wesentlich bei diesem Neubau ist sicherlich die Erhöhung der Kapazität der Pflegebetten um 45. Wobei es sicherlich auch in der Nähe von Herzogenburg, in St. Andrä, ein Pflegeheim der Stadt Wien gibt, aber die Niederösterreicher und Niederösterreicherinnen vor allem in Herzogenburg im Pflegeheim eine entsprechende Betreuung finden.

Für die Stadt selber und für die Region bedeutet das aber auch Arbeitsplätze, die für uns besonders wichtig sind, gerade im Gesundheitsbereich. Wesentlich ist auch, dass es hier zu drei Pflegestationen kommt mit jeweils 36 Betten sowie aber Aufenthalts- und Ruhebereiche. Das heißt also, nach dem neuesten Erkenntnis für die Betreuung der älteren Menschen wird hier eine gute Qualität geschaffen. Auch, und das freut mich besonders, dass es hier eine Möglichkeit gibt für 12 Tagesbetreuungsplätze.

Weiters soll es so sein, dass jede Station in drei kleinere Bereiche unterteilt ist um damit auch eine Wohngruppenpflege zu ermöglichen. Das heißt, dass hier die Menschen die Möglichkeit haben, in einer Wohnsituation entsprechend zu leben. Es hat hier auch Verhandlungen gegeben zwischen dem Land Niederösterreich und der Stadt Herzogenburg. Da ist es um eine Verbreiterung der Einfahrt gegangen. Das sind gute Wege, dass es hier auch für Einsatzkräfte eine bessere Zufahrt gibt. Auch später, für entsprechende Materialversorgung bzw. wenn auch eine höhere Frequenz der Besucher und Besucherinnen zu verzeichnen ist.

Derzeit ist es so, dass wir in den Landesheimen rund 5.700 Plätze haben und in den Privatheimen 2.500 Plätze. Von Experten wird uns vorausgesagt, dass wir in nächster Zeit, in den nächsten Jahren zumindest, 10.000 Plätze brauchen werden. Das ist notwendig und daher werden wir sicherlich alles tun um das auch zu unterstützen. Weil wir diesem steigenden Bedarf auch nachkommen wollen.

Ein weiteres Anliegen ist die Verbesserung der Tagesbetreuungseinrichtungen, dem, wie hier in Herzogenburg schon zum Teil auch Rechnung

getragen wird. Weil es eben einen zunehmenden Bedarf gibt bei älteren Menschen, wo sie am Tag eine Betreuung brauchen, am Abend wieder zu Hause sind. Und damit ist auch eine Entlastung der pflegenden Angehörigen gegeben, aber auch sicher für die älteren Menschen ein entsprechendes Angebot. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Nowohradsky: Zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. Michalitsch (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ein Tag der Freude für die Stadt Herzogenburg, das ist schon gesagt worden. Ein Tag der Freude für die ganze Region in St. Pölten. Ein neues Pflegeheim. Wir setzen heute den ultimativen Schritt hier im Landtag im Rahmen des Ausbauprogramms. Wir haben 13 Millionen Euro freigegeben, damit wir in Herzogenburg an einem guten Standort ein neues Haus bekommen.

Ich kenn dieses Haus sehr, sehr gut, weil dieses Haus ein offenes Haus ist, wo man jederzeit hingehen kann, wo sehr viele Aktivitäten sind, Feste. Wo auch die Bevölkerung gern hingehet, wo Freiwillige hineingehen. Und das irgendwo zeigt, welchen Standard wir in sozialen Dingen im Land Niederösterreich erreicht haben. Das Heim, das nach der Generalsanierung 1985 das Beste im Bezirk war von der ganzen Substanz her, jetzt nach einem neuen Heim in Wilhelmsburg, einem neuen in St. Pölten, in Kirchstetten, in Maria Anzbach und in St. Pölten - wir haben also unglaublich viele neue Heime um diese Bedarfe abzudecken - jetzt das, was vor nicht allzu langer Zeit das Beste war, ist jetzt baulich wirklich dran. Und wir haben diesen Beschluss und haben eine ganz intensive Planungsphase. Und ich glaube, ein paar Entscheidungen sind hervorzuheben.

Das eine ist, dass das am Standort bleibt. Es gab ja auch Überlegungen, das auf die grüne Wiese zu stellen. Das wäre vielleicht sogar ein bisschen günstiger gewesen. Hier sind jetzt drei Bauetappen am gleichen Standort, ein Neubau. Also eine technische Herausforderung. Und ganz sicher auch für die Mitarbeiter eine Herausforderung, in diesem Umbau mitten drin die Pflege fortzuführen. Ich glaube, dass das aber trotzdem eine richtige Entscheidung ist, weil diese Nähe zur Stadt, zur ganzen Region, am gewohnten Ort, dass die mit dabei sind und nicht irgendwo abgeschoben am Rand. Das ist, glaube ich, eine ganz wesentliche Entscheidung. Da möchte ich allen Verantwor-

tungsträgern, voran der Frau Landesrätin, dem Hofrat Huber, aber dem ganzen Team im Land, einmal herzlich danken, dass das so möglich war.

Wir haben diese Planungsphase sehr intensiv auch mit den Mitarbeitern diskutiert. Ich habe das persönlich gemacht in den Abteilungen. Und ich glaube, dass die Mitarbeiter in einem Heim, das eben nicht mehr am letzten Stand ist, unseren besonderen Respekt verdienen. Weil sie das, was baulich nicht so einfach war, einfach durch ihr Engagement aufgewogen haben. Und ich möchte hier ein ganz ausdrückliches und herzliches Dankeschön sagen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist eine Phase, die man als verantwortliches Team im Haus nicht jedes Jahr hat. Ich möchte den Walter Freinberger, freut mich, dass er auch hier ist als Heimleiter, besonders nennen, seinen Stellvertreter den Bruno Suchanek, die Pflegedienstleitung, Frau Angela Eisenreich, Franz Andre. Es gibt eine Küche mit zwei Kesseln. Das ist auch Qualität vor Ort möchte ich nennen. Und auch die Betriebsrätin, Gabriele Gepl. Tolles Team! Herzlichen Dank und Glückwunsch zum neuen Haus! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, dass wir damit wirklich einen wesentlichen Schritt setzen in der Region. Wir wissen, nach dem was auch die Kollegen ausgeführt haben, dass das nicht der letzte Schritt sein wird. Aber dass mit dem betreuten Wohnen auch in Herzogenburg sozusagen die Philosophie, auch Zwischenstufen anzubieten, erfolgreich beschritten wird. Und wir haben ja auch ein Bauprogramm, das auch in Zukunft uns weitere Schritte ermöglichen wird. Ich kann Ihnen versichern, wir arbeiten schon dran.

Abschließend möchte ich sagen, was wir heute in der ersten Aktuellen Stunde diskutiert haben, dass die soziale Modellregion Geld braucht, hier haben wir ein Beispiel. Diese Ausschüttungen aus der Wohnbauveranlagung, die kommen hier zum Tragen damit wir ein konkretes Projekt machen für das sich hoffentlich alle aussprechen werden. Es gibt hier im Saal ganz sicher auch SPÖ-Bürgermeister, die ein neues Pflegeheim wollen und bekommen sollen. Und ich bitte Sie, das auch bei künftigen Debatten zu bedenken. Dass man nicht nur mit Freude das Geld für sinnvolle Projekte ausgeben kann, sondern dass man auch immer schauen muss, dass man es hat. In diesem Sinn werden wir dieser Vorlage sehr gerne und mit großer Überzeugung unsere Zustimmung geben. Danke! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Nowohradsky: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Ing. Schulz (ÖVP): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Nowohradsky: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 243/S-5/11:)* Ich stelle Einstimmigkeit fest.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Findeis, die Verhandlungen zu Ltg.239/A-2/9 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Findeis (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich berichte zum Antrag Ltg.239/A-2/9 betreffend Einführung einer „allgemeinen“ Wohnbeihilfe.

Auftragsverluste, Insolvenz, Kurzarbeit, die Konjunkturflaute schlägt sich nun voll auf den österreichischen Arbeitsmarkt durch. Die zu befürchtenden Entlassungen und die damit verbundene steigende Arbeitslosigkeit sind unweigerlich mit finanziellen Konsequenzen der Betroffenen verbunden.

Immer mehr Menschen müssen sich sorgen, mit dem was sie verdienen bis zum Monatsende ein Auslangen zu finden. Fast jeder zweite Niederösterreicher gibt an, den Gürtel enger schnallen zu müssen. Gespart wird besonders dort, wo dies ohne größere Einschränkungen geht. Bei Lebensmitteln wird mehr auf den Preis geachtet. Eingekauft wird beim Diskontmarkt und es wird versucht, im Haushalt Energie zu sparen.

Doch leider gibt es auch Menschen, die mit ihrem monatlichen Einkommen nicht einmal ihre elementaren Grundbedürfnisse befriedigen können. Wohnen ist für jeden Menschen ein solches elementares Grundbedürfnis. Der Verlust der Wohnung ist oft gleich bedeutend mit dem totalen sozialen Absturz. Und die Einführung einer allgemeinen Wohnbeihilfe durch das Land Niederösterreich, welche auch an Mieterinnen und Mieter nicht geförderter Wohnungen mit geringem Einkommen ausbezahlt wird, würde eine enorme Entlastung für die Betroffenen wie zum Beispiel Mindestpensionistinnen, Mindestpensionisten, Alleinverdiener, Alleinverdienerinnen und kinderreichen Familien klarstellen. Unter Berücksichtigung der Kriterien, dass die Wohnungsaufwandsbelastung nach dem verbögürhten Mietvertrag ohne Betriebskosten bemessen wird, der Förderungswerber Hauptmieter sein

muss und kein Mietverhältnis mit einer nahe stehenden Person stehen darf, der anrechenbare Wohnungsaufwand, Hauptmietzins inklusive Mehrwertsteuer pro Quadratmeter nicht höher als 7 Euro sein darf, die Obergrenze der Wohnbauhilfe maximal 3,50 Euro pro Quadratmeter Nutzfläche betragen darf, der Zuschuss höchstens 200 Euro im Monat betragen soll ist gewährleistet, dass eine Wohnbeihilfe für nicht geförderte Wohnungen sowohl wirtschaftlich als auch sozial treffsicher ist.

Diese Ausweitungen der NÖ Wohnbauhilfe würde für die Menschen mit geringem Einkommen Wohnen leistbar machen und Delogierungen verhindern. In sechs von neun Bundesländern gibt es bereits derartige Modelle.

Daher sollte gerade Niederösterreich als soziale Modellregion in diesem Punkt nicht hinterher hinken und diesen wirksamen Schritt zur Armutsbekämpfung setzen. Ich stelle daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag wird abgelehnt.“

Herr Präsident! Ich ersuche Sie, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

Zweiter Präsident Nowohradsky: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Enzinger.

(Dritter Präsident Rosenmaier übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Enzinger MSc (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident!

Leider bleibt auch Niederösterreich nicht von der Krise verschont. Es verlieren auch in Niederösterreich Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher ihren Arbeitsplatz. Viele müssen vorübergehend in Teilzeit oder Kurzzeit gehen, Jugendliche finden keinen Arbeitsplatz. Gottseidank gibt es dazu bereits Programme und Überlegungen des Landes um die drohenden Auswirkungen abzufedern.

Über die Prioritätensetzung und Maßnahmen der Umverteilung kann man auch diskutieren. Nichts desto Trotz wird uns das Thema Arbeitslosigkeit, Wohnraumbeschaffung, Sozialhilfe, Wohnbauhilfe, Armut die nächsten Monate und Jahre stark beschäftigen.

Wir sollten uns daher alle Vorschläge genau ansehen und auch durchrechnen lassen und nicht gleich kategorisch von vornherein ablehnen, weil etwas nicht von der Regierungspartei kommt.

Wir Grüne und die SPÖ hatten in der letzten Landtagssitzung einen Antrag zur Erhöhung der Nettoersatzrate, des Nettolohnes von 55 Prozent auf 60 Prozent eingebracht. Wie wir wissen, wenn jemand 2.000 Euro brutto verdient, dann hat er netto 893 Euro Arbeitslosengeld. Das ist im EU-Schnitt an der untersten Schwelle. Leider wurde auch dieser Antrag von der niederösterreichischen ÖVP abgelehnt.

Man muss sich selbstverständlich auch andere Maßnahmen überlegen, damit Menschen, wenn sie durch die Krise in Teilzeit- oder Kurzarbeit gehen und daher auch ihren Job verlieren und ihren Wohnraum nicht mehr halten können, ihren Lebensstandard nicht mehr halten können, dass sie weiterhin sozial integriert bleiben. Denn bei Armutgefährdung besteht die Gefahr der sozialen Spaltung. Wir reden hier über eine allgemeine Wohnbauförderung. Und das Wohnen zählt neben der Nahrung, neben der Kleidung zu den elementarsten Voraussetzungen der sozialen Eingliederung und wird auch von der Bevölkerung als absolute Notwendigkeit für den Mindestlebensstandard bewertet.

Wohnprobleme sind oft das Resultat von unverschuldeter Arbeitslosigkeit. Und zu sagen in Niederösterreich, wir helfen allen oder wer Hilfe braucht, der wird bei uns nicht allein gelassen, ist zwar schön. Ich weiß allerdings nicht, ob Menschen, die oft unvermutet ihre Arbeit verlieren oder in Notsituationen kommen, dann auch den Weg finden und wissen, wo sie Beratung haben können und wo sie sich hinwenden müssen.

Viele warten auch viel zu lange weil sie sich denken, das schaffen wir alleine, bis es dann zu spät ist. Es gibt die Schuldnerberatung und deren jährlicher Bericht ist nicht gerade rosig.

Ich möchte hier an dieser Stelle an den Sozialbericht von Niederösterreich verweisen aus dem Jahre 2007. Und ich habe damals bei der Sitzung schon gesagt, dass er für mich viel zu wenig informativ ist. Wie viele Menschen bekommen jetzt Wohnbeihilfe? Wie viele Menschen sind an der Grenze, und wie viele schaffen gerade nicht den Antrag zur Wohnbeihilfe, weil sie darüber liegen?

Ich möchte ein Zitat aus dem NÖ Sozialbericht vorlesen, weil es mir gut gefällt. Leider ist von den zuständigen Landesrätinnen kein Vorwort im Sozi-

albericht drinnen. Der Herr Landeshauptmann hat gesagt: Wir nutzen die Chance des Wandels und kennen auch die Schattenseiten und reduzieren die Risiken. Meine Interpretation ist: Wir nutzen jetzt den Wandel, damit wir dann, wenn es schlimm wird, schon abgefedert haben und die Risiken schon gut kennen.

Daher werden wir den Antrag der SPÖ unterstützen. Danke fürs Zuhören! (*Beifall bei den Grünen.*)

Dritter Präsident Rosenmaier: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Tauchner.

Abg. Tauchner (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wohnungslosigkeit kommt uns alle teuer zu stehen. Denn die Versorgung und Reintegration von wohnungslosen Menschen kostet viel Geld. In Form von menschlichem Leid bezahlen aber vor allem die betroffenen Niederösterreicher selbst diese Zeche. Deshalb meinen wir von der FPÖ Niederösterreich: Vorbeugen ist besser als Heilen.

Immer mehr Menschen in Niederösterreich kommen mit ihrem Einkommen nicht mehr aus. Immer mehr Menschen in unserem Bundesland können nicht einmal mehr das elementare Grundbedürfnis Wohnen befriedigen. Der Verlust der Wohnung ist aber auch oft gleich bedeutend mit dem totalen sozialen Absturz. Die Folgekosten dafür werden wieder der Allgemeinheit, sprich dem Steuerzahler, aufgebürdet.

Die Einführung einer allgemeinen Wohnbeihilfe, wie sie bereits sechs Bundesländer, darunter Wien, Steiermark und Kärnten, praktizieren, soll dazu beitragen, eine Ungerechtigkeit zu beseitigen, die zu Recht aufgezeigt wurde. Nämlich zwischen Menschen im geförderten und im nicht geförderten Bereich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ungerechtigkeit ist die, dass Mitbürger, die beim bereits geförderten Wohnbau oder mit Förderungen sanierten Wohnbau eine Wohnbeihilfe, also eine Förderung noch einmal bekommen, alle anderen in Privathäusern jedoch nicht. Daher sollte man bei der Gewichtung von sozialer Ungerechtigkeit einmal die ersten wichtigen Schritte tun und endlich Gerechtigkeit walten lassen.

Wohnungslosigkeit hat viele Ursachen. Eines spielt aber fast immer eine zentrale Rolle. Das Auseinanderklaffen von verfügbarem Einkommen und den Ausgaben fürs Wohnen. Diese sind auch

in Niederösterreich in den letzten Jahrzehnten massiv gestiegen. Das stellt gerade für jene, die ein niedriges Einkommen haben, zunehmend ein Problem dar, zu dessen Lösung eine allgemeine Wohnbeihilfe beitragen könnte.

Für einkommensschwache Haushalte braucht es Wohnbeihilfen auf Basis von Rechtsansprüchen, die die Wohnkosten berücksichtigen und auf realistischen Kostenannahmen beruhen. Die Einführung einer allgemeinen Wohnbeihilfe durch das Land Niederösterreich, welche auch an Mieterinnen und Mieter nicht geförderter Wohnungen mit geringem Einkommen ausbezahlt wird, würde eine enorme Entlastung für die Betroffenen, wie zum Beispiel Mindestpensionisten, Alleinverdiener und kinderreiche Familien darstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Deshalb werden wir den Antrag der SPÖ gerne unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Präsident Rosenmaier: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Razborcan.

Abg. Razborcan (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Von meinen Vorrednern, den Kollegen Enzinger und Tauchner wurde die Thematik ziemlich gut beleuchtet. Ich glaube, sie haben sehr gut aufgezeigt, warum diese allgemeine Wohnbeihilfe notwendig ist.

Lieber Kollege Schuster von der ÖVP! Wenn ich dann in einer Presseaussendung lesen muss, dass hier mit einem Gießkannenprinzip über die Menschen drüber gegossen wird, dann kann ich das nicht nachvollziehen. Seit diese Thematik auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung steht, haben sich sehr viele Vereine mittels Mails, mittels Telefonaten bei uns gemeldet und haben auch Beispiele aufgezeigt. Diese Beispiele sind nicht erfunden, da stecken Menschen, da stecken Schicksale dahinter. Und gerade um diese Menschen geht es.

Und, lieber Kollege Schuster, den Menschen werden wir einfach dann auch mitteilen, wie die ÖVP in dieser Thematik denkt. Ich glaube, und das ist wirklich nicht nachzuvollziehen, dass jene Menschen, die in einer geförderten Wohnung leben, sozusagen eine Förderung beziehen, zusätzlich eine Förderung bekommen können, andere Menschen aber diese Förderung nicht in Anspruch nehmen können. Beispiele kann ich dir, lieber Kollege, zuhauf geben. Du kannst es anschauen. Am besten vielleicht überhaupt zusammen setzen ein-

mal mit den Beratungsstellen, der BEWOG, der ARGE Wohnen, der Beratungsstelle Wohnungssicherung Niederösterreich Süd und so weiter und so fort.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sechs andere Bundesländer haben diese Ungerechtigkeit bereits erkannt und haben darauf reagiert. Und es gibt diese allgemeine Wohnbeihilfe unter anderem auch in Oberösterreich. Das ist auch ein ÖVP-dominiertes Bundesland. Das gibt's nur nicht in Vorarlberg, in Tirol und in Niederösterreich. Und wenn wir in Niederösterreich schon immer reden von einer sozialen Modellregion, dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, wäre es doch an der Zeit, dass man diese Haltung ein bisschen überdenkt.

Und ich darf Sie wirklich ersuchen, wenn seitens der Sozialdemokratie irgendwas kommt, nicht immer reflexartig sofort nein zu sagen, sondern darüber nachzudenken, weil da stecken wirklich Menschen dahinter. Und wenn Sie dem Antrag nicht zustimmen und dieser allgemeinen Wohnbeihilfe nicht die Zustimmung geben, dann werden Menschen im Regen stehen gelassen. Und das kann, glaube ich, nicht im Sinne der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher und der Politik im NÖ Landtag sein.

Daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, ersuche ich Sie stellvertretend für alle Menschen in Niederösterreich, die diese Beihilfe brauchen, für eine allgemeine Wohnbeihilfe zu stimmen. Danke! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Rosenmaier: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Schuster.

Abg. Schuster (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages!

Es ist von meinen Vorrednern schon einiges gesagt worden. Ich glaube, in einem sind wir uns alle einig. Es geht hier um Menschen, es geht um Schicksale und es geht auch darum, dass das Grundbedürfnis Wohnen sicherlich zu jenen Bedürfnisbereichen gehört, die gerade in Zeiten einer Wirtschaftskrise, wo es wirklich für viele Bevölkerungsgruppen schwieriger wird, sehr ernst zu nehmen sind. Und ich möchte schon zumindest für mich persönlich auch in Anspruch nehmen, dass mir – weil da so ein bisschen Publikum ist – die Schicksale, die Einzelschicksale sicherlich alles andere als egal sind. *(Abg. Razborcan: Kennst du die Presseaussendung?)*

Ich kenne die Presseaussendung.

Aber ich glaube, dass es sehr wohl so ist, dass man es nicht auf Grund einer Verkürzung, die vielleicht dort oder da da ist, sich jetzt irgendjemand ... Ich behaupte ja nicht, dass irgendeine andere Fraktion hier in diese Richtung denkt. Ich glaube aber, dass in Niederösterreich ein sehr erfolgreicher Weg, gerade was das Thema Wohnen betrifft, eingeschlagen wurde. Und dass es eben nicht so ist, dass hier ein Großteil der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher im Regen stehen gelassen wird. Sondern dass wir gerade, was den sozialen Wohnbau betrifft und gerade, was die Wohnbauförderung betrifft, in Niederösterreich sehr beispielhaft in den letzten Jahren und Jahrzehnten vorgegangen sind.

Rund 8.500 Förderungen pro Jahr, die in diesem Bereich in Niederösterreich zur Anwendung kommen führen auch dazu, dass wir in Niederösterreich mit 5,60 Euro pro Quadratmeter eher am unteren Ende der Mietkosten auch im privaten Bereich bei Mietwohnungen stehen. Da gibt's natürlich in Niederösterreich lokal, geografisch bedingt und auch sehr, sehr große Unterschiede. Das muss man auch berücksichtigen. Und ich glaube, da ist uns die NÖ Wohnbauförderung an und für sich ein sehr gutes Element. Weil sie nämlich in fast allen Gemeinden Niederösterreichs dazu führt, dass in einem hohen Ausmaß auch geförderte Wohnungen angeboten werden können.

Ich möchte aber schon auf eines noch hinweisen. Es gibt natürlich sehr wohl auch in Niederösterreich die Instrumente der Wohnhilfe, der Wohnassistenz und auch natürlich mit zahlreichen privaten Initiativen auch auf Gemeindeebene. Unbestritten am meisten hervorzuhebenden wäre hier der Verein „Wohnen“, der hier wirklich in Delogierungsprävention und in vielen anderen Bereichen ganz großartige Leistung bietet. Gerade auch hier in der Landeshauptstadt St. Pölten über viele Jahre wirklich auch sehr, sehr vielen Einzelpersonen und Familien auch schon helfen konnte. Ich glaube auch, dass wir in Niederösterreich, wenn wir flächendeckend denken, gerade auch im Bereich des Eigenheims, die alle auch in ihrer Situation Anspruch auf Wohnbeihilfe haben und wo 90 Prozent der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher hier in diesen Eigenheimen auch wohnhaft sind, dass wir mit unserer Wohnbeihilfe sehr punktgenau unterwegs sind. Ich glaube auch, dass wir Niederösterreich nicht 1:1 mit anderen Bundesländern vergleichen können. Und deshalb auch bei uns einfach die Situation, in der wir uns befinden. Und das gibt uns ja Recht, auch die Erfolge im sozialen Wohnbau, dass wir hier an und für sich sehr, sehr gut unterwegs sind.

Ich nehme aber das Angebot sehr, sehr gerne an, mich auch im Detail mit den Beratungsinstitutionen zu informieren. Es würde mich wirklich interessieren. Weil ich glaube, das ist Eine von dir völlig richtig erkannt ist: Weil auch von diesen Beratungsstellen wahrscheinlich Einzelschicksale zu erfahren sind, die man vielleicht hier jetzt in diesem Gremium so nicht diskutieren kann. Aber das nehme ich sehr, sehr gerne auf. Ich werde das gerne mir auch persönlich anschauen, ob nicht wirklich, und davon bin ich fast überzeugt, mit den bestehenden Modellen dort oder da Abhilfe geschaffen werden könnte.

Wie es der Kollege Tauchner gesagt hat, Vorbeugen ist besser als Heilen, das stimmt. Ich glaube, das ist auch die Strategie, die gerade im Wohnbau in Niederösterreich in den letzten Jahren eben auch den Erfolg ausgemacht hat. In dem Sinn glaube ich, dass wir insgesamt sehr, sehr gut unterwegs sind in diesem Bereich. Dass wir gerade im Bereich des Wohnbaus wirklich Vorsorge getroffen haben. Dass auch dann, wenn einzelne Familien oder auch einzelne Personen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, dass wir auch gerade dann hier wirklich Angebote machen können, an die andere Bundesländer vielleicht trotz einer allgemeinen Wohnbeihilfe gar nicht denken können.

In dem Sinn sind auch die Beratungen im Ausschuss gelaufen. Und das ist eigentlich auch die Begründung, warum die NÖ Volkspartei diesem Antrag in dieser Form hier nicht zustimmen konnte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Rosenmaier: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Findeis (SPÖ): Ich verzichte!

Dritter Präsident Rosenmaier: Er verzichtet darauf. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 239/A-2/9:)* Mit den Stimmen der ÖVP angenommen. Danke!

Nun ersuche ich Herrn Abgeordneten Kernstock, die Verhandlung zu Ltg. 240/A-2/10 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Kernstock (SPÖ): Werter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Hoher Landtag! Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Kadenbach, Onodi, Kernstock, Schabl, Antoni, Cerwenka, Dworak, Findeis, Gartner, Ing.

Gratzer, Jahrmann, Mag. Leichtfried, Razborcan, Mag. Renner und Rosenmaier betreffend Änderung der Richtlinien des NÖ Heizkostenzuschusses.

Das Land Niederösterreich gewährt einen Heizkostenzuschuss an sozial bedürftige Personen schon seit vielen Jahren, welche die entsprechenden Richtlinien und Kriterien erfüllen. Die Richtlinien sind die jeweiligen Ausgleichszulagenrichtsätze für alleinstehende Personen mit monatlich 772,40 Euro und für Verheiratete 1.158,08.

Es gibt aber Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, die diesen Ausgleichszulagenrichtsatz nur knapp überschreiten. Betroffen sind vor allem Mindestpensionistinnen und alleinerziehende Elternteile. Die können den Heizkostenzuschuss leider nicht in Anspruch nehmen.

Um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, wäre es zweckmäßig, eine Einschleifregelung und eine Erhöhung für Einkommensgrenze betreffend des NÖ Heizkostenzuschusses einzuführen. Der Antrag des Sozial-Ausschusses lautet daher (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag wird abgelehnt.“

Ich ersuche Sie, Herr Präsident, die Debatte einzuleiten und danach die Abstimmung abzuführen.

Dritter Präsident Rosenmaier: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Enzinger.

Abg. Enzinger MSc (Grüne): Herr Präsident! Hohes Haus!

Beim vorigen Tagesordnungspunkt wurde schon ausführlich über die aktuelle wirtschaftliche Situation gesprochen und auch auf die finanzielle Lage der vielen Niederösterreicher und Niederösterreicherinnen hingewiesen. Auch dieser Antrag geht in die Richtung, dass Menschen in Niederösterreich, die kein so hohes Einkommen haben, aber trotzdem knapp über die Grenze der Förderungswürdigkeit fallen, nicht frieren müssen.

Was ich noch anmerken möchte zu diesem Antrag, ist, dass er nicht zu Wahlkampfzeiten gestellt wird oder worden ist und es tatsächlich um die Menschen in Niederösterreich geht. Das alltägliche Leben für Niederösterreicherinnen, die knapp über der Armutsgrenze leben, dass sie sich über die gestiegenen Heizkosten keine Sorgen zu machen brauchen. Denn sehr oft sind die Leidtragenden die Kinder.

Natürlich gäbe es auch andere Möglichkeiten, dass Familien, Alleinerzieherinnen, die in diese Situation kommen, gar nicht so weit kommen. Aber das wäre auch eine andere Debatte. Da müsste man ansetzen bei erneuerbaren Energien.

Wir, die Grünen, finden diesen Antrag gut und werden ihn unterstützen. Danke fürs Zuhören! (*Beifall bei den Grünen.*)

Dritter Präsident Rosenmaier: Danke. Somit gelangt zu Wort Herr Abgeordneter Tauchner.

Abg. Tauchner (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die NÖ Landesregierung hat beschlossen, sozial bedürftigen Niederösterreichern einen einmaligen Heizkostenzuschuss für die Heizperiode 2008/09 in der Höhe von 210 Euro zu gewähren. Anspruchsberechtigt sind insgesamt rund 82.000 in Niederösterreich lebende Personen. Bei voller Inanspruchnahme beträgt der maximale Förderungs-aufwand somit 17,22 Millionen Euro.

In vielen Diskussionen mit betroffenen Personen und unterstützt durch einen Bericht der Volkswirtschafts-anwaltschaft mussten wir feststellen, dass ein großer Teil der Anspruchsberechtigten nicht in den Genuss des Zuschusses kommt, da die Hürde der Antragstellung für viele ein Problem darstellt. Aus falscher Scham bzw. Offenlegen seiner finanziellen Situation gegenüber dem Bürgermeister und der Gemeinde verzichten viele in Niederösterreich lebende Personen lieber auf den Heizkostenzuschuss. Dies ist nur allzu verständlich. Denn wer offenbart sich schon gerne als bedürftig. Und das noch dazu am Gemeindeamt, wo die höchste Verwaltungsinstanz des Ortes ihren Sitz hat, die Bediensteten jeden im Ort kennen und dadurch das Schamgefühl Betroffener noch gesteigert wird. Überdies ist die finanzielle Situation des Privatmenschen auch Privatsache! Daher die Forderung, sich öffentlich zur Armut zu bekennen, meiner Meinung nach auch verfassungsrechtlich zumindest diskussionswürdig.

Die FPÖ Niederösterreich hat bereits im September 2008 auf diese Situation aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, dass mit der derzeitigen Praxis der Förderungsvergabe viele anspruchsberechtigte niederösterreichische Familien nicht in den Genuss des Heizkostenzuschusses kommen. Allerdings wurde das damalige Ansinnen im Interesse der niederösterreichischen Bevölkerung von der die niederösterreichische Sozialmodellregion propagierenden ÖVP-Mehrheit leider abgelehnt.

Eine Änderung der Richtlinien zur Vergabe der Heizkostenzuschüsse, wie sie jetzt von der SPÖ gefordert wird, sehen wir von der FPÖ Niederösterreich als durchaus positiv. Besser wäre es allerdings noch, wenn auch die Art und Weise der Förderungsvergabe anonymisiert werden würde.

Eine höhere Anzahl von Bezugsberechtigten, die sich jedoch wieder vor der entsprechenden Gemeindeführung bloß stellen müssen, quasi ihre privatesten Daten preis geben müssen, zieht nämlich lediglich auch eine Steigerung der Zahl an Menschen nach sich, die im Interesse ihrer Privatsphäre auf eine Beantragung verzichten werden.

Das ist sicherlich weder zielführend, noch stellt es eine wesentliche Verbesserung der Gesamtsituation dar. Festzulegen wäre auch bereits im Vorfeld, wohin die Reise bezüglich Einschleifregelung gehen soll. Werden nur die Einkommensgrenzen angehoben, wird es immer wieder Grenzfälle geben, die dann mit Recht darauf pochen, auch in den Kreis der Bezugsberechtigten aufgenommen zu werden. Aber es ist jedenfalls ein Schritt in die richtige Richtung und wir werden den Antrag unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Präsident Rosenmaier: Danke. Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Heidemaria Onodi.

Abg. Onodi (SPÖ): Sehr geehrte Herren Präsidenten! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir sind uns, glaube ich, einig, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, wie wir sie momentan erleben, es wesentlich ist, dass jenen Menschen, die wirklich existenzielle Sorgen haben, von der Gesellschaft entsprechend unterstützt werden.

Das tun wir auch bis zu einem gewissen Maße. Es gibt in Niederösterreich die Möglichkeit des Heizkostenzuschusses, der eben an bedürftige Personen gewährt wird. Und zwar nach Erfüllung besonderer Richtlinien und Kriterien. Und ein Punkt in diesen Kriterien ist eben, dass das Einkommen den jeweiligen Ausgleichszulagenrichtsatz nicht übersteigen darf. Jene Personen, die den Richtsatz nicht überschreiten, sind neben der Berechtigung für den Heizkostenzuschuss auch von verschiedenen Gebühren befreit. Wie zum Beispiel ORF-Grundgebühr, Telefongrundgebühr oder auch von der Rezeptgebühr.

Jetzt ist es aber so, dass jene Niederösterreicher und Niederösterreicherinnen, die den Ausgleichsrichtsatz nur knapp überschreiten, diesen Heizkostenzuschuss nicht in Anspruch nehmen können und auch keine andere Gebührenbefreiung

haben. Wir haben zwar in den Richtlinien für das Land Niederösterreich für den Heizkostenzuschuss eine Härteklausele, wo drinnen steht, wenn das Einkommen um 10 Euro überschritten wird, kann im Einzelfall sehr wohl auch der Heizkostenzuschuss genehmigt werden.

Tatsache ist aber, dass jene Personen noch immer auch dann ungerecht beurteilt werden, weil die anderen, die den Ausgleichszulagenrichtsatz knapp unterschreiten, die Befreiung der anderen Gebühren haben, wie zum Beispiel ORF-Grundgebühr in zwei Monaten 45 Euro, Telefongrundgebühr in zwei Monaten 39 Euro und aber auch die Rezeptgebühr, die im Einzelfall 4,90 Euro kostet. Daher meinen wir, dass es eine Einschleifregelung geben sollte, wo eben diese Ungerechtigkeit entsprechend beseitigt wird und damit jene Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, die momentan ungerecht behandelt werden, hier die Möglichkeit haben, dass sie den Heizkostenzuschuss haben und damit auch entsprechend ihre Grundbedürfnisse finanzieren können.

In diesem Sinne bitte ich noch mal zu überdenken und unserem Antrag, nämlich die Einschleifregelung bei dem Heizkostenzuschuss zu beschließen, hier zuzustimmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Rosenmaier: Ich danke der Frau Abgeordneten. Zu Wort gelangt nun Herr Abgeordneter Doppler.

Abg. Doppler (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Sie wissen alle, dass wir mit dem Heizkostenzuschuss, den wir seit dem Jahre 2000 gewähren, hier schon heftige Debatten gehabt haben. Und es war nicht leicht, das sage ich auch, was meine Fraktion betrifft, diese zu überzeugen, dass wir diesen Heizkostenzuschuss genehmigen und gewähren. Ich habe mich immer dafür auch sehr eingesetzt. Seit dem Jahr 2000 wird dieser, mit Ausnahme des Jahres 2003/2004, gewährt. Und so ist es. Auch für die heurige Heizperiode 2008/2009 hat die Landesregierung im Vorjahr den Beschluss gefasst, für diesen Winter diesen Heizkostenzuschuss zu gewähren. Und zwar orientiert er sich an den geltenden Ausgleichszulagenrichtsätzen. Und diese betragen 772,40 für Alleinstehende und 1.158,08 für Ehepaare und Lebensgemeinschaften. Und zusätzlich, das wissen wir auch alle, gibt es für Kinder noch eine Ausweitung dieser Einkommensgrenze um zirka 80 Euro und für zusätzliche im Haushalt lebende Personen 385,68 Euro. Mit dem Heizkostenzuschuss sollen die Preissteigerungen

auf dem Energiesektor abgemildert werden. Und wenn man dem Energiepreisindex der Statistik Austria glauben darf, dann decken diese 210 Euro, die für diesen Winter bewilligt wurden, ungefähr ein Drittel der Heizkosten eines durchschnittlichen niederösterreichischen Haushaltes ab.

Seitens der zuständigen Abteilung wurden mit Stichtag 20. April 11.029 Anträge mit einer Summe von 2,316.090 Euro bereits ausbezahlt. Dazu kommen noch 3.411 anspruchsberechtigte Sozialhilfeempfänger, an die insgesamt 714.000 Euro ausbezahlt wurden.

Und nun komme ich zu den Forderungen im SPÖ-Antrag. Ich muss feststellen, die Frau Abgeordnete Onodi hat es bereits erwähnt, dass es eine Härteklausel gibt, die in berücksichtigungswürdigen Fällen eine positive Entscheidung genehmigen kann, wenn die Summe nicht 10 Euro pro im Haushalt lebender Person überschreitet. Das bedeutet, dass bei einem Vierpersonenhaushalt die Einkommensgrenze um 40 Euro überschritten werden kann.

Zusätzlich, und ich glaube, das wurde vielleicht vergessen, gibt es nach Punkt 9.2 der Richtlinien auch zirka 500 Härtefälle, die alljährlich an die zuständige Abteilung des Landes von den Gemeinden herangetragen werden und bei denen die Einkommensgrenzen um mehr als diese 10 Euro pro im Haushalt lebender Personen überschritten werden, wo andere Umstände vorliegen, die eine Gewährung des Heizkostenzuschusses als Härtefall rechtfertigen. Von diesen Fällen sind in den letzten Jahren mehr als 90 Prozent positiv erledigt worden.

Was die Bezieherinnen von Leistungen nach dem Arbeitslosengesetz oder Kinderbetreuungsgeld betrifft, möchte ich feststellen, dass hier schon eine höhere Einkommensgrenze als Berechnung herangezogen wird. Die AMS-Leistungen und das Kinderbetreuungsgeld werden nur 12 Mal im Jahr ausbezahlt und nicht 14 Mal wie bei den anderen Bezügen. Daher wird aus Gründen der Gleichbehandlung der Ausgleichszulagenrichtsatz mit dem Faktor 1,166 vervielfacht und beträgt für diese Personengruppe daher 900,62 statt 772,40 Euro.

Für eine alleinerziehende Kindergeldbezieherin liegt zum Beispiel der Richtsatz mit einem Kind bei 995 statt bei 853 Euro. Und was den Vorwurf der Nichtberücksichtigung, Benachteiligung von Mindestpensionistinnen betrifft, verweise ich darauf, dass der Heizkostenzuschuss für diese Personengruppe, das sind Ausgleichszulagenbezieherinnen, Bezieherinnen von Leistungen nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz, dem Opferversorgungsgesetz

und dem Heeresversorgegesetz, seit dem Jahr 2008 der Bund zuständig ist. Und dieser hat durch den Heizkostenzuschuss des Bundes in der Höhe von 210 Euro den Heizkostenzuschuss des Landes für diese Personengruppe abgelöst.

Dieser Heizkostenzuschuss des Bundes kennt aber keine Staffelung und keine Einschleifregelung nach Einkommenshöhen. Es wäre daher unserer Meinung nach eine grobe Ungleichbehandlung und nach dem Gleichheitsgrundsatz bedenklich, wenn das Land Niederösterreich bei seinem Heizkostenzuschuss Staffelungen mit Einkommensgrenzen vorsieht, während bei dieser großen Gruppe der Mindestpensionistinnen – sie machen zirka zwei Drittel bis drei Viertel der Heizkostenbezieher aus – vom Bund dies nicht vorgesehen ist.

Außerdem geht die Feststellung am SPÖ-Antrag, dass Mindestpensionistinnen bei der Vollziehung benachteiligt sind, ins Leere, da sie den Energie- und Heizkostenzuschuss ab der Heizperiode 2008/2009 über die zuständige Pensionsversicherungsanstalt vom Bund ausbezahlt bekommen.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Gleichgültig, ob Einkommensfixgrenzen oder Einschleifregelung, jede Regelung setzt einen Grenzwert, dessen auch nur minimales Überschreiten einen Verlust des Zuschusses nach sich zieht. Deswegen, so glauben wir, ist eine flexible behördliche Genehmigungspraxis, wie sie bei uns in Niederösterreich praktiziert wird und auf Notlagen der Zuschusswerber Rücksicht nimmt, sicherlich der bessere Weg. Die ÖVP-Fraktion dieses Hauses wird daher einer Änderung der Richtlinien des NÖ Heizkostenzuschusses nicht zustimmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Rosenmaier: Ich danke dem Herrn Abgeordneten!

Die Rednerliste ist erschöpft, der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Kernstock (SPÖ): Ich verzichte!

Dritter Präsident Rosenmaier: Er verzichtet darauf. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Sozial-Ausschusses, Ltg. 240/A-2/10:)* Der Antrag wird mit den Stimmen von der ÖVP angenommen.

Nun kommen wir, wie angekündigt, zur Verhandlung der Anfragebeantwortung zu Ltg. 253/A-465, Anfrage des Abgeordneten Mag. Schneeberger an Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll

betreffend Schi- und Radhelme. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Weiderbauer.

Abg. Weiderbauer (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ja, es war uns wichtig, diesen intensiv beworbenen Helm des Landes Niederösterreich, oder die Helme, überprüfen zu lassen. Aus folgendem Grund: Unserer Einschätzung nach ist es ein Helm aus dem unteren Preissegment. Und da wir wissen, dass er in erster Linie oder hauptsächlich von Kindern und Jugendlichen getragen wird, war es uns einfach wichtig, überprüfen zu lassen, ob die Qualität und die Sicherheit einwandfrei gegeben ist. Dagegen, glaube ich, ist ja nichts einzuwenden. Und wir werden sicher einer Meinung auch sein, dass für unser Kinder und Jugendlichen der beste Schutz gerade gut genug ist.

Wir haben die AUVA beauftragt, den Helm zu überprüfen. Und dabei hat sich herausgestellt, dass die Schale erfreulicherweise in Ordnung ist, kein Problem. Aber bei beiden Helmen, und ich darf wörtlich zitieren, hieß es, die Reißfestigkeit ist in dem einen Fall 1311 Newton (N) deutlich zu hoch und daher kann unter unglücklichen Umständen ein Strangulierungseffekt nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Beim anderen Helm sind es 1570 Newton (N). Also sie liegt deutlich darüber.

Daher meinen wir, meine Damen und Herren, wenn auch nur der geringste Verdacht besteht, dass die Qualität und die Sicherheit mit diesen Helmen nicht gewährleistet ist, dann sind sie aus dem Verkehr zu ziehen. Nicht mehr und nicht weniger. Danke schön! *(Beifall bei den Grünen.)*

Dritter Präsident Rosenmaier: Danke dem Herrn Abgeordneten. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Werter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Werte Kollegen des Landtages!

Eine Diskussion zu einer Anfrage, grundsätzlich nach Geschäftsordnung in Ordnung. Und ich habe mir das alles angeschaut, die Anfrage inhaltlich in Ordnung. Auch die Antwort, muss ich sagen, inhaltlich in Ordnung. Also ich wäre eigentlich jetzt grundsätzlich froh, wenn wir immer solche Antworten bekommen würden. Dann müssten wir nie eine Diskussion beantragen. *(Abg. Mag. Schneeberger: Musst halt mich fragen lassen!)*

Da gebe ich dir ausnahmsweise zu 100 Prozent Recht. Wenn du den Landeshauptmann fragst ... Er

hat ja schon gewusst was du ihn fragst. Spaß beiseite. Ich glaube, eine politische Diskussion darüber zu führen, ist auch möglich über eine Beantwortungsdebatte, obwohl ausreichend beantwortet wurde.

Ich möchte nur ganz kurz inhaltlich Stellung nehmen. Natürlich, die Gesundheit und jedes Risiko, dass etwas passieren kann, ist entscheidend, dass man politische Schritte setzt. Und wie wir die Diskussion so über die Medien verfolgt haben, habe ich mit meinem Klubdirektor sofort gesprochen. Und nachdem wir beide aus der Feuerwehr kommen, habe ich auch zu ihm gesagt, also, soweit ich informiert bin, bei einem Feuerwehrhelm ist wichtig, aber da hab ich sowieso einen Explosionsschutz am Helm. Aber bei einem Schiunfall habe ich mir gedacht, will ich dass der Helm dann oben bleibt, weil beim zweiten Mal 'runterfallen könnte der Kopf trotzdem verletzt sein. Aber es ist ein Gutachten, habe ich mir gedacht. Ich weiß nicht warum.

Dann hat sich herausgestellt wo der Fehler war. Wenn man einen Radhelm nach den Kriterien eines Feuerwehrhelmes oder sogar nach einem von einem Arbeiter, der bei einem Hochofen arbeitet, wenn man nach den Kriterien macht, diesen untersuchen lässt, dann kommt was anderes 'raus.

Die politische Frage ist jene, ob das passiert ist und die AUVA hier einen Fehler gemacht hat, oder ob es im Auftrag drinnen war. Ich kenne beide Inhalte nicht, die schriftlichen. Daher ist es auch schwer für uns jetzt, zu sagen, da hat jemand bewusst politisch etwas erzeugen wollen oder Kleingeld ..., oder es haben sich die Grünen wirklich nur Sorgen um die Gesundheit der Kinder gemacht. Dann ist das völlig in Ordnung. Wir kennen die Hintergründe leider nicht!

Aber das Einzige was ich politisch dazu sagen möchte ist, natürlich wär uns von Anfang an lieber gewesen, und das haben wir im Landtag auch diskutiert und auch viele, auch die SPÖ, wenn generell die örtliche Wirtschaft, weil wir immer von Wirtschaftsbelebung reden, wenn es ein Gutschein gewesen wäre, den man bei jedem Fachhandel einlösen kann. Dass der zentral angekauft wurde, hat uns auch nicht so gut gefallen. Die Art und Weise, wie politisch damit Werbung gemacht worden ist, hat uns auch nicht gefallen. Aber über das kann man diskutieren. Und da gibt's Leute die sagen, wenn ihr so in der Möglichkeit wärt, würdet ihr es vielleicht auch machen. Sag ich, ich sicher nicht. Aber vielleicht schon. Aber über das kann man dann diskutieren. *(Beifall und Heiterkeit bei Abg. Mag. Schneeberger.)*

Letztendlich sollte bei dieser Debatte eines im Vordergrund sein: Die wirkliche Sicherheit unserer Kinder und jener, die einen Helm tragen. Und ich glaube, das sollte jetzt aufgeklärt werden. Und das können jene aufklären, die das in Auftrag gegeben haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Präsident Rosenmaier: Danke, Herr Abgeordneter. Zum Wort gelangt Herr Klubobmann Cerwenka.

Abg. Cerwenka (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätztes Hohes Haus!

Es ist faszinierend, am 22. eine Anfrage, am 23. die Antwort. Aber unabhängig vom Fristenlauf, den ich mir öfter wünschen würde, es ist schön, dass das Land Niederösterreich sich um die Sicherheit annimmt, Kollege Karner, es ist schön, dass wir uns um die Sicherheit annehmen, dass wir uns Sorgen machen. Sowohl was Fahrradhelm als auch Schihelm betrifft. Allerdings kann man über die Art und Weise diskutieren. Und da haben wir Sozialdemokraten, gerade wie es um die Schihelmpflicht gegangen ist, einen sehr konstruktiven Vorschlag eingebracht. Denn jetzt stehen wir vor der Situation, dass man diskontartig über das Internet bestellt. Und nicht jeder Helm passt ... *(Abg. Mag. Karner: Das Wichtigste ist, dass jedes Kind einen Helm trägt!)*
Hör einmal zu!

Nicht jeder Helm passt auf jeden Kopf. Und wenn ich einen falschen Helm aufhabe, kann der Schaden größer sein als wenn ich gar keinen auf habe. Darüber muss man sich auch einmal klar sein. Daher sagen wir, es wäre wesentlich sinnvoller, in einer Art Gutscheinaktion, wie wir das auch gefordert haben, eine fachgerechte Beratung durch den Sportartikelfachhandel in Niederösterreich zuzulassen. Und da hätten wir dann wirklich eine Garantie. Und außerdem wäre auch wirtschaftlich den Sportartikelfachhändlern, das sind Klein- und Mittelbetriebe, geholfen. Und wenn es nur darum geht, was drauf ist, man kann auch ein Pickerl mit einem „N“ oder mit einem Erwin Pröll drauf geben. Danke! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Rosenmaier: Zum Wort gelangt Frau Klubobfrau Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Bei der Auseinandersetzung rund um die von der NÖ Landesregierung verteilten Helme geht's zum Einen um die technische Frage der Beschaf-

fenheit dieses Helmes bzw. der Trageeigenschaften. Es geht aber auch um die andere Frage, wie geht das Land damit um, wenn Kritik geübt wird, wenn Medien, wenn Prüfanstalten Berichte vorlegen, die eigentlich eine Reaktion, ein Handlung erfordern würden. *(Abg. Mag. Karner: Eine Entschuldigung wäre angebracht! Sie verunsichern die Eltern, die Kinder, dass sie den Helm nicht mehr aufsetzen!)*

Herr Abgeordneter! Vielleicht lesen wir gemeinsam einmal ein paar Zeilen. Es ist immer so, es ist immer sehr bezeichnend, je schlechter das Gewissen der ÖVP ist, desto lauter wird der Abgeordnete Karner. Das kennen wir jetzt schon. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dass Sie das können, da zweifelt niemand dran. Aber vielleicht ... *(Unruhe bei Abg. Mag. Karner.)*
Herr Abgeordneter Karner! Ihre stimmlichen Qualitäten, die kennen wir schon. Und wie sehr Sie sich auch in diversen verzichtbaren Ausdrücken schon geübt haben, das wissen wir auch alle in dem Haus. Aber vielleicht lesen wir doch gemeinsam ein paar Sätze.

Schihelm. Festigkeit der Trageeinrichtung, Anforderung usw. gemäß Ö-Norm EN 44359, Mindestbreite des Kinnriemens muss bei Belastung von 250 Newton (N) mindestens 15 Millimeter betragen. Und dann kommt's, Herr Abgeordneter: Die Breite des Kinnriemens ist unter Belastung mit 13,5 Millimeter zu gering. Die Reißfestigkeit muss zwischen 500 und 1.000 Newton (N) betragen, Herr Abgeordneter. Sie ist mit 1.311 N deutlich zu hoch und kann daher unter unglücklichen Umständen ein Strangulierungseffekt nicht gänzlich ausgeschlossen werden. *(Abg. Mag. Schneeberger: Frau Kollegin Dr. Petrovic! Das ist doch Ihrer nicht würdig! Wider besseren Wissens!)*

Herr Klubobmann Schneeberger! Unter Umständen ein Strangulierungseffekt! *(Abg. Mag. Schneeberger: Haben Sie den Fachmann im Fernsehen gehört, was er gesagt hat?)*

Ich kann lesen. Und dieses Gutachten liegt hier vor. Herr Abgeordneter! Wenn eine Prüfanstalt wie die AUYA sagt, es ist die Reiß... *(Abg. Mag. Karner: Der Fachmann sagt, die Kritik der Grünen ist gegenstandslos!)*

Und damit sind wir beim zweiten Punkt, auf dem Sie jetzt so beharren. Was ist denn im Hintergrund passiert? *(Abg. Mag. Karner: Das ist eine Verunsicherung der Eltern und der Kinder!)*

Dritter Präsident Rosenmaier: Bitte etwas mehr Ruhe im Hohen Haus! Bitte zuhören wenn die Frau Abgeordnete spricht! Jeder, der etwas sagen will, kann zum Rednerpult kommen.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Und das wissen alle, die jetzt auch etwas leiser sind da hinten. Sie wissen, was zwischenzeitlich los war. Sie wissen, wie die Macht der ÖVP auf manche Leute hereingebrochen ist. Wie man manchen gesagt hat, im Bereich der Medien, wie schaut es denn vielleicht aus in Zukunft mit unserer Zusammenarbeit? Wie schauts denn aus mit ähnlichen ... *(Abg. Mag. Schneeberger: Das ist ja jetzt überhaupt infam! Bitte, so was kann ja nicht sein! Sie unterstellen Rechtsbruch! Das ist ein Skandal!)*

Herr Abgeordneter! Sie können sich zu Wort melden! Noch haben wir hier die freie Rede! Noch haben Sie dieses Land nicht so im Würgegriff, dass Sie uns das freie Wort verbieten können, Herr Abgeordneter! Herr Klubobmann! Sie sind ein Skandal! Sie sind ein Skandal hier in diesem Land. Weil Sie können hier kontern. Es besteht auch für die Firma Ducia-? die Möglichkeit zu klagen. *(Abg. Mag. Schneeberger: Sie haben schon öfter die Gesetze gebrochen! Sie werden eh geklagt!)* Dann schauen wir uns doch an was dabei heraus kommt. Schauen wir es uns an! *(Abg. Mag. Schneeberger: Das schau ich mir gern an!)*

Sie brauchen hier keine Schreiduelle zu inszenieren, wenn ich Ihnen ein paar Tatsachen vorlese. Aber genau das ist es bei der ÖVP: Wenn man irgend einen Punkt berührt, ... *(Abg. Mag. Schneeberger: Dann lesen Sie doch!)*

Strangulierungseffekt nicht gänzlich ausgeschlossen. Das steht hier. Das kann ich lesen. *(Abg. Mag. Karner: Feuerwehrhelme und Industrieschutzhelme!)*

Herr Abgeordneter Karner! Und wenn Sie es vielleicht riskieren können, dass man auf Kinder mehr Festigkeit anwendet als auf erwachsene Feuerwehrleute, wenn vielleicht die Gefahr besteht, dass hier ein Kind zu Schaden kommt, dann, Herr Abgeordneter Karner, frage ich mich schon: Wie gehen Sie um mit der Freiheit von Medien? Wie gehen Sie um auch mit der Freiheit von Abgeordneten hier in dem Haus, etwas zu sagen, was Ihnen nicht passt?

Wir haben das schon kapiert, dass Sie das Land in mindestens ebenso einem Würgegriff halten wie die Kinder kommen können durch einen überfesten Helmriemen.

(Abg. Mag. Karner: Geben Sie doch zu, dass Sie einen Bock geschossen haben mit der Geschichte! – Abg. Mag. Schneeberger: Halten Sie uns für so fahrlässig, dass wir den Kindern einen Helm geben der nicht sicher ist? Das ist doch letztklassig!)

Dieser Würgegriff, die Tatsache, dass Sie glauben, dass dieses Land nur Ihnen gehört. Dass Sie die einzigen sind, die die Weisheit gepachtet haben in dem Land ... das ist der eigentliche demokratiepolitische Skandal! *(Beifall bei den Grünen.)*

Und Sie, wie Sie sich aufführen, wenn jemand hier etwas sagt, dass Ihnen nicht passt, das ist entlarvend. Das ist demaskierend. Und das ist einer Partei mit absoluter Mehrheit nicht würdig! *(Beifall bei den Grünen.)*

Dritter Präsident Rosenmaier: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Mandl.

Abg. Mag. Mandl (ÖVP): Sehr geehrte Herren Präsidenten! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag!

Niemand in Niederösterreich muss sich darüber Sorgen machen, was unsere Kinder auf dem Kopf haben. Aber wir als verantwortliche Landespolitiker müssen uns darüber Sorgen machen, was die Grünen im Kopf haben, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist wirklich erstaunlich! Während wir uns hier im Landtag, während sich große Teile der Landesregierung den Kopf darüber zerbrechen, wie der hohe wirtschaftliche Standard in Niederösterreich gehalten werden kann, wie die Wirtschaftskrise bekämpft werden kann, wie wir Niederösterreich weiter ausbauen zur sozialen Modellregion, während all das geschieht, zerbrechen sich die Grünen den Kopf darüber, wie sie einen Helm, der seit 13 Jahren im Umlauf ist, der 140.000 Mal in Niederösterreich vergeben wurde, wie sie diesen Helm schlecht machen können. Und das sucht schon Seinesgleichen. *(Abg. Weiderbauer: Nicht wir! Wir haben ein Gutachten!)*

Und es ist gar nicht so einfach, auch wenn man die Politik kennt, gar nicht so einfach nachzuvollziehen: Wie kommt jemand bei den Grünen auf so eine absurde Idee, einen so erprobten Helm, der schon so viel Leid und Schmerz verhindert hat, derartig schlecht zu machen.

Ich habe versucht das nachzuvollziehen, wie man auf eine solche Idee kommt. Und dazu muss ich ein bisschen weiter ausholen. Ich glaube nämlich, immer wenn ein paar Feiertage hintereinander anstehen, meine Damen und mein Herr von den Grünen, werden Sie nervös. Das hat seine Wurzeln in den letzten Weihnachtsfeiertagen, als Sie geschlafen haben und Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll rechtzeitig registriert hat, was Not tut. Not

getan hat die Schihelmpflicht, die im Nu in Niederösterreich, noch in der Schisaison, noch vor den Osterferien in Kraft getreten ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben geschlafen! Sie waren zuerst dafür, dann waren Sie dagegen, dann waren Sie wieder dafür und am Schluss im Landtag waren Sie dagegen. Und das gehört an einem Tag wie heute auch einmal gesagt, wenn Sie vom Schutz der Kinder sprechen, dass Sie gegen die Helmpflicht waren. *(Abg. Weiderbauer: Du lässt die Hälfte weg! Aber das sind wir ja gewohnt!)*

Etwas übrigens, das die Landsleute nicht verstanden haben. Und das ganz besonders Ihre Klientel, meine Damen, mein Herr von den Grünen, draußen im Land überhaupt nicht verstanden hat. Also Nervosität wenn ein paar Feiertage hintereinander anstehen.

Dann kamen die Osterfeiertage. Und ich glaube, wenn ich das nachvollziehen darf, es ist so gelaufen, dass im Hause Huber beim Ostereierpecken plötzlich, als dann was zu Bruch gegangen ist - von Schalen war heute schon die Rede - die Idee gekommen ist, machen wir doch den Landesschihelm schlecht. Gesagt, getan! Sie sind 'rausgegangen, machen den Landesschihelm schlecht und schon sehen Sie plötzlich, wir haben sogar in der eigenen Fraktion die Rechnung ohne den Wirt gemacht, weil unsere eigene Fraktion ist dagegen.

Meine Damen und Herren! Man muss ja schon sagen, in diesem Haus, wenn man das miterlebt, von meiner Seite schon mehr als ein Jahr jetzt, vier Grüne und mindestens drei Lager. Vier Grüne und mindestens drei Meinungen in Ihrem kleinen Klub, das muss man einmal zustande bringen.

Also hat nicht ein Landtagsabgeordneter oder eine Landtagsabgeordnete der Grünen diesen Unsinn verbreitet, sondern es hat ein anderer tun müssen, von außerhalb des Klubs. Nämlich der grüne Parteisekretär hat den Unsinn zunächst einmal verbreitet. Erster Irrtum beim Ostereierpecken.

Zweiter Irrtum: Man kann einen solchen Unsinn nicht verbreiten ohne so etwas belegen zu können. Also husch-pfusch, schnell ein windiges Pseudogutachten erstellt, das Sie uns da auch zweimal heute zu Gehör gebracht haben. Durch zweimal zu Gehör bringen wird es nicht richtiger, meine Damen, mein Herr. Richtig ist das seriöse Gutachten, das korrekte Gutachten, das von der AUVA erstellt wurde, das gültig ist für Schihelme und für Radhelme. In dem klar und deutlich zum Ausdruck kommt, dass die Kritik im grünen, windigen Pseu-

dogutachten wörtlich – merken Sie sich das, buchstabieren Sie sich das auf – gegenstandslos ist! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Panikmache bei den Eltern, Panikmache bei den Kindern wegen nichts und wieder nichts, was Sie hier machen!

Also: Der grüne Parteisekretär muss das hineintragen in den Landtag, obwohl er nicht dem Klub angehört. Ostereierpeckfraktion! Die Abgeordnete Enzinger lässt sich in der Region draußen fotografieren mit dem blau-gelben Landesradhelm. Zweite grüne Fraktion, die Fotografierfraktion. *(Abg. Enzinger MSc: Sie vermischen etwas! Das war eine Fahrradaktion!)*

Der Abgeordnete Weiderbauer hat auch in seiner heutigen Wortmeldung nicht klar machen können, welcher Fraktion er angehört. Und Frau Abgeordnete Petrovic hat hier Schreiduelle veranstaltet, weil sie versucht hat, mit Zahlen zu verschleiern, dass ihr Gutachten windig und falsch ist.

Meine Damen und Herren! Das alles wäre lustig und wäre auch als Humor in diesem Haus ad acta zu legen wenn es nicht so ernst wäre. Wenn nicht 140.000 dieser Helme im Umlauf wären. Wenn nicht 140.000 Kinderköpfe geschützt wären tagtäglich beim Schifahren im Winter, beim Radfahren im Frühjahr und im Sommer, und wenn sie nicht die Eltern, die Kinder, derartig verunsichert hätten. Und nicht nur verunsichert!

Sie haben sie sogar dazu aufgefordert, den Kindern die Helme wegzunehmen, damit Sie sie in Ihrem grünen Parteisekretariat horten können. Das ist schlimm, das stellt Ihnen kein gutes Zeugnis aus. Aber wir haben durch die ganze Aktion den Beweis erbracht, nicht nur durch das schon erwähnte AUVA-Gutachten, auch durch den TÜV Rheinland - beide korrekt, beide unabhängig -, dass sowohl der Schihelm als auch der Radhelm allen Anforderungen entsprechen. Sie lassen einen Radhelm und einen Schihelm darauf überprüfen ob er den Anforderungen eines Feuerwehrhelms Genüge tut, oder ob er den Anforderungen eines Industrieschutzhelms Genüge tut. Das ist halt Äpfel mit Birnen vergleichen. Sie überprüfen ja auch nicht, ob ein Schulbus eine gute Traktorschaukel hat oder ob auf einem Traktor ausreichend dutzende Kinder Platz finden um sicher in die Schule geführt zu werden.

Sie vergleichen Äpfel mit Birnen! Sie verunsichern Kinder und Eltern! Aber Sie haben uns den Dienst erwiesen, dass wir schwarz auf weiß und gut geprüft haben, wie gut unsere Schihelme sind.

Meine Kinder fahren mit den Helmen Schi im Winter und fahren jetzt auch schon Rad, jedenfalls die Große, mit dem blau-gelben Landeshelm. Und ich kann allen Müttern und Vätern nur empfehlen, diese geförderten Helme des Landes Niederösterreich auch zu verwenden. Auch Ihnen empfehle ich das, Herr Abgeordneter Waldhäusl. Auch wenn Sie meistens ohne Helm und ohne Gurt unterwegs sind, wie wir wissen.

Meine Damen und Herren! Ich stelle den Antrag, dass die Anfragebeantwortung durch Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll zur Kenntnis genommen wird seitens des Landtages. Denn der Landtag nimmt gerne zur Kenntnis, dass das Wichtigste, was wir in diesem Land haben, nämlich die 20 Zentimeter zwischen den beiden Ohrwascheln unserer

Kinder, die Köpfe unserer Kinder, gut geschützt sind und noch dazu in blau-gelb eingepackt! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Rosenmaier: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Debatte beendet. Herr Abgeordneter Mandl hat den Antrag gestellt, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen. *(Nach Abstimmung:)* Das ist die ÖVP, die SPÖ, die FPÖ, gegen die Grünen. Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen.

Somit ist die Tagesordnung dieser Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekannt gegeben. Damit ist die Sitzung geschlossen. Gutes Heimkommen! Danke! *(Ende der Sitzung um 17.49 Uhr.)*